KURDISTAN REPORT

Für ein freies Kurdistan in einem demokratischen Mittleren Osten



Nr. 160 März/April 2012 2,50 €

Im Kurdistan Report Nr. 160 März/April 2012 berichten wir über:



Zum 15.2., dem Jahrestag der illegalen Entführung und Festnahme von Abdullah Öcalan, kam es zu weltweiten Protesten.



Ob alt oder jung, in den ersten 45 Tagen des Jahres 2012 wurden 1332 Personen festgenommen.



Die Jugend ruft nach Vergeltung, nach Rache. Bei Beibehaltung der jetzigen Regierungspolitik bleibt für die Jugend nur der Weg in die Gefängnisse oder die Berge.

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

die dunkle, kalte Jahreszeit wird langsam, langsam durch den aufkommenden Frühling vertrieben. Auch wenn wir es noch nicht so richtig glauben können, die Tage werden wieder heller und auch das erste frische Grün sprießt aus der Erde. Newroz steht vor der Tür, ein schönes Datum, feiern wir doch den Frühlingsbeginn.

Doch schon im Aufruf zu den diesjährigen Newrozdelegationen nach Kurdistan können wir lesen, dass es nicht ums Feiern allein geht oder um den Frühlingsbeginn. Es geht um Solidarität, um Solidarität mit den politischen Gefangenen. Der Endpunkt der umfassendsten Festnahmewelle, die im Frühjahr 2009 begann, ist noch nicht erreicht. Noch immer werden täglich Dutzende Menschen festgenommen, verhaftet. Es fällt schwer, da den Überblick zu behalten. Es ist schon fast zur Routine geworden, morgens auf die Internetseiten der kurdischen Nachrichtenagenturen zu gehen, um zu sehen, wen es jetzt erwischt hat. Besteht da nicht die Gefahr, dass wir uns einfach daran gewöhnen, es als „normal" ansehen und es nur noch zur Kenntnis nehmen?

Das ist eindeutig mit Nein zu beantworten. Es regt sich ein stetig wachsender Widerstand gegen die AKP-Regierungspolitik. Wieder ist eine Regierungstruppe an der Macht, die vollmundig von Vernichtung und null Toleranz redet, dass sie erfolgreich sein wird in der Ausmerzung des Freiheitswillens der kurdischen Bevölkerung. Nun sind die Gefängnisse übervoll, so überfüllt, dass die gefangenen FreiheitsaktivistInnen, die PolitikerInnen, BürgermeisterInnen, AnwältInnen, JournalistInnen … nur noch im Schichtbetrieb ihre Schlafstellen nutzen können. Und auch die seit Juli 2011 anhaltende totale Isolation Abdullah Öcalans (hierzulande wurde für solche Maßnahmen gegenüber Gefangenen in den 1970er Jahren der Begriff Kontaktsperre benutzt) zeigt nur noch die absolute Hilflosigkeit des türkischen Regimes. Eine Lösung hat es nicht anzubieten. Aber es ist nicht zu unterschätzen, es ist gefährlich, und es greift zu Mitteln, die viele das Leben kosten. Der Umgang der Regierung mit dem Massaker an der Zivilbevölkerung von Roboskî zeigt diese gefährliche Realität, wozu diese Regierung fähig ist.

Vielleicht sollten wir momentan gar nicht wollen, dass der Frühling kommt und mit ihm die Schneeschmelze. Denn bis jetzt hat nur der viele Schnee verhindert, dass wie in jedem Jahr das Militär Stärke zeigen will, und dass weiter auf einen militärischen Umgang mit dem Konflikt gesetzt wird. Das wird wieder viele Menschenleben kosten, aber eine Lösung des Konflikts wird es mit dieser Herangehensweise nicht geben können. Das hätte in den Jahrzehnten dieses Krieges gelernt werden können.

Im diesjährigen Newrozaufruf findet sich am Ende der Hinweis an die TeilnehmerInnen der Delegationen, vor Fahrtantritt beim türkischen Justizministerium einen Antrag zum Besuch der Gefangenen der KCK-Operationen zu stellen. Wird dies künftig vielleicht notwendig sein, um einreisen zu können? Für manche Länder wird immer noch ein Einreisevisum benötigt – wird in Zukunft für die Einreise in die kurdischen Gebiete eine Besuchserlaubnis vorliegen müssen?

Denn wenn die repressive Politik der türkischen Regierung nicht gestoppt wird, entwickelt sich die Türkei weiter zum größten Gefängnis der Welt.

Der kürzlich absolvierte Marsch der KurdInnen für Frieden und Gerechtigkeit (siehe Titelblatt) geht weiter, beteiligen wir uns daran.

Es lebe Newroz.
Die Redaktion

Aktuelle Bewertung

Wir werden entweder einen Weg finden oder einen Weg ebnen

Songül Karabulut

Die Entwicklungen in der Türkei hinsichtlich der kurdischen Frage und folglich der Frage der Demokratisierung und der Freiheiten in der gesamten Türkei bewegen sich leider noch immer auf der Negativskala stetig nach unten.

Das letzte Jahr war dadurch gekennzeichnet, dass die Regierung der Partei für Gerechtigkeit und Aufschwung (AKP) jede Hoffnung auf eine politische Lösung der kurdischen Frage zerstört und stattdessen ein systematisches Kriegskonzept ausgeweitet und umgesetzt hat. Folglich prägten Luftangriffe in Südkurdistan (Nordirak) und Militäroperationen in Türkei-Kurdistan die letzte Jahreshälfte. Es kam weiterhin verstärkt zu Massenfestnahmen von Kurdinnen und Kurden sowie demokratischen Oppositionellen, an der verschärften Isolation des kurdischen Volksvertreters Abdullah Öcalan wurde festgehalten und eine intensivierte psychologische Kriegsführung betrieben.

Den Höhepunkt in diesem Kriegskonzept bildete der Luftangriff der F16-Kampfflugzeuge am 28. Dezember 2011 im Dorf Roboskî (Ortasu) bei Qilaban (Uludere). Dabei wurden 34 Zivilisten, darunter 19 Minderjährige, in einem stundenlangen Bombardement getötet. Mit diesem Angriff schloss die AKP-Regierung das vergangene Jahr blutig ab.

Hätten die kurdischen Medien, allen voran ROJ TV, dieses Massaker nicht öffentlich gemacht, wäre dieser Vorfall entweder vertuscht oder der Arbeiterpartei Kurdistan (PKK) in die Schuhe geschoben worden. Nachdem er aber aufgedeckt worden und es überall, wo Kurden waren, zu Protesten gekommen war, musste die Regierung ein „Versehen“ einräumen.

Obwohl seit dem Ereignis anderthalb Monate vergangen sind, ist dieses Verbrechen noch immer nicht aufgeklärt. Anstatt sich zu entschuldigen und den Vorfall ohne Zeitverzug zu klären, bedankte sich Ministerpräsident Erdoğan beim Militär. Die Regierung will diese Angelegenheit nun mit der Zahlung von Blutgeld zum Abschluss bringen. Die betroffenen Familien sind entschlossen: „Wir wollen kein Blutgeld, sondern Gerechtigkeit.“ Die Partei für Frieden und Demokratie (BDP) hat bereits juristische Schritte eingeleitet, einmal in Den Haag und dann vor der UNO.

Eine Untersuchungskommission beschäftigte sich jüngst mit dem Vorfall. Mitte Februar wurden Aufnahmen der Aufklärungsflugzeuge untersucht. Die Abgeordneten erklärten, dort sei ohne Weiteres zu erkennen, dass es sich um Zivilisten gehandelt habe. Die Aussagen der Überlebenden und Dorfbewohner würden sich eins zu eins mit den Aufzeichnungen decken. Also bleibt die Frage, wer die Information, es handele sich um PKK-Guerillakämpfer, und wer den Befehl zum Angriff gegeben hat.

Roboskî ist ein Vorzeichen für den Verlauf des neuen Jahres

Viele Experten waren sich in der Einschätzung einig, dass die AKP-Regierung entschlossen ist, die kurdische Frage mittels Gewalt und Repression zu lösen, und folglich das neue Jahr ebenfalls sehr konfrontativ verlaufen wird. Die Entwicklungen der letzten anderthalb Monate bestätigen diese Annahme. Die Türkei bricht einen Rekord nach dem anderen: Mit 107 Journalisten, 37 Anwälten, 2 360 Kindern/Jugendlichen, 8 Abgeordneten, 25 Bürgermeister ist sie das Land mit den meisten inhaftierten „Terrorverdächtigen“ (die Zahlen beziffern den Stand vom 10. Februar 2012). Insgesamt befanden sich nach offiziellen staatlichen Angaben im Januar 2012 insgesamt 131 317 Personen im Gefängnis. Im Vergleich zu 2002, als die AKP an die Regierung kam, ist die Zahl der Inhaftierten um 114 % gestiegen. Nicht umsonst heißt es von Kritikern immer wieder, die Türkei habe sich in ein offenes Gefängnis verwandelt. Die Gefängnisse mit bis zu vierfach überbelegten Zellen sind überfüllt. Auf den Vorwurf, in der Türkei gebe es keine Freiheiten, antwortete Innenminister Idris Naim Şahin in einer öffentlichen Rede: „Wenn es draußen keine Freiheiten gibt, dürft ihr euch nicht beschweren, wenn ihr ins Gefängnis kommt. Welchen Unterschied macht es dann, ob ihr drin seid oder draußen?“ So niveaulos können Regierungsvertreter sein. Auch dabei bewegt sich die Türkei auf einen neuen Rekord zu.

Während die Repression gegen die organisierten Kurden zunimmt, wird anderen Akteuren die Tür geöffnet. Wie Kemal Burkay [*bis 2003 Vorsitzender der Sozialistischen Partei Kurdistans (PSK)*] konnten einige für ihre Anti-PKK-Linie bekannte Kurden nach jahrelangem Exil in die Türkei zurückkehren. Er wurde empfangen wie ein Staatsmann, wie ein Heiligtum von vielen Regierungsvertretern besucht, von einem Fernsehprogramm zum nächsten gereicht. Wie die AKP hat auch Burkay eine Mission zu erfüllen. Er soll die AKP hochloben und die kurdischen Errungenschaften und Werte verunglimpfen. Das Thema Hizbullah steht noch an. Vor den Wah-

len waren [*unverurteilte*] Führungskräfte der Hizbullah freigelassen worden und viele tauchten unter. Jetzt wurde Mitte Januar per Internet ein Manifest verbreitet, demnach sie sich unter dem Namen Hizbullah-Gemeinschaft neu organisiert haben sollen. Dies wäre der Versuch, in Kurdistan eine islamische Partei aufzubauen, um die Basis der PKK zu schwächen. Nachdem die Fethullah-Gülen-Gemeinde dort mit ihrer Politik gescheitert ist, soll sich nun eine neue islamische Organisation mit einer in der kurdischen Frage liberalen Linie versuchen. Diese Entwicklung wird uns mittel- bis langfristig beschäftigen.

Machtanhäufung: ein Bumerang für die AKP

In der Türkei hat nicht wie einst erhofft ein Systemwechsel, sondern vielmehr ein Machtwechsel stattgefunden. Die AKP hat nacheinander die Institutionen des Staatsapparats vereinnahmt und ist zum Staat geworden. Hierbei hat sie je nach Interesse einige Institutionen mit Sonderbefugnissen ausgestattet und viele „Probleme“ mittels Sondergesetzen zu lösen versucht. Vor diesem Hintergrund gibt es in der Türkei zahlreiche nur auf eine bestimmte Person oder auf eine Gruppe zugeschnittene Sondergesetze oder Sonderbefugnisse wie im Falle der Gerichte mit weitgehenden Sonderbefugnissen (verantwortlich für die KCK-Prozesse). Mehrere Sondergesetze sind in Arbeit, wie eines, mit dem die verschärfte Isolationshaft des kurdischen Volksvertreters Abdullah Öcalan gesetzlich verankert werden soll, oder ein anderes, nach dem Geheimdienstvertreter nicht ohne Zustimmung des Ministerpräsidenten verhört werden dürfen.

Vor einigen Tagen (am 10. Februar) lud die Staatsanwaltschaft in Istanbul hochrangige Mitglieder des Nationalen Nachrichtendienstes (MIT) als Verdächtige im Zusammenhang mit den KCK-Verfahren zur Vernehmung vor. Geheimdienstchef Hakan Fidan, dessen Vorgänger Emre Taner sowie Afet Güneş, eine ehemalige Vizechefin, sollten zu vertraulichen Gesprächen mit der „verbotenen kurdischen Rebellengruppe Arbeiterpartei Kurdistans (PKK)“ befragt werden. Fidan, ein enger Berater von Ministerpräsident Recep Tayyip Erdoğan, hatte zu MIT-Abgesandten gehört, die sich in den vergangenen Jahren auf Weisung der Regierung mit PKK-Repräsentanten getroffen hatten. Diese Vorladung führte ganz schnell zu einer Staatskrise. Die AKP-Regierung fühlte sich getroffen, erklärte ihre Missbilligung dieser Entwicklungen und unternahm auch praktische Vergeltungsschritte. Als Erstes wurden zwei mit den KCK-Operationen beauftragte leitende Angestellte des Istanbuler Polizeipräsidiums, später weitere zehn, von ihren Ämtern abberufen. Die Staatsanwaltschaft antwortete mit Haftbefehlen für die Geheimdienstler. Die Regierung ging einen Schritt weiter und zog Sonderstaatsanwalt Sadrettin Sarıkaya, der die KCK-Verfahren leitet, von den Ermittlungen ab. Parallel dazu wurde ein Gesetzesänderungsentwurf ausgearbeitet, mit dem verhindert werden soll, dass Geheimdienstler ohne vorherige Zustimmung des Ministerpräsidenten zu dienstlichen Vorfällen befragt werden dürfen.

Wie zu vermuten bestimmte diese Entwicklung für Tage die politische Tagesordnung der Türkei. Trotz unterschiedlicher Analysen bestand Konsens in der Bewertung, dass sie auf einen Machtkampf hindeutet, ebenso in der Einschätzung, dass über Geheimdienstchef Fidan eigentlich Ministerpräsident Erdoğan Angriffsziel ist. Die Bewertungen unterschieden sich lediglich bei der Bestimmung der Akteure dieses Machtkampfes. Einige Behauptungen gingen in die Richtung eines Machtkampfes innerhalb des Staates, konkreter zwischen Polizei und Justiz auf der einen Seite und Regierung und MIT auf der anderen Seite. Andere sahen darin einen Machtkampf innerhalb der AKP, konkret zwischen Erdoğan und Gülen-Gemeinde. Eine dritte Fraktion sah die eigentlichen Akteure dieses Angriffs in ausländischen Mächten (hier wird als Erstes auf Israel verwiesen), sie würden darüber der Türkei ihre Interessen in den regionalen Entwicklungen aufzwingen wollen.

Zu dieser Krise äußerte Selahattin Demirtaş, Co-Vorsitzender der BDP: „Der gegenwärtige Konflikt ist kein Machtkampf innerhalb des Staates, sondern innerhalb der AKP. (…) Die Staatsanwälte mit Sonderbefugnissen lassen Tausende Menschen festnehmen, Abgeordnete unter Zwang zum Verhör bringen. Dies wird als normal betrachtet. Nun werden auch Geheimdienstvertreter zum Verhör gerufen. Dann muss auch dies als normal angesehen werden. Warum bricht Chaos aus? Wenn es ausbrechen sollte, dann nicht, weil der MIT-Chef zum Verhör gerufen wird, sondern weil es in der Türkei Gerichte gibt, die mit weitgehenden Kompetenzen ausgestattetet sind. Also eine Frage der Rechtsstaatlichkeit. Die Krise im Hinblick auf das Rechtssystem in der Türkei wird nicht gelöst werden, wenn die MIT-Krise gelöst ist. In der Türkei gibt es ein Vorherrschaftsregime der AKP.“

Es ist kompliziert und noch zu frisch für eine fundierte Bewertung der Akteure. Dennoch kann in diesem Zusammenhang gesagt werden: Wie so oft in der Türkei wurde auch hier die kurdische Frage im Machtkampf als Deckmantel benutzt, um der ganzen Sache Legitimität zu verleihen (dem MIT wird vorgeworfen, mit der PKK verhandelt und Zugeständnisse gemacht, also Verrat geübt zu haben). Während die Reaktionen erstaunlich zurückhaltend ausfielen, als Auszüge aus den Gesprächen zwischen MIT und PKK ins Internet gelangten, wird jetzt bewusst eine Gegenstimmung erzeugt. Folglich ist mit diesem Vorstoß der Weg, die kurdische Frage im Dialog zu lösen, erst einmal gänzlich versperrt. Es steht zu erwarten, dass das Kriegskonzept auch in Zukunft aktiv angewandt wird. Ich will nicht falsch verstanden werden: Ich sehe keineswegs die AKP als Opfer, das die kurdische Frage politisch lösen wollte, aber von anderen daran gehindert wird. Im Gegenteil: Erdoğan hat maßgeblich dazu beigetragen, dass die Option des Dialogs und der politischen Lösung versperrt wurde.

Selahattin Demirtaş erklärte weiter, dass mit diesen jüngsten Entwicklungen die Bemühungen, die kurdische Frage im Dialog zu lösen, angegriffen worden seien: „Dem Ministerpräsidenten ist durch diesen Vorstoß der Staatsanwaltschaft ein wichtiger Trumpf in die Hände gefallen. Er hat nun die Möglichkeit, innerhalb des Sicherheitsapparates, des Geheimdiens-

tes, ja sogar des Justizsystems eine Säuberung zu vollziehen. Folglich wird er aus dieser Krise gestärkt hervorgehen. Der Ministerpräsident tritt nicht für eine Politik ein, in der die kurdische Frage mittels Dialog gelöst werden könnte. Daher wird aus dieser Krise die Mentalität gestärkt hervorgehen, die sich mit dem Kriegskonzept deckt."

Öcalan warnte die Regierung: Die kurdische Frage ist wie Feuer

An dieser Stelle ist es angebracht, auf die Warnung Herrn Öcalans zu verweisen. Der kurdische Volksvertreter hatte die Regierung und die offizielle staatliche Delegation, die mit ihm auf Imralı im Dialog gestanden hatte, gewarnt, dass die kurdische Frage kein Kinderspiel, sondern wie ein Feuer sei. Wer diese Frage nicht als solche sehe und für ihre Lösung nicht die notwendige Kraft und den Willen aufbringe, werde selbst den Schaden davontragen. Öcalan hatte an frühere Initiativen von Politikern wie Özal, Erbakan und Ecevit erinnert, die alle einen hohen Preis hatten zahlen müssen, der ehemalige Staatspräsident Turgut Özal sogar mit seinem Leben, weil sie nicht erfolgreich gewesen waren.

Was aber hat die AKP-Regierung gemacht: Sie ging die Dialogphase mit Öcalan und PKK-Vertretern taktisch an, mit dem Ziel, die Befreiungsbewegung zu schwächen. Der AKP-Regierung hat es meiner Meinung nach nicht an Stärke gefehlt, sondern an Willen. Weder hat sie die kurdische Frage politisch lösen noch die PKK liquidieren können. Sie ist mit ihrer Politik gescheitert, folglich wird der Machtkampf in der Türkei über die kurdische Frage, über diesen Dialog geführt. Wer die kurdische Frage instrumentalisiert, bietet anderen eine Angriffsfläche, um mit derselben Frage geschlagen zu werden.

Die regionalen Entwicklungen und die Außenpolitik der Türkei

Die AKP-Regierung ist nicht nur innenpolitisch erfolglos, sondern auch außenpolitisch wird es immer enger für sie. Ihre Außenpolitik ist ebenfalls von ihrem Kriegskonzept gegen die Kurden gekennzeichnet. Das wird vor allem hinsichtlich Syriens deutlich. Mit aller Kraft versucht sie in Syrien die Wirkung der kurdischen Opposition zu brechen. Daher mischt sie sich dort offen und verdeckt ein, um die Entwicklungen zu ihren Gunsten zu entscheiden. Sie versucht, die syrische sunnitische Opposition unter ihre Kontrolle zu bringen, den Konfessionskonflikt zu vertiefen, sie wirkt bei der Bildung der Freien Syrischen Armee unter Riyad al-Asad aktiv mit. Erst



„Entweder Freiheit oder Freiheit" – „Wir grüßen den Widerstand in den Kerkern"
In Kurdistan vergeht kein Tag ohne Proteste der Bevölkerung gegen die Unterdrückung durch die AKP-Regierung Foto: DIHA

vor wenigen Tagen sind Presseberichten zufolge 46 türkische Geheimdienstler in Syrien verhaftet worden. Die Beziehungen zum Iran sind gleichfalls von Widersprüchen geprägt. Die Rolle, die die Türkei in der Region im Zusammenhang mit den US-Interessen spielt, ist Sprengstoff für ihre Beziehungen zu den Nachbarländern. Die Stationierung des Raketenabwehrsystems in Malatya sowie ihre Politik gegenüber Syrien belasten die türkisch-iranischen Beziehungen. Die Verläufe des „arabischen Frühlings" haben keinerlei positive Auswirkungen gehabt, eigentlich schicksalsbestimmend für die Region werden vielmehr die Geschehnisse in Syrien und Iran sein. Die kurdische Frage ist in allen diesen Ländern ein wichtiger politischer und gesellschaftlicher Faktor. Sie beinhaltet gleichzeitig eine große Chance für den Kampf der Kurden für Freiheit und Frieden. Die Kurden sind nicht mehr auf die Entwicklung in einem Land angewiesen, um ihren Kampf voranzubringen, sondern alle Teile Kurdistans sind heute eine wichtige Kampfbasis. Das ist auch der Grund, warum die Türkei ihre jahrelangen Bündnisse in der Region nicht mehr aufrechterhalten kann. Ebenso sind die objektiven Bedingungen für einen kurdischen Nationalkongress mehr als gereift. In der Türkei verfügen die Kurden über den Kongress für eine Demokratische Gesellschaft (DTK) als Dachverband aller politischen und gesellschaftlichen Kräfte in Kurdistan. In Syrien haben die kurdischen Parteien und Organisationen ein Nationales Einheitskomitee gebildet. In Südkurdistan sind die Rivalitäten zwischen den kurdischen Parteien auf ein Minimum reduziert. Auch sind die Beziehungen zwischen den kurdischen politischen Kräften der unterschiedlichen Teile Kurdistans wesentlich besser und ist der Umgang miteinander sensibler geworden. Die Notwendigkeit, in einer solchen historischen Phase, in der die Region neu gestaltet wird, als Kurden zusammen zu agieren, ist größer als je zuvor. Auf diese Weise wären nicht nur die kurdischen Interessen gesichert, sondern die Demokratisierung der Region. Die kurdische Karte wird ein wesentlicher Stabilitätsfaktor sein.

Kurden sind entschlossen, ihre Freiheit zu erlangen

Die Kurden sind entschlossen, einen Weg zu finden, auf dem sie ihren eigenen Status und ihre Freiheit erlangen. Sollte es ihnen nicht möglich sein, einen der bestehenden Wege zu finden, so sind sie entschlossen, sich ihren eigenen Weg zu ebnen. Trotz mehr als 6 000 Verhaftungen aus dem Bereich der legalen politischen Betätigung, aus BDP, DTK, Kommunalpolitik, Frauenbewegung, von Journalisten, Anwälten u. a., halten der Widerstand und der politische Kampf der Kurdinnen und Kurden ununterbrochen an. Die Repression des Staates schreckt sie nicht ab, sondern führt dazu, dass immer neue Menschen bereit sind, mehr Verantwortung auf sich zu nehmen und den Kampf fortzuführen. Folglich nimmt die Zahl derjenigen zu, die sich aktiv am politischen Kampf beteiligen und Erfahrungen sammeln. Ein konkretes Beispiel: Am 22. November 2011 wurden 37 Anwälte Abdullah Öcalans festgenommen und verhaftet. Am 10. Februar 2012 wurde auf einer Pressekonferenz in Istanbul bekannt gegeben, dass ihn 400 Anwälte verteidigen werden.

Die kurdische Befreiungsbewegung PKK machte am 26. Januar 2012 in einer schriftlichen Erklärung publik, dass sie ihre Ratssitzung vollzogen habe. Auf der 7-tägigen Sitzung sei ausgehend von den Entwicklungen in der Region und Kurdistan die politische Zielrichtung für die bevorstehende Phase festgelegt worden. In der Erklärung heißt es: „Unsere Sitzung stellte fest, dass das Bündnis AKP/Gülen-Bewegung, das auch das internationalen Kapital hinter sich versammelt hat, an seinem totalen Vernichtungskrieg festhalten wird mit der Zielsetzung, das Abkommen von Lausanne, das Statuslosigkeit und Versklavung der kurdischen Nation gleichkommt, zu aktualisieren. Während unser Vorsitzender, unser Volk und die kurdische Politik gegen diesen totalen Vernichtungskrieg Widerstand leistet, ist es wichtig, dass unsere Bewegung sich in die Perspektive des ‚Revolutionären Volkskampfes' vertieft. Gegen den AKP-Faschismus, der auf der Grundlage dieses schmutzigen Bündnisses und der internationalen Unterstützung uns und unserem Volk ein würdeloses Leben und Kapitulation aufzwingt, bleibt uns kein anderer Weg, als mit einem umfassenden Widerstand zu antworten."

Die Kurden haben ihre Widerstandslinie für 2012 erneut festgelegt: Freiheit für Öcalan – Status für die Kurden. Die gegenwärtige gefährliche Politik der AKP-Regierung in Bezug auf Abdullah Öcalan ist verantwortungslos. Spätestens jetzt, wo sie mit den Konsequenzen ihrer bisherigen falschen Annäherung an die kurdische Frage zu ringen hat, müsste ihr die Gefahr ihrer Politik bewusst werden. Öcalan ist nicht irgendein Gefangener, er wird von den meisten Kurden als die Summe ihrer Errungenschaften und Werte angesehen. Sie werden nicht zulassen, dass ihre Errungenschaften und Werte für politische Interessen missbraucht werden. Daher sind verstärkt seit Beginn dieses Jahres überall Massenaktivitäten zu beobachten, bei denen auf die Isolationshaftbedingungen von Herrn Öcalan hingewiesen und seine Freiheit gefordert wird. Viele politische Gefangene befinden sich mit dieser Forderung im unbefristeten Hungerstreik. Die inhaftierte BDP-Abgeordnete Selma Irmak erklärte, dass sie einen unbefristeten Hungerstreik begonnen habe. Alle BDP- und Block-Abgeordneten werden ebenfalls am 20. und 21. Februar in den Hungerstreik treten. In Europa haben Kurdinnen und Kurden in eisiger Kälte einen Langen Marsch von Genf nach Strasbourg durchgeführt. Die ca. 400 km lange Strecke bewältigten sie bei Temperaturen von bis zu 20 Minusgraden. Um die Proteste zu schwächen, haben vor einigen Tagen erneut Festnahmen begonnen, vom 11. bis 15. Februar annähernd 500 Menschen. Trotz Polizeigewalt gingen die Kurden am Jahrestag des internationalen Komplotts allein im türkischen Teil Kurdistans in 40 unterschiedlichen Städten für die Freiheit Öcalans auf die Straße. Das alles ist nichts anderes, als Widerstand zu leisten. Gegen das totale Vernichtungskonzept der AKP-Regierung werden die Kurden totalen Widerstand leisten. Es liegt auch an der Solidarität aller demokratischen Kräfte weltweit, diesen Kampf zugunsten von Demokratie, Freiheit und Frieden zu bestimmen. ♦

Die Aufklärungskampagne zur Demokratischen Autonomie

… ein wirklich neues Paradigma

Gültan Kışanak, BDP-Co-Vorsitzende, interviewt von Nihal Bayram

Was bedeutet das Modell der Demokratischen Autonomie?

Die Demokratische Autonomie bedeutet in der Lösung der kurdischen Frage die Schaffung eines neuen Systems. Es ist ein Projekt, das unterschiedliche Möglichkeiten in sich birgt. Wir hatten zu Anfang, als wir es begannen, nicht erwartet, dass es Lösungsperspektiven für so viele Fragen beinhaltet. Das überraschte selbst uns als Partei positiv. Als wir das demokratische Modell zu diskutieren begannen, suchten wir einen Lösungsweg aus der kurdischen Frage und versuchten in diesem Zusammenhang, eine alternative Lösung zu ergründen.

Wofür bzw. wogegen suchten Sie eine Alternative?

Lassen Sie es mich so erklären: In den Ländern, in denen solche und ähnliche nationale Probleme bestehen wie in unserem Fall die kurdische Frage, wird überall versucht, einen Lösungsweg zu finden. Das gilt sowohl für die Regierenden als auch für die Regierten. Dabei werden die historische Vergangenheit, die sozialen Strukturen, die ökonomischen Möglichkeiten analysiert und ein entsprechendes Modell gesucht. Und in ähnlicher Weise haben auch wir ein Modell gesucht.

Was in der Türkei oft diskutiert wurde, war z. B. die Frage, ob es ein baskisches Modell, eine Irland-Lösung oder eine Version wie in Süd-Afrika sein würde … Diese und andere Anhaltspunkte wurden lange diskutiert und wir haben lange ein speziell für die Lösung der kurdischen Frage strukturiertes Modell gesucht.

Eine weitere Anstrengung war es, aufzuzeigen, wie die kapitalistische Moderne im Kontext der Grundprobleme und Grundwidersprüche der Menschen eine tiefe Enttäuschung bewirkt hat. Und es gibt eine Realität, die die Menschen erlebt haben, und das ist der Realsozialismus. Beide Erfahrungen haben den Menschen große Probleme bereitet. Auch aus diesem Dilemma wird eine alternative Lösung gesucht. Die Freiheitsbewegung der Kurden hatte zum Ziel, zwei Grundprobleme zu lösen. Das erste, im Zusammenhang mit dem Recht auf eine eigene, auf eine nationale Identität eine Lösung zu suchen. Das zweite Problem ist die Suche des Menschen nach Gerechtigkeit. In diesem Sinne wird zwar viel diskutiert, ob hier die kurdische, die nationale oder die Klassenbewegung im Vordergrund steht, aber eigentlich werden sie alle der gleichen Grundthematik zugeordnet. Und die Suche nach der Demokratischen Autonomie hat für beide Grundprobleme Lösungsperspektiven mit eingebracht. Denn hier galt es, im Kontext sowohl eines egalitären und gerechten Lebens als auch einer nationalen Identität eine Lösung zu finden. Als wir dieses Modell zu diskutieren begannen, betrachteten auch wir es nicht in einer solchen Tiefe. Wir suchten eher nach einem klassischen Lösungsmodell. Aber als die einzelnen Etappen und Bereiche nach und nach offensichtlich wurden und es diese zu verstehen und weiter zu vertiefen galt, haben wir erkannt, dass es wirklich ein neues Paradigma ist.

Dieses Paradigma hat neue Lichtblicke bei der Suche der Menschheit nach Gleichheit, Gerechtigkeit und Freiheit geschaffen. Aber sie in angemessener Tiefe zu erörtern, zu verstehen, der türkischen und der Weltöffentlichkeit zu präsentieren, ist leider immer noch nicht gelungen. Die neuen Lichtblicke für die Kurden wie auch für die Türken und den Mittleren Osten sind noch nicht ausgiebig erörtert oder verstanden oder diskutiert worden.

Während Sie das Modell zu erklären versuchten, setzten Sie es in Bezug zu den Kurden. Ist dieses Modell allein für die Kurden oder auch für alle Völker in der Türkei gedacht?

Es ist natürlich so, dass das Modell ganz unterschiedliche Aspekte berührt hat. Einer davon ist die Frage, ob die kurdische Angelegenheit innerhalb der Grenzen der heutigen Türkei gelöst werden kann. Das demokratische Modell gibt dazu eigentlich eine sehr ausdrucksstarke Antwort. Denn es besagt deutlich, dass ein Zusammenleben möglich ist. Es ist eine starke Antwort darauf, ob das türkische, das kurdische Volk und alle anderen Volksgruppen und Religionen, Kulturen gemeinsam in der Türkei leben können. Vor dem Paradigma der Demokratischen Autonomie gab es klassische Herangehensweisen, entweder sich zu trennen oder durch Teilübereinkünfte zu versuchen zusammenzuleben. Hierzu gibt es dann Suchergebnisse, wie eine Föderation, eine klassische Autonomie etc. auszusehen habe; das wird dann erforscht. Damit werden die einzelnen Kräfte ausgeglichen und im gegenseitigen Einverständnis werden dann einzelne Lebensräume geschaffen. Die Demokratische Autonomie im Modell funktioniert aber nicht so. Ein Zusammenleben in Gleichheit und Gerechtigkeit wird so ermöglicht. Und dabei wird das Modell eines Nationalstaates offen kritisiert und die Schäden, die er verur-

sacht hat, werden mit den Lösungen konfrontiert. Hier spielen die Begriffe „demokratische Nation“ und „demokratische Heimat“ eine wichtige Rolle.

Können Sie diese beiden Begriffe bitte erläutern?

Sie wurden bisher nicht ausgiebig genug diskutiert. Die Nation wird marktgerecht definiert und sieht im Grunde eine Angleichung der ethnischen Identität an eine andere vor. In einem anderen Sinne kann sich eine Ethnizität ihren eigenen Lebensraum über dem Lebensraum anderer Ethnizitäten erschaffen. Der Begriff der Nation wird dabei mit den Begriffen Einzelnation, nationalistisch, Autorität, kapitalistischer Markt gleichgesetzt.

Im Zusammenhang mit der Demokratischen Autonomie haben wir begonnen, den Begriff „demokratische Nation“ zu diskutieren. Und dies beinhaltet, dass die Unterschiede, d. h. hier die einzelnen Nationen, sich ihre eigenen Autonomiegebiete schaffen und ein egalitäres freies Zusammenleben auf einzelautonomer Basis ermöglichen.

Auch der Begriff „demokratische Heimat“ besagt, dass Identitäten in einer bestimmten Region unter historischen Gegebenheiten aufeinandertreffen und sich nach und nach zu einer Nation gestalten. Ein Nationalstaat zieht hierbei die staatlichen Grenzen gemäß dem kapitalistischen Markt. Manchmal werden sie im Zuge imperialistischer Kriege mit einem Lineal gezogen, manchmal entsprechend ökonomischen Normen. Aber sie sind nicht natürlich, sie sind nicht historisch verankert, gesellschaftlich oder mit der Realität der Völker im Einklang. Der Nationalstaat schafft sich eine Heimat. Aber nicht im Einklang mit den Realitäten der Völker auf diesem Gebiet. Das Gleiche kann man über unsere heutige Situation sagen. Kurdistan ist eine historische Realität, Kurdistan ist eine soziale Realität, sie ist ein Teil der kulturellen und ethnischen Existenz der kurdischen Bevölkerung. Aber analog zur Identität wird auch die Geographie der Kurden heute verleugnet und verweigert. Indem nun eine neue Diskussionsplattform zum Thema „demokratische Heimat“ geschaffen wurde, möchten wir die historische, soziale und realistische Definition fest verankern. Wenn der Begriff Türkei unter den Aspekten Anerkennung der Identität, der Sprache, der Kultur, der Unterschiedlichkeit, der konfessionellen Unterschiede der kurdischen Bevölkerung neu gefüllt werden soll, so müssen auch die geographischen Gegebenheiten der Kurden anerkannt werden.

Die Demokratische Autonomie ist aber nicht nur für die kurdische Bevölkerung, sondern für alle Volksgruppen, Religionen und Glaubensgemeinschaften ein gemeinsames Modell, in dem jedes Individuum sich selbst lebt und in dem zur Realisierung einer Vielvölkerschaft allen Richtungen die Türen geöffnet werden.

Aber ist die Türkei bereit für ein solches Modell?

Das zurzeit in der Türkei herrschende Chaos wird in vielen Teilen des Mittleren Ostens erlebt. Vor allem in den Staaten, auf die Kurdistan aufgeteilt wurde, als nach dem Ersten Weltkrieg die Grenzen wie mit einem Lineal gezogen wurden und



Am 20. Februar sind die Abgeordneten der BDP und des Blocks für Arbeit, Demokratie und Freiheit in einen zweitägigen Solidaritätshungerstreik mit den Gefangenen und als Protest gegen die Massenverhaftungen in der Türkei getreten. Zweite von links: Gültan Kışanak Foto: DIHA

das Leben der Völker mit diesem Lineal durchschnitten wurde.

Das Chaos wird somit ein Beweggrund sein, warum unser Modell so lebenswichtig und existentiell ist.

Viele sagen, die Kurden seien mit ihrem Modell auf dem Weg des Separatismus …

Das wird leider immer noch propagiert. Oft hört man, von Türken wie auch leider vielen „neutralen" Kurden, immer wieder die klassischen Behauptungen wie „Heute sagen sie zwar das, aber werden sie sich morgen abspalten?" oder „Wann werden sie wieder zur Unabhängigkeit kommen?" oder „Wann werden sie zur These eines gemeinsamen Kurdistans zurückkehren?".

Diese und weitere Vorurteile erschweren uns auch hin und wieder eine erfolgreiche Aufklärung in der Bevölkerung. Es sind sinnlose Diskussionen, die die Stimmung anheizen.

Welche Stellung hat der Staat im Modell der Demokratischen Autonomie?

Die Demokratische Autonomie nimmt die Gesellschaft in den Fokus und nicht den Staat. Der Staat wird in seinem Bestehen nicht abgelehnt, verleugnet oder aufgelöst. Er wird in seiner Systemstruktur kritisiert und mit Alternativen konfrontiert. Damit wird sein Handlungsspielraum eingegrenzt, während der Handlungsspielraum der Gesellschaft erweitert wird. Und genau das ist der demokratische Charakter unseres Modells. Dessen Stärke wird aus der gesellschaftlichen Stärke gewonnen, die Grundbausteine sind die Eigenkräfte der Frauen, der Jugendlichen, der sozialen, religiösen, kollektiven Gruppierungen, welche das Modell im Kollektiv gemeinsam stärken. Es ist hierbei für den Erfolg des Modells wichtig, dass dieses gesellschaftliche Kollektiv auch in sich strukturiert und organisiert handelt.

Was ist das Hauptziel dieses gesellschaftlichen Kollektivs?

Das Hauptziel ist eine partizipative Demokratie, in der alle Gruppierungen, alle Volksgruppen, Geschlechter, Religionen und Kulturen, gleichgestellt und gleichberechtigt eine Partizipation am gesellschaftlichen Zusammenleben erreichen.

Die aktuell bestehenden Demokratien indessen offenbaren in diesem Zusammenhang eindeutig interne Krisen und Handicaps.

Denn eines der größten Probleme der heutigen Demokratien ist es, dass sie den Gewählten überlassen werden und somit alles auf die Wahlen und auf die politischen Parteien konzentriert wird. Im Grunde sollte es doch so sein, dass das Volk das bestimmende Organ ist und die Gewählten dessen Repräsentanten sind. Heute sind es jedoch die Gewählten, welche die Entscheidungsrechte der Gesellschaft in Beschlag nehmen, einzelne „Demokratieschritte" bestimmen, realisieren und inszenieren.

In den Sitzungen, Konferenzen und Einzelgesprächen versuchen Sie, dieses Modell den Menschen zu erklären. Wird es verstanden?

Wenn wir uns nun von der theoretischen Seite weg und auf die gesellschaftliche Ebene begeben, müssen wir uns eingestehen, dass das Volk nicht immer und nicht alles verstehen kann. Aber ich kann Sie dahingehend beruhigen, dass es seit Jahren dabei ist, dieses Modell zwar unbewusst, aber deutlich erkennbar zu praktizieren. Es hat das Modell, ohne es in seiner Theorie zu kennen, bereits verinnerlicht und in seinen Alltag unbewusst integriert.

Können Sie das anhand eines Beispiels verdeutlichen?

Ich war an einem sehr heißen, gar schwülen Sommertag beim Friseur. Die Friseusen hatten es unter der großen Hitze wirklich schwer. Es war gerade um die Mittagszeit und die Frauen mussten in dieser Mittagshitze schweißgebadet arbeiten. Eine von ihnen meinte schließlich in aller Offenheit zu mir: „Liebe Co-Vorsitzende, bitte versuchen Sie so bald wie möglich, das Modell der Demokratischen Autonomie zu realisieren, damit wir unsere Arbeitszeiten endlich selbst bestimmen können. Denn die im Westen legen die Arbeitszeiten nach ihren Klimabedingungen fest und wir müssen hier in dieser enormen Hitze schwitzen." Das ist ein gutes Beispiel, wie selbstverständlich die Grundprinzipien unseres Modells im Alltag aufgenommen werden bzw. bereits fest verankert sind. Eine grundlegende Besonderheit des Modells ist es auch, dass eine Selbstbestimmung über einzelne Schritte im eigenen Leben ermöglicht wird.

Eine weitere Erkenntnis aus unserer Aufklärungsreihe ist, dass vor allem Kurden noch in einer natürlichen Umgebung gelebt haben, d. h. zu einem großen Teil unbeschadet von kapitalistischen Einflüssen, die Binnenwanderung infolge ihres „Wandercharakters" erlebt haben und daher eine demokratische Autonomie bereits aus dem eigenen Lebensstil kennen und leben. Der eine in seinem Dorf, der andere in seinem Fellgroßzelt. Daher haben sie es einfacher, das neue Modell zu verstehen. Das autonome Leben, die Möglichkeit, Entscheidungen selbst zu treffen, all dies ist ihnen bereits bekannt. Der Westen dagegen würde das als ein Leben ohne eine Leitung, ohne eine Führung und ohne das Prinzip, Regeln zu kennen bzw. anzuerkennen, bezeichnen. Darin ist auch ein kleiner Funke Wahrheit zu erkennen, denn durch ihre regionale Orientierung haben die Menschen ihre Normen selbst zu gestalten und im Einvernehmen mit der Gemeinschaft anzuerkennen. Das ist auch Prinzip der Demokratischen Autonomie, die Funktion, das Recht des Volkes, seine Lebensregeln selbst zu bestimmen und zu gestalten. Ein Grundbaustein der zivilisierten Demokratie.

Ein weiterer wichtiger Punkt betrifft die Phobie des Staates, geteilt zu werden. Die türkische Seite denkt leider immer noch: „Die Kurden werden uns spalten, uns reinlegen." Das ist im Grunde auch eine Folge der Tatsache, dass wir das Modell noch nicht allen verständlich machen konnten. Denn diejenigen, die es erklärt bekommen und verstanden haben, sagen

uns, dass sie nun verstehen, dass ein Zusammenleben und keine Spaltung angestrebt werde und dass das Modell somit ein gutes sei. Das motiviert uns wiederum, unsere Aufklärungsreihe in allen Teilen der Türkei weiterzuführen.

Ein Beispiel hierzu: Ich wurde von einem nationalistisch geprägten und den Nationalisten nahestehenden Akademiker interviewt, der mir am Ende sagte: „Ja wenn das so ist und wenn Sie das so wie hier erklären würden, dann bin ich überzeugt, dass sogar die CHP dem zustimmen würde." Das bekräftigt uns erneut und mit Nachdruck in dem Gedanken, dass unsere Aufklärungskampagne mit großer Anstrengung fortgesetzt werden muss.

Auch wenn die Nationalisten den Gedanken der Autonomie, der Demokratie, des ungebundenen Lebens der einzelnen Völker nicht ganz befürworten, so ist es aber doch ein Prinzip, das sie nicht als ein separatistisches oder dem Staat gefährliches Modell ansehen. Denn das ist auch unsere Anstrengung. Wir zielen mit unserem Modell nicht darauf ab, den Staat in seiner Existenz zu gefährden. Nein, wir zielen darauf ab, den Staat in seinem Machtstil, in seiner Administration zu kritisieren und dazu die autonome Verwaltung als alternatives Verwaltungsmodell neben den Staat zu etablieren.

Wie wollen Sie dieses Modell der Gleichheit, der Selbstbestimmung in einem Volk realisieren, in dem noch Stammeswesen und streng feudale Strukturen herrschen? Wie werden diese Teile der kurdischen Gesellschaft überzeugt werden können?

Es ist meine persönliche Wahrnehmung, wenn ich Ihnen jetzt sage, dass im Gegensatz zu dem, was die westliche Zivilisation erlebt hat, der Feudalismus in Kurdistan kein solch tief verankerter Feudalismus ist. Das Prinzip des Adels und der stammesbezogenen Herkunft, der Klassenspezifizierung und anderer, all dies geht in Kurdistan nicht so tief. Der Feudalismus in Kurdistan hat sich eher oberflächlich gestaltet und erhalten.

In vielen Bereichen zeigt er sich eher in der Art des Clans, der Blutzugehörigkeit, ist aber nicht so stark auf Ausbeutung und Sklaverei ausgerichtet wie sonst in einem feudalen System. In Kurdistan gibt es sehr wenige Gebiete, in denen der Feudalismus mit ökonomischer Ausbeutung einhergeht, in denen die Dorfbewohner ohne Boden sind und die Herrschaft über diese Böden bei den Feudalherren liegt. Die [*sozialen*] Zerstörungen in dieser Hinsicht haben sich dementsprechend nicht sehr ausgebreitet. Natürlich ist es auch wichtig, diese aufzuklären, weil sie noch zurückgebliebene gesellschaftliche Wertvorstellungen beinhalten. Das sind Problembereiche.

Etwa 80 % der Bevölkerung sind dem Islam verbunden. Wie ist diese demokratische Moderne gemäß ihren Prinzipien der Egalität, der Selbstbestimmung und der Geschlechtergleichheit mit dem Islam und seinen religiösen Prinzipien zu verbinden?

Das Modell richtet sich nach dem Prinzip der Selbstbestimmung nicht nur für die Identitäten als Nation, sondern auch für die einzelnen Kulturen und Religionen. Dieses System soll auch gleichzeitig diejenigen schützen, die in der Minderheit oder schwach sind. Die demokratische Moderne sollte auch hierbei die von den gegenwärtigen Demokratien geschaffenen und selbst erlebten Krisen überwinden. Wie viele Kriterien die gegenwärtigen Demokratien angeblich auch wahren und Minderheitenrechte schützen, so wissen wir doch, dass sie von der Mehrheitsseite begründet wurden und die Minderheitenrechte wenn auch nicht mit Assimilation, dann aber mit Integration vorsehen und die Minderheit der Mehrheit nach und nach anpassen.

Die demokratische Moderne bedeutet die Selbstbestimmung jeder Gruppe, ob aus zwei oder drei oder mehr Personen bestehend. Der Islam mag dagegen sein, aber wir werden mit diesem Modell erleben, dass die Existenz der einzelnen Religionen und ihre Weiterführung in eine neue Welt auch im Islam möglich sein werden. Es werden hier verschiedene Lebensbereiche angesprochen.

Zudem wird es verschiedene Unterorganisierungen geben, wie die der Jugend, der Frauen, wie die ökologische Bewegung, Stadträte, Dorfkommunen.

Dieser Mechanismus wird das Wesentliche sein, was die Demokratie strukturieren wird. In diesem Modell werden alle Menschen gleichgestellt. Wer den Islam lebt, kann dies den Modellprinzipien gemäß frei tun, und niemand darf sich in diesem Kontext in die Freiheiten anderer einmischen oder sie unterdrücken.

Damit ist dieses Modell der demokratischen Moderne eine Art Schutz für die einzelnen Religions- und Glaubensgruppen. Die ethnischen und religiösen Minderheiten haben dieses Modell besonders zu verstehen versucht. Denn sie haben speziell die Schmerzen der Demokratie erleben müssen und benötigen einen Bereich zum Atmen, in dem sie sich beteiligen, sich selbst organisieren und leben können.

Den Bemühungen der kurdischen Bewegung ist es auch zu verdanken, dass die Aleviten für ihre Rechte auf die Straße gehen. Das ist aber nicht nur in den kurdischen Provinzen so, auch in Tokat habe ich das erlebt.

Wie ist hierbei die Stellung der Frau einzustufen?

Die Frau selbst verfügt mit dem Modell der Demokratischen Autonomie über eine Stärkung ihrer Selbstbestimmung, eine Unterstützung ihrer Motivation, welche sich in ihrer eigenen Selbstorganisierung widerspiegelt. Ich muss dazu aber sagen, dass viele Frauen bereits eigene Bemühungen zur Selbstbestimmung entwickelt haben und dies Dank der kurdischen Bewegung nach und nach Erfolg zeigt. Die Demokratische Autonomie ist in diesem Sinne eine Möglichkeit, die regional entwickelte Selbstbestimmung der Frau auf die Gesamtgesellschaft zu übertragen.

Damit geht es nicht nur um frauenspezifische Themen, auch die familiären Strukturen werden dem Modell entsprechend umgebildet. Auch dies ist ein wichtiges Ziel, das wir im Hinblick auf die egalitären Gesellschaftsstrukturen erreichen wollen. ♦

Die Regierung weiß genau, was und wer die KCKler sind

Selahattin Demirtaş, Co-Vorsitzender der BDP, in einem Brief an Hasan Cemal, Journalist und Kolumnist der Zeitung Milliyet

Guten Tag, Herr Hasan Cemal,

zunächst möchte ich darstellen, dass die seit dem 14. April 2009 andauernden KCK-Operationen schwer zu verstehen sind, wenn nicht die politische Entwicklung in dieser Phase verstanden wird. Aufgrund dessen möchte ich zusammenfassend an die wichtigsten politischen Entwicklungen der letzten Jahre erinnern:

Öcalan hatte, bevor er verhaftet wurde, eine Lösung jenseits des „kurdischen Nationalstaats" gesucht. Erst in der Zeit nach seiner Inhaftierung im Gefängnis von Imralı hat er sich in seiner Auseinandersetzung um die Organisierung einer demokratischen Gesellschaft auf konföderale und autonome Gesellschafts- und Staatsmodelle konzentriert.

Zwischen 1999 und 2004 hielt die PKK einen unbefristeten Waffenstillstand ein und zog ihre bewaffneten Kräfte hinter die türkischen Grenzen zurück. (Die PKK löste sich sogar selbst auf und gab öffentlich die Beendigung ihres bewaffneten Widerstands bekannt. In dieser Phase wurde anstelle der PKK der KADEK [*Freiheits- und Demokratiekongress Kurdistans*] und anschließend der KONGRA-GEL [*Volkskongress Kurdistan*] als neue, unbewaffnete Organisation gegründet.) Während dieser Zeit wurden auf Imralı und in Kandil im Namen des Staates Verhandlungen geführt. Da aber die AKP zu der Zeit noch nicht die gesamte Regierung dominierte, hat sich im Nachhinein herausgestellt, dass die Verhandlungen nicht unter ihrer eigenen Kontrolle standen.

Sie führten zu keinen Ergebnissen und die PKK verkündete mit der Perspektive einer „erneuerten" PKK ihre Neugründung.

Im Februar 2005 informierte die PKK darüber, dass der Staat mit den Verhandlungen lediglich ihre Ablenkung und Vernichtung verfolgt habe, und nahm den bewaffneten Widerstand wieder auf. In ihren strategischen Zielen hatte es keine Änderungen gegeben. Unter Beibehaltung ihrer vorherigen Entscheidung strebte sie statt eines Nationalstaats eine „organisierte konföderale Gesellschaft und Autonomie" an.

Genau an diesem Punkt, also in den Jahren 2005 bis 2006, wurde auf Empfehlung Öcalans unter großen Anstrengungen unter den KurdInnen mit der Umsetzung des organisierten Gesellschaftsmodells sowie der Organisierung auf ziviler Ebene begonnen. Überall, wo die Basis stark genug war, wurden im Namen des freien Bürgers und der freien Bürgerin Stadtteil-, Bezirks- und Stadträte gegründet. Hauptziel dieser Art von Organisierung war es, gegen die Übermacht des Staates (von der Stadtverwaltung bis zur gesamten Verwaltungsmacht) eine selbstbewusste, organisierte Gesellschaft entstehen zu lassen. Nach Öcalan stellt dies nach dem Ende des bewaffneten Kampfes die beste Garantie dar, um sich in Notwehr verteidigen und gegen jede Form von Angriff wehren zu können.

In diesen Jahren löste sich die DEHAP [*Demokratische Volkspartei*] auf und die DTP [*Partei der Demokratischen Gesellschaft*] wurde gegründet. Die Freien Bürgerräte hatten an vielen Orten einen legalen Vereinsstatus bekommen und setzten ihre Aktivitäten im Rahmen der Gesetze fort. Anders als bei der DEHAP enthielt die Satzung der DTP keine Organisationsmechanismen wie die Stadtteilkommissionen. Die Bevölkerung hatte sich bereits in Form der Freien Bürgerräte von Stadtteil zu Stadtteil organisiert. Das Ziel der DTP bestand nicht darin, die Bevölkerung unter einem Dach zu organisieren, sondern dafür zu sorgen, dass sie sich überhaupt in irgendeiner Form organisiert. Aufgrund dessen organisierte die DTP nicht in Form von Stadtteilkommissionen. (Die mit den Freien Bürgerräten beginnende Organisierung der Bevölkerung bildet die erste Stufe der Struktur, die heute vom Staat als KCK [*Koma Civakên Kurdistan, Gemeinschaft der Gesellschaften Kurdistan*] bezeichnet wird.)

Der Idee der PKK entsprechend wird eine Koordination, eine Dachorganisation, aufgebaut, in der alle kurdischen Organisationen (sowohl die in den vier Teilen Kurdistans als auch die in Europa) vertreten sein sollen, allerdings sollen alle Organisationen ihre Autonomie behalten. Die KCK ist als ein System gegründet worden, in dem zwar Organisationen vertreten sind, aber unorganisierte Gruppen und Individuen ebenso teilnehmen sollen. Allerdings ist das System noch nicht in die Praxis umgesetzt worden. Derzeit funktioniert es lediglich als eine obere Koordination für die Organisationen der PKK. Soweit ich es einschätzen kann, sind innerhalb der KCK die PKK, HPG, YJA-STAR und ähnliche Organisationen vertreten. Öcalan erwähnt in manchen seiner AnwältInnengespräche, dass die KCK ein System sei, das auf alle Bereiche (zivil, politisch, kulturell, wirtschaftlich usw.) Anwendung fin-

den könne. Was damit ausgedrückt werden soll, ist die Organisierung der gesamten Gesellschaftsbereiche von der Basis her, autonom und föderal sowie miteinander im Austausch stehend, der konföderalen Organisierung entsprechend. Also ist das im Kern ein Appell an eine organisierte Gesellschaft. Somit ist das KCK-System keine Organisation, sondern ein Organisierungsmodell oder -system.

Somit ist das KCK-System keine Organisation, sondern ein Organisierungsmodell oder -system

Zu Beginn, also zwischen 2005 und 2009, beobachtete der Staat die Organisierung auf dieser Ebene und fand dieses Organisierungsmodell nicht bedenklich und intervenierte daher auch nicht. Mehr noch wurden solche Bestrebungen aufgrund der EU-Verhandlungen gefördert.

Inzwischen wurden in den Jahren 2008 bis 2009 anstelle der „Freien Bürgerräte" die Stadt- und Stadtteilräte neu gegründet. In ihnen sind unter anderem Mitglieder der BDP (vorher DTP) vertreten, zivile Nichtregierungsorganisationen, Frauenorganisationen, JournalistInnen, AnwältInnen, IngenieurInnen, BürgermeisterInnen. Den Aufbau solcher Räte haben DTP und BDP unterstützt. Dem Geist dieser Räte entspricht es nicht, irgendeiner politischen Partei anzugehören, vielmehr sollen sie autonom und unabhängig gegründet werden. Jeder Stadtteil wählt seine Delegation für den Stadtrat und die Stadträte wählen ihre Abgesandten für den DTK [*Kongress für eine Demokratische Gesellschaft*]. Der setzt sich nicht nur aus den Stadträten zusammen, in ihm sind VertreterInnen der BDP und anderer Parteien, Organisationen, Ethnien oder Glaubensrichtungen zu finden.

Die AKP-Regierung begann im Jahr 2008 auf Imralı und in Oslo mit der PKK eine qualifizierte Gesprächsphase. Die erste Wirkung dieser Gespräche waren die befristeten Waffenstillstände der PKK. Schließlich wurde von der PKK der Waffenstillstand bis nach den Kommunalwahlen vom 29. März 2009 verlängert, um eine Atmosphäre gegenseitigen Vertrauens herzustellen. Nach den Wahlen gab die PKK am 13. April 2009 eine weitere Verlängerung des Waffenstillstandes bekannt; anschließend begannen am 14. April 2009, also einen Tag nach der Erklärung, die ersten KCK-Verhaftungen.

Die Räte in den Stadtvierteln und Gemeinden haben bei den Kommunalwahlen von 2009 die DTP unterstützt, indem sie von Haus zu Haus gingen, um für die DTP zu werben, sodass diese einen großen Wahlerfolg erzielen konnte. Hierbei konnten wir, und auch die AKP, das erste Mal die Funktionsfähigkeit und Stärke dieses Organisierungsmodells erkennen, was beim Staat und vor allem bei Ministerpräsident Erdoğan ein enormes Unbehagen verursachte. Denn als die Menschen in den kurdischen Städten Diyarbakır, Tunceli, Hakkari und Van auf den Aufruf der Räte hin die Wahlkampfveranstaltungen der AKP geschlossen mieden, hat sich Erdoğan bei seinen Auftritten wohl gedemütigt gefühlt. Denn kurz nach den Kommunalwahlen wurden am 14. April 2009 zahlreiche SprecherInnen der Räte und MitarbeiterInnen des DTP-Vorstands unter dem Vorwurf der Mitgliedschaft in der KCK verhaftet. Aufgabe der MitarbeiterInnen des DTP-Vorstands war es, die Koordination zwischen der DTP und den Räten zu gewährleisten. Im Anschluss an diese erste Verhaftungswelle folgten noch größere in den Monaten November und Dezember, wobei viele BürgermeisterInnen und auch der damalige Vorsitzende des DTK, Hatip Dicle, verhaftet wurden. Das sogenannte Hauptverfahren im KCK-Prozess in Diyarbakır ist dasjenige, in dem den Festgenommenen die Verteidigung in ihrer Muttersprache Kurdisch verwehrt wird.

Dieses Verfahren hat aus zweierlei Gründen den Namen KCK-Verfahren bekommen: Zum einen sollen damit die Beschuldigten und ihre Organisationen kriminalisiert werden und zum anderen, weil deren Organisierungsform dem Modell des KCK-Systems ähnelt. Wir können deutlich unterstreichen, dass die Betroffenen keine Mitglieder der KCK sind, da es, wie ich bereits erörtert habe, keine Organisation namens KCK gibt. Es gibt lediglich ein Organisierungsmodell namens KCK.

Die Regierung ist von diesem Modell stark beunruhigt worden, da sich der Organisierungsgrad der Bevölkerung bis in die Straßenviertel widerspiegelt. So kam es dann auch, dass die AKP-Regierung eine bis dahin unbehelligt agierende und vollkommen legale Struktur, die bis dahin keine Gefahr für ihre Machtposition darzustellen schien, ab 2007, vor Beginn der Kommunalwahlen, beobachten und abhören ließ. Die Ergebnisse der Observation wurden dann anschließend der von ihr mittlerweile zu einem erheblichen Teil übernommenen Staatsanwaltschaft übermittelt. Bemerkenswert ist hierbei, dass die AKP-Regierung und damit der Staat die seit 2007 beobachtete Struktur nicht als Gefahr empfunden hatte und trotzdem die Erkenntnisse nach den erheblichen Niederlagen bei den Kommunal- oder Parlamentswahlen zum Anlass für große Verhaftungswellen nahm. Dies wiederum ist Beleg dafür, dass dieses Organisierungsmodell das Potenzial besitzt, die vorherrschende Machtstruktur ins Wanken zu bringen. Daher bestehen die AKP und ihre VertreterInnen darauf, diese Rätestruktur als eine parallele Staatsstruktur zu bezeichnen.

Seit Beginn der Verhaftungswellen sind insgesamt 6 300 Personen unter dem Vorwand der Mitgliedschaft in der KCK inhaftiert worden. Ein Großteil der Verhaftungen gilt entweder BDP-Vorständen oder den SympathisantInnen, die mit der BDP in Verbindung gebracht werden können. Dazu zählen vor allem Mitglieder und AktivistInnen in den Räten der Stadtteile und Gemeinden, die zugleich auch Parteimitglieder der BDP sind. BürgermeisterInnen, Provinz- und Kreisvorstände, MitarbeiterInnen der BDP-Parteivorstände und Ähnliche sind von der Natur ihrer Funktion her Delegierte der Räte.

Dieses Modell ist das Ergebnis des Prozesses, in dessen Zuge sich die KurdInnen vom Lösungsmodell des unabhängigen Nationalstaats verabschiedet haben. Eine gesellschaftliche Organisierung stellt auch aus unserer Sicht die Garantie für eine demokratische Zukunft dar. Daher können wir ganz klar sagen, dass dies auch ein Beleg dafür ist, dass die KurdInnen bereit sind, zusammen im und mit dem Staat (hier dem türkischen) zu leben. Dies ist der demokratische Aspekt des sogenannten Lösungsmodells der „Demokratischen Autonomie".

Der Aspekt der „Autonomie“ wird durch eine neue Verfassung, in der dieses Modell berücksichtigt wird und somit Rechtssicherheit garantiert wäre, umgesetzt.

Als Ergebnis können wir festhalten, dass die auf Initiative der Regierung hin begonnenen KCK-Operationen zum Ziel haben, die organisierten Strukturen des kurdischen Volkes zu eliminieren. Es ist durchaus denkbar, dass sich Individuen, die Mitglieder in diesen Strukturen sind, durch ein Fehlverhalten strafbar gemacht haben und dass dies untersucht wird. Es ist jedoch äußerst fragwürdig, wenn begonnen wird, die gesamte Struktur als eine Terrororganisation darzustellen, und fast alle verhaftet werden, die irgendwie mit ihr in Verbindung gebracht werden können. Dieses Verhalten ist von der Bemühung geprägt, diese Strukturen offensichtlich zu Unrecht zu kriminalisieren. Da eben die Inhaftierten im legal-demokratischen Bereich aktiv waren, sind sie durch die Regierung zum Ziel erklärt worden. Es gibt nichts Heimliches oder Illegales an ihrer Arbeit, sodass wir uns natürlich genauer fragen müssen, wieso sie zum Ziel der Repression geworden sind. Alle diese Operationen haben nur eines zum Ziel, nämlich die kurdische Bewegung für das von der AKP vorgesehene beschränkte Lösungsmodell gefügig zu machen. Bei Implementierung des eigenen Lösungsmodells soll es auch keinerlei organisierte Struktur oder Opposition geben, die Widerstand leisten könnte. Auffällig ist jedoch ganz besonders eines: Als die AKP mit der PKK und Öcalan in Verhandlungen eingetreten war, nahm sie weiterhin AktivistInnen der zivilgesellschaftlichen Ebene fest und in Haft. Kurz: Weiß denn die Regierung nicht, was und wer die KCKler sind? Die Antwort darauf lautet: Doch, sie weiß genau Bescheid, was und wer die KCKler sind. Sie nimmt Verhaftungen im Rahmen eines großen Projekts vor mit dem Ziel, die kurdische zivilgesellschaftliche Ebene zu liquidieren (AktivistInnen und SympathisantInnen der Räte, BDPler, etc.).

Ich möchte hierbei die aktuellen politischen Ereignisse nicht länger ausführen, wenn Sie diesbezüglich Gesprächsbedarf haben, so bin ich gern bereit, Ihnen auch telefonisch Auskunft zu erteilen.

Mit freundlichen Grüßen
Selahattin Demirtaş

Wer mit der kurdischen Frage spielt, verbrennt sich

Abrechnung

Adil Bayram, 13.02.2012

Letzte Woche deuteten wir auf die Anomalien unseres Landes hin. Es geschahen Dinge, die unter einer normalen Regierung nicht passieren sollten. Verschiedene Kreise der Gesellschaft wurden mit schockierenden Methoden überrascht. Es passierten wichtige Ereignisse, die in der Gesellschaft einige Fragen aufkommen ließen wie „was passiert?“ oder „wer rechnet mit wem ab?“. Die Diskussionen darüber dauern an. Wir wollen uns diese Geschehnisse anschauen, die die Gesellschaft schockieren.

Zuallererst kam auf, dass während der KCK-Operationen „Briefe gefunden wurden, die von Imralı nach Kandil geschickt worden waren“. Anschließend wurden alte und neue MIT-Kader [*Nationaler Nachrichtendienst*] als Verdächtige zur Aussage im Rahmen der KCK-Operationen vorgeladen. Daraufhin, noch bevor das alles verdaut werden konnte, wurde bekannt, dass zwei Polizeiverantwortliche für die KCK-Operationen aus Istanbul vom Dienst suspendiert worden waren. Das blieb natürlich nicht unbeantwortet. Gegen die alten MIT-Kader, die nicht zur Aussage erschienen waren, wurde Haftbefehl erlassen.

Die AKP-Regierung, die die Ernsthaftigkeit der Sache bzw. die Gefahr für sich erkannte, gab eine „Antwort“, nachdem sie mehrere „Spitzengespräche“ geführt hatte. Während sie auf der einen Seite einen Gesetzesentwurf zum Umgang mit dem MIT im Parlament einbrachte, entließ sie die Staatsanwälte, die den Haftbefehl erlassen hatten. Es ist von Interesse, was in Zukunft in diesem Rahmen passieren wird.

Das Interessante an der Sache ist, dass der Gesellschaft während des Krieges zwischen Politik und Justiz die Meldung offeriert wurde, Premier Erdoğan sei im Krankenhaus nochmals operiert worden. Noch vor all diesen Dingen aber wurde berichtet, dass ein aus der syrischen Armee in die Türkei geflo-

hener Offizier an Syrien ausgeliefert und anschließend umgebracht worden war.

Diese Dinge können politische Konsequenzen nach sich ziehen. Wird es zur Debatte stehen, dass diese Geschehnisse eine Abrechnung zwischen zwei Mächten sind? Doch wer sind diese Mächte? Weshalb muss abgerechnet werden? Momentan ist jeder damit beschäftigt, Antworten auf diese Fragen zu finden. In der jüngsten Vergangenheit hätte man dies als „AKP-Ergenekon"-Regierungskrieg bezeichnet. Doch momentan ist es nicht möglich, eine solche Bewertung vorzunehmen. Dies tut auch niemand. Laut Presse ist es ein Krieg zwischen Polizei und MIT. Dies wirft aber die Frage auf, was MIT und Polizei denn eigentlich sind. Wieso bekriegen sich diese Institutionen? Wieso wird die Justiz zum Spielball dieses Krieges? Der Staat bekriegt sich ja nicht selbst aus Lust und Laune. In solchen Dingen steckt das Bedürfnis nach der Macht.

Wenn man diese Angelegenheit in diesem Rahmen betrachtet, sind manche Kreise der Meinung, dies sei ein Krieg zwischen der AKP und dem Fethullah-Gülen-Orden. Inwieweit das der Wahrheit entspricht, können wir nicht ermessen, aber zumindest wird das Ganze ein wenig übersichtlicher.

Jedoch ergibt sich wieder eine wichtige Frage: Angenommen, diese Bewertung entspricht der Wahrheit, aus welchem Grunde bekriegen sich dann der Orden und die AKP zu einem solchen Zeitpunkt? Sie waren bisher immer auf einer Linie; aus welchem Grunde also?

Einige Kreise deuten indirekt auf die USA. Sie sind der Ansicht, der Orden sei gleich den USA. Genau genommen solle mit den jüngsten Vorkommnissen die AKP-Politik „ein Hauch amerikanischer" justiert werden.

In dem Falle tritt zweierlei in den Vordergrund: Die momentane MIT-Administration wird von Israel wegen ihrer zu großen Iranfreundlichkeit nicht besonders geschätzt. Aus diesem Grunde soll sie entmachtet werden! Das zweite ist, dass die AKP nicht ganz der Syrienpolitik der USA folgt und die USA es somit für nötig halten zu intervenieren.

Wir können den Wahrheitsgehalt dessen nicht prüfen. Aber beide Szenarien weisen Gemeinsamkeiten auf. Sie zielen auf die MIT-Administration und somit auf die AKP-Regierung. Sie wollen die AKP-Regierung im Sinne des kapitalistischen Systems handeln lassen. Auf dieser Basis kann man sagen, dass die Politik der USA und Israels sich überschneidet.

Das bringt den Offizier aus Syrien wieder in den Vordergrund. Während behauptet wird, es handele sich um einen Krieg zwischen Polizei und MIT, zeigt der Vorfall des Offiziers, dass diese Abrechnung im Zusammenhang mit der Syrien- bzw. Mittelostpolitik steht. Das bedeutet also politische Differenzen und Machtkampf. Während sich ein Einmarsch in Syrien immer mehr konkretisiert, wird klar, dass auch die AKP-Regierung involviert werden will. Man kann ja nie wissen – während der Irak-Intervention wurde die Ecevit-Regierung gestürzt. Vielleicht ist es ja diesmal die AKP-Regierung während der Syrien-Intervention?! Es kann ja auch kein Zufall sein, dass Erdoğan unterdessen genau wie damals Ecevit jedes Mal „operiert" wird?!

Wenn das der Wahrheit entspricht, dann bedeutet es, dass die Türen für Erdoğan geschlossen wurden. Genauso wie Ecevit nicht verstehen konnte, dass Devlet Bahçeli [*Vorsitzender der faschistischen Partei der Nationalistischen Bewegung (MHP)*] vorgezogene Neuwahlen wollte, werden Dinge passieren, die auch Erdoğan nie verstehen wird. Unser Land wird weiterhin diese schockierenden Ereignisse erleben. Wahrscheinlich wird auch niemand der AKP helfen können.

Wie aber ist die AKP in diese Situation geraten? Das hat zwei Gründe: Erstens, sie hat ihre Rolle überschätzt und dachte, 50 % der Stimmen seien ausreichend. Sie dachte, die Macht zu haben bedeute gleichzeitig, Stimmen zu bekommen. Aber der Stimmenanteil der Koalition von Ecevit betrug auch über 50 %. Und bekanntlich brauchte diese keine drei Monate.

Zweitens, es waren nur Wahlstrategien, alles in Stimmen umzuwandeln. Dies führte dazu, dass die AKP ziemlich populistisch und demagogisch wurde. Sie machte alles nur halbherzig. Sie machte alles, aber nichts bis zu Ende. Sie sprach über Probleme, nur um Stimmen zu bekommen.

Einer von ihnen sagte im August 2005 „die kurdische Frage ist meine Frage und ich werde sie lösen". [*Aussage Erdoğans in Amed (Diyarbakır); Anm. d. Übers.*] Und um diese angebliche Lösung zu realisieren, wurde im Jahr 2009 eine „kurdische Öffnung" initiiert. Um diese Politik konsequent zu verfolgen und an die Stimmen der Kurden zu gelangen, wurde gar ein Dialog mit dem PKK-Vorsitzenden Abdullah Öcalan und der PKK-Führung eröffnet. Aber zu keinem Zeitpunkt wurde eine wirkliche Lösung verfolgt. Es wurde immer nur hingehalten und versucht, an die Wählerstimmen der Kurden zu gelangen.

Und das, obwohl die kurdische Frage eine so ernste Angelegenheit ist und man eigentlich keine Spielchen mit ihr treiben sollte. Diejenigen, die das tun, verbrennen sich an ihr. Jetzt sehen wir, dass Tayyip Erdoğan sich auch an ihr verbrennt. Die Tatsache, dass er die ganzen Jahre davon spricht, die Frage zu lösen, aber es nicht einlöst, sogar das, was er getan hat, leugnet, verbrennt ihn und seine Regierung. Die Diskussionen um den Briefwechsel zwischen Imralı und Kandil sind das deutlichste Indiz dafür, dass Erdoğan nicht hinter seinen bisherigen Schritten steht. Würde er dies tun und die kurdische Frage wirklich in Richtung einer Lösung manövrieren, würde ihm und uns das alles erspart bleiben.

Es scheint, die AKP hat noch nicht einmal die von ihr selbst geführten „Ergenekon-Verfahren" richtig begriffen. Sie sieht nicht, dass diese Kreise verurteilt werden, weil sie die kurdische Frage nicht einer Lösung zugeführt haben. Und jetzt scheint es, dass der AKP ein ähnliches Schicksal blüht. Das wird daran deutlich, dass die Protokolle der Oslo-Gespräche [*geheime Gespräche zwischen türkischem Staat und PKK; Anm. d. Übers.*] und die Imralı-Briefe unbekannterweise an die Presse lanciert wurden. Die Berichte, dass die Imralı-Briefe angeblich bei den KCK-Operationen in den BDP-Büros gefunden worden seien, sind da nur noch verzweifelte Ablenkungsmanöver. ♦

Cemil Bayık im Interview

Wir werden gegen die AKP umfassenden Widerstand leisten

ANF, 04., 05. und 07. Februar 2012

Wir veröffentlichen Ausschnitte aus einem ausführlichen Interview der Nachrichtenagentur ANF mit dem KCK-Exekutivratsmitglied Cemil Bayık:

Komplott des 15. Februar

Während dem PKK-Vorsitzenden Abdullah Öcalan seit dem 27. Juli die Konsultation mit seinen Anwälten verweigert wird, nähert sich der Jahrestag des internationalen Komplotts vom 15. Februar 1999, an dem Öcalan völkerrechtswidrig entführt wurde. Was sagen Sie dazu?

Das internationale Komplott vom 15. Februar ist sowohl für unser Volk als auch für unsere Bewegung von historischer Bedeutung. Denn der Vorsitzende Apo hat für unsere Bewegung eine besondere Bedeutung und für das Volk ist er eine historische Persönlichkeit, die große Werte geschaffen hat. (…)

Der Vorsitzende war vom ersten Tag an Wegweiser dieser Bewegung. Er schützte sie durch seine taktische und strategische Voraussicht vor Angriffen und trug dazu bei, dass sie sich kontinuierlich stärkt, entwickelt und zu einer Volksbewegung mit beachtlichem politischem Gewicht wird. Und genau aus diesem Grund betonen wir immer wieder, dass die Rolle des Vorsitzenden für die PKK von herausragender Bedeutung ist. Das hat rein gar nichts mit der Mystifizierung einer Person zu tun. Das ist schlichtweg die Realität, die er geschaffen hat. Deswegen hat er weiterhin in der Bewegung wie auch im Volk großen Einfluss. Er hob die Bedeutung des Widerstands, selbst unter den widrigsten Umständen, hervor und ging hierbei stets als Vorbild voran. Unter den schwierigsten Bedingungen hielt er stets an der Arbeit fest und versuchte weiterhin, die Organisierung voranzubringen, und hat somit große Werte geschaffen. Das hat dazu beigetragen, dass die Bevölkerung und die Kader dieser Bewegung im Vorsitzenden die Fähigkeit sehen, für unsere Probleme die Lösung zu finden.

Das imperialistisch-kapitalistische System, die rückständigen Kräfte der Region und der Türkei waren sich alle in dem Punkt einig: Wenn Apo vernichtet wird, wird auch die PKK vernichtet. Das war ihre gemeinsame Überzeugung. Sie hatten ohnehin die unterschiedlichsten Angriffe gegen unsere Bewegung unternommen und waren zu keinem Erfolg gekommen. Daher konzentrierten sie nun ihre Bemühungen im Kampf gegen unsere Bewegung auf unseren Vorsitzenden. (…)

Der Vorsitzende Apo hat erklärt, dass nur mit einem richtigen Verständnis des internationalen Komplotts ein effektiver Widerstand geführt werden könne. Und nur dadurch, dass wir dieses internationale Komplott ins Leere laufen lassen, könnten wir den Widerstand verstärken und den Sieg erringen. Der Vorsitzende hat in seinen Verteidigungsschriften von der Gefängnisinsel Imralı auch ausgeführt, dass historische Komplotte den Lauf der Geschichte nicht anhalten, sondern beschleunigen. Daraus ziehen wir den Schluss: Wenn wir dieses Komplott richtig begreifen und ins Leere laufen lassen, wird das dazu beitragen, den Lauf der Geschichte zu beschleunigen. Deshalb hat sich unsere Bewegung stets um ein richtiges Verständnis des Komplotts bemüht. Es ist als Bestandteil eines Genozidplans zu verstehen und der Kampf gegen das Komplott und für die Freiheit unseres Vorsitzenden ist der Kampf gegen diesen Genozid.

Auch internationale Kräfte sind Teil dieser Vernichtungsbestrebungen

Wie ist das Schweigen des Antifolterkomitees (CPT), des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (EGMR) und anderer internationaler Institutionen zu den Isolationshaftbedingungen Öcalans zu verstehen?

Das Schweigen von CPT, EGMR und anderen internationalen Institutionen zur Isolation ist gleichbedeutend mit einer Mittäterschaft. Der Vorsitzende Apo berichtete, dass bei seiner ersten Ankunft auf der Gefängnisinsel Imralı ein Vertreter aus Europa anwesend gewesen war, der erklärt hatte, dass die Situation auf Imralı von ihnen beobachtet und kontrolliert werde. Deshalb sei die Annahme, das CPT oder der EGMR wüssten nichts von der Situation auf Imralı, schlichtweg falsch. Das kurdische Volk ist auf den Beinen und stellt wegen der Situation auf Imralı unentwegt Anträge an diese Stellen. Dennoch hüllen sie sich in Schweigen. Sie begreifen die Türkei als Rechtsstaat. Aber seit fast sieben Monaten werden in diesem Staat die Konsultationen des Vorsitzenden mit seinen Anwäl-

ten mit willkürlichen Begründungen untersagt. Die europäischen Staaten behaupten auch von sich selbst, Rechtsstaaten zu sein, auf das Recht großen Wert zu legen. Trotzdem schweigen sie zu dieser Praxis der Türkei, eines Staates, der in vielerlei Hinsicht an sie gebunden ist. Es wurden in der Türkei in letzter Zeit so viele Anwälte festgenommen, auch dazu schweigen sie. Und das, obwohl sie auch wissen, dass die Festnahme dieser Anwälte politisch motiviert ist. Es steht außer Frage, dass ein Krieg, ein Vernichtungsplan ausgeführt wird, wobei ein Kriegsschauplatz die Gefängnisinsel Imralı ist. Und demgegenüber verschließen sie die Augen. Weil sie auch selbst Teil dieses Vernichtungsplans sind. Und deshalb schweigen sie auch zur Situation auf Imralı.

Ohne die Unterstützung Europas könnte die Türkei ihre Politik nicht umsetzen

Würde die Türkei nicht die Unterstützung Europas und der USA genießen, könnte sie diese Politik gar nicht umsetzen. Es könnten nicht so viele demokratische Politiker, Anwälte und Journalisten mir nichts, dir nichts festgenommen werden. Die Totalisolation auf Imralı könnte nicht über sechs Monate aufrechterhalten werden. Selbst nach dem Militärputsch vom 12. September [*1980*] konnten die Anwaltsgespräche der politisch Inhaftierten nicht unterbunden werden. Ihnen war es erlaubt, sich mit ihren Anwälten zu treffen oder ihre Familien, wenn auch nur für kurze Zeit, zu sprechen. Um keine Spekulationen aufkommen zu lassen, ob die Inhaftierten drinnen getötet worden seien. Aber was heute auf Imralı passiert, findet nur schwerlich einen Vergleich. Und obwohl die europäischen Institutionen genau wissen, welche Bedeutung der Vorsitzende Apo für die kurdische Bevölkerung hat und dass eine negative Annäherungsweise an ihn gleichbedeutend ist mit einem Aufflammen des Krieges, schweigen sie. Auch trotz aller Proteste der Bevölkerung in Europa schweigen sie. Wenn in einem demokratischen Land die Gesellschaft gegen etwas so lautstark protestiert, sollte das nicht nur diese Institutionen, sondern die ganze Regierung in Bewegung setzen. Aber CPT und EGMR ignorieren die Proteste der kurdischen Bevölkerung bewusst. Genauso wie es dem türkischen Staat gleichgültig ist, wie sehr das kurdische Volk für seine Forderungen demonstriert und protestiert, so sehr ist es auch Europa gleichgültig. Würden die Deutschen, die Franzosen oder die Engländer gegenüber dem CPT oder einer anderen europäischen Institution so lautstark für eine Forderung eintreten, könnten diese Institutionen dann so schweigen, wie sie es bei uns tun? All das ist Beweis für die Mittäterschaft.

Nur wenn es in ihrem Interesse liegt, nehmen sie die Menschenrechte auf ihre Tagesordnung. Wenn nicht die Türkei, sondern ein anderes Land, zu dem die diplomatischen Beziehungen schlecht sind, nur einen Bruchteil dessen anstellen würde, was die Türkei gerade macht, sie würden sich auf die Regierung dieses Landes stürzen. Wenn es ihnen in den Kram passte, würden sie dieses Land als barbarisch diffamieren und Bomben auf die Köpfe regnen lassen. Aber weil es die Türkei ist, wo tausende Menschen inhaftiert werden, wo Frauen und Kinder auf offener Straße ermordet werden und wo die Bevölkerung durch Luftangriffe massakriert wird, verständigt man sich darauf, zur Schau hier und da mal öffentlich vorsichtig anzumahnen, aber hinter vorgehaltener Hand diese Praxis zu tolerieren. Die Türkei schöpft aus dieser Haltung selbstverständlich den Mut, genauso weiterzumachen wie bisher. Der türkische Regierungsvertreter Beşir Atalay erklärte öffentlich, sie würden von außen nicht allzu viel Kritik für ihre Politik ernten.

Wenn es um die kurdische Frage geht, dann interessiert niemanden mehr die Gerechtigkeit, die Menschenrechte oder sonst was. Dann geht es nur noch knallhart um politische und wirtschaftliche Interessen. Die Haltung der Europäer wird hierdurch bestimmt. Wenn die Türkei kein Land wäre, das diese Mächte für ihre Pläne im Nahen und im Mittleren Osten in dem Maße benutzen, dann könnte sie nicht ein Bruchteil dessen umsetzen, was sie aktuell tut.

Stimmungsmache gegen Öcalan

Wie wird von der Bewegung bewertet, dass Öcalan den Familienbesuch seines Bruders abgelehnt hat? Und was sagen Sie zu den entsprechenden Kommentaren in den türkischen Medien?

Eigentlich ist es offensichtlich, warum der Vorsitzende Apo nicht zum Besuch seines Bruders erschienen ist. Er hatte seinen Anwälten bereits am 27. Juli mitgeteilt, dass es von nun an gleichgültig sei, ob sie kämen oder nicht. Weil ihm klar war, dass sich die AKP in großem Maßstab auf einen Angriff gegen die kurdische Freiheitsbewegung vorbereitete. Und er wusste auch, dass Imralı ein Zentrum in diesem Angriffskonzept der AKP sein würde. Er nannte auch den Grund für die so große Wut der AKP auf seine Person. Er sagte, dass dies am Inhalt seiner Verteidigungsschriften liege. Darin legt er in aller Offenheit dar, was für eine Bewegung die AKP ist. Diese behauptet, sie sei muslimisch und demokratisch. Doch in seinen Schriften erklärt der Vorsitzende, was hinter dieser Maske wirklich steckt. Er stellt klar, dass es in der Türkei keine grundsätzliche Veränderung gegeben hat, sondern lediglich einen Regierungswechsel. Und die Ursache dafür sind zum einen die internationalen Interessen in der Region und zum anderen der Umstand, dass es dem ehemaligen Regierungsblock nicht gelungen war, die kurdische Freiheitsbewegung auszuschalten. So zeigt die AKP laut unserem Vorsitzenden eine weit gefährlichere Herangehensweise an die kurdische Frage, weil sie ihre Herrschaftsinteressen und den kulturellen Genozid an den Kurden viel verdeckter und heimtückischer verfolgt. Und sobald die Spannungen zugenommen haben, hat es die AKP unter Beweis gestellt, indem sie die Isolations- und Erpressungspolitik auf Imralı auf ein bisher so nicht dagewesenes Niveau gehoben hat. Es gab auch in der Vergangenheit Phasen verschärfter Isolation, aber zum ersten Mal wird dies über einen so langen Zeitraum hinweg ausgedehnt. Zudem gibt es Initiativen, um diese Isolation in einen rechtlichen Rahmen zu pressen.

Aber es bleibt nicht bei der Isolationspolitik. Zugleich gibt es eine üble Stimmungsmache gegen unseren Vorsitzenden. In der Phase, als er einen Waffenstillstand vorgeschlagen hatte, um der AKP-Regierung eine Chance für eine politische Lösung zu gewähren, hieß es in den AKP-nahen Medien: „Apo ist ein Akteur, mit dem man verhandeln kann." Nun hat sich das umgekehrt und der Vorsitzende wird vielseitig angegriffen. Dagegen leisten die Bevölkerung und unsere Bewegung heftigen Widerstand. Wir haben vielfach erklärt, dass die Isolation unseres Vorsitzenden Grund genug für den Krieg ist. Und die AKP weiß, dass sowohl die Bewegung als auch die Bevölkerung äußerst empfindlich auf die Situation des Vorsitzenden Apo reagieren. Trotzdem hält sie an der Isolationspolitik fest und verschärft sie sogar.

Sie versuchen der BDP Hände und Füße zu brechen

In der aktuellen Phase werden auch die Operationen des politischen Genozids verstärkt. Sie versuchen der BDP Hände und Füße zu brechen, um sie wirkungslos machen zu können. Dadurch soll Kurdistan unter die Dominanz der AKP fallen. Auf der einen Seite wird die Bekämpfung der demokratischen kurdischen Bewegung verstärkt und auf der anderen Seite werden die Anwälte des Vorsitzenden festgenommen. Alles das offenbart das wahre Gesicht der AKP und ihrer Politik. Und eben in einer solchen Situation, in einer solch angespannten Atmosphäre, lassen sie einen Besuch des Bruders des Vorsitzenden auf Imralı zu, um die Wut und die Proteste gegen diese Politik aufzuweichen. Dadurch wollen sie auch die über sechs Monate anhaltende verschärfte Isolation normalisieren und legitimieren. (…)

Einerseits werden die Angriffe verstärkt und andererseits versuchen sie in der Bevölkerung gewisse Erwartungen auf demokratische Schritte zu wecken, um die demokratischen und freiheitlichen Kräfte zu neutralisieren. Und genau das hatten sie mit der Erlaubnis des Familienbesuchs auf Imralı auch beabsichtigt. Allerdings ließ es der Vorsitzende, der die Taktiken und die Politik der AKP gut durchschaut, nicht zu. Er hat nicht nur dem Versuch einer Normalisierung der Isolation Einhalt geboten, sondern auch seine Haltung gegenüber der AKP deutlich gemacht. Seine Haltung sagt aus, dass man gegenüber dieser Politik der AKP ausschließlich Widerstand leisten kann. Jegliche Initiative für Gespräche oder Verhandlungen ist gegenüber einer solchen Politik fehl am Platz. Das ist die eindeutige Botschaft der Haltung des Vorsitzenden. (…)

Rechtliche Hülle für die Totalisolation

Wie wird die Bewegung reagieren, wenn der Isolationshaft eine rechtliche Grundlage untergeschoben wird? Und wie werden Bewegung und Bevölkerung dieses Jahr den 15. Februar begehen?

Seit fast sieben Monaten gibt es nun schon keine Konsultationen mit dem Vorsitzenden Apo. In dieser Zeit gab es nur ein einziges Treffen mit seiner Familie. Und das war ausschließlich deshalb erlaubt worden, um den Protesten gegen die nicht hinzunehmende Isolation den Wind aus den Segeln zu nehmen. Es zeigt sich, dass die Isolationshaftbedingungen weiter verschärft werden sollen, um damit die Bewegung zu erpressen. Und als ob die Isolation allein nicht schon reicht, werden auch noch alle seine Anwälte festgenommen und inhaftiert. Die Festnahmen sind nicht, wie behauptet wird, auf das Weiterleiten irgendwelcher Botschaften Öcalans zurückzuführen. Sie sind Teil eines Konzepts und offenbaren, welche Politik fortan gegen unseren Vorsitzenden betrieben werden soll. (…)

Ich habe bereits ausgeführt, dass für die Bewegung die Haltung gegenüber unserem Vorsitzenden Ursache sowohl für Krieg als auch für Frieden sein kann. Die Isolation zu verschärfen ist ohnehin eine Kriegserklärung an die PKK. Die Isolationspolitik ist nicht nur gleichbedeutend mit der Isolation unseres Vorsitzenden. Sie ist zugleich auch das Eingeständnis, dass die Regierung über keinerlei Ansatz zur Lösung der kurdischen Frage verfügt. Deswegen wollen sie unseren Vorsitzenden zum Schweigen bringen, seinen Willen brechen, die PKK vernichten und somit schließlich den Willen der Bevölkerung brechen. Und selbstverständlich werden die kurdische Bevölkerung, die kurdische Freiheitsbewegung und ihre Freunde sowie der Vorsitzende dagegen Widerstand leisten. Am 15. Februar wird die Bevölkerung dementsprechend den Widerstand weiter voranbringen. Das ist die Phase, in der wir uns gerade befinden.

Sollte die Gesetzesvorlage, durch welche die verschärfte Isolationshaft unseres Vorsitzenden einen rechtlichen Rahmen bekommen soll, das Parlament passieren, würde die These, dass Imralı ein Zentrum des Krieges ist, Offiziosität erlangen. Demgegenüber werden wir als Bewegung genauso sehr wie die Bevölkerung einen verstärkten Widerstand an den Tag legen. Der wird sich dann nicht allein auf die Forderung nach Aufhebung der Isolation konzentrieren, sondern ein genereller Widerstand sein. Er wird die gesamte AKP zum Ziel haben und seine Wut wird weitaus größer sein als bisher.

Manche behaupten, die politische Lage werde sich mit dem Frühling beruhigen. Wie bewerten Sie diese Prognose?

Wir können in aller Klarheit zum Ausdruck bringen: Die aktuelle Politik der AKP zeigt überhaupt keine Anzeichen, die auf Deeskalation oder gar Lösungsinitiativen im Frühjahr hindeuten. Aus ihrer Politik ziehen wir viel eher den Schluss, dass sie das gesamte Jahr über die Angriffe gegen unsere Bewegung fortsetzen werden und es zu harten Auseinandersetzungen kommen wird. Die ganzen Festnahmen, die Ausweitung des Psychoterrors, die Einschaltung kurdischer Kollaborateure, all dies sind Indizien dafür, dass sie mit allen Mitteln versuchen werden, den Willen der kurdischen Freiheitsbewegung zu brechen. Kann man daraus irgendwelche Anzeichen für eine Entspannung der Lage entnehmen? Nein! Wenn sie wirklich die

kurdische Bewegung vernichten sollten, dann wird es ein Frieden des Starken sein. Es gibt das historische Beispiel der Pax Romana, eine Phase politischer Ruhe, die allein auf der Unterdrückung durch das Römische Reich beruhte. Genau das will der türkische Staat auch erreichen, indem er die kurdische Bewegung bezwingt. Das ist ihr Ziel und das hat nichts mit Deeskalation zu tun. Allerdings müssen wir sie enttäuschen und ihnen mitteilen, dass das unerreichbar ist. Es kann keine andere Antwort des kurdischen Volkes auf die Politik der AKP geben, als den Widerstand zu verstärken.

Wenn man trotz dieser Unterdrückungspolitik auf der Behauptung beharrt, dass es im Frühling zu einer Deeskalation kommt, beabsichtigt man, den Widerstand des kurdischen Volks zu brechen. Wer solche Behauptungen in den Raum stellt, will den Willen des kurdischen Volks brechen, seinen Widerstand unterbinden. Es gibt absolut keine Anzeichen für einen ruhigen Frühling, ganz im Gegenteil, sie wollen alle BDP-Mitglieder festnehmen. Sie sagen selbst: „Wir werden fortfahren, KCKler festzunehmen.“ Und niemand soll Geschichten glauben wie die, die KCK habe die BDP infiltriert und entfalte dort illegale Aktivitäten. So etwas gibt es nicht. Das sind Äußerungen, die Köpfe verwirren und die Wahrheit verzerren sollen. Wer an solche Behauptungen oder eine angebliche friedliche Initiative im Frühjahr glaubt, legitimiert die AKP-Politik.

In einer Phase zunehmender politischer Operationen und forcierter psychologischer Kriegsführung gibt es Diskussionen, dass die Regierung eine „neue Verfassung“ in die Wege leiten wolle. Kann es in einer solchen Phase überhaupt Hoffnung auf eine demokratische Verfassung geben?

Der Inhalt einer Verfassung sollte sich stets an den gesellschaftlichen Bedürfnissen orientieren. Und diese sind einem permanenten Wandel unterworfen. Es entstehen zum einen neue Bedürfnisse und zum anderen werden bisherige staatliche Institutionen von ihrer Zeit überholt. Deshalb erreichen Verfassungen nach einer gewissen Zeit das Ende ihrer Lebensdauer. Alle bisherigen Verfassungen der Türkei waren hingegen ein Abklatsch der Verfassung von 1924. Natürlich wurde diese nicht in ihrer Reinform beibehalten. Sie wurde 1961 und auch später hier und da verändert. Von Zeit zu Zeit wurde sie noch rückständiger, dann wurde sie im Hinblick auf die politische Weltkonjunktur mal wieder liberaler, aber ihr Kern blieb unberührt. Und genau daher rührt auch das gesellschaftliche Bedürfnis nach einer neuen Verfassung. Kürzlich wurde in einer türkischen Tageszeitung, sogar in einer AKP-nahen, in einer Karikatur zu diesem Thema die Verfassung von 1961 sehr breit gefächert, dagegen die Verfassung von 1980 sehr engspurig dargestellt. Nun soll die Mitte zwischen diesen beiden gefunden werden. Und das ist noch das optimistischste Bild von einer neuen Verfassung. Und das, obwohl die brennenden Probleme dieses Landes, allen voran die kurdische und die alevitische Frage, praktisch nach einer neuen demokratischen Verfassung schreien. Alle unterschiedlichen ethnischen und religiösen Gruppen des Landes müssen das Recht auf ein freies, demokratisches Leben im politischen, sozialen, kulturellen und ökonomischen Bereich bekommen. Aber die gegebenen Verfassungen stehen in der Tradition der 1924er Verfassung, die das Ziel hatte, „eine Nation“ zu erschaffen. Und dieses Ziel beruht auf einem nationalstaatlichen Verständnis, das alle unterschiedlichen Kulturen aus dem Weg schaffen will. Genau deswegen ist die Türkei zu einem Grab der Kulturen geworden. Die neue Verfassung muss dies rückgängig machen. Sie muss die Freiheit aller ethnischen und religiösen Gruppen garantieren und in Schutz nehmen.

Aber auch die Phasen, in denen eine neue Verfassung entsteht, sind von großer Bedeutung. In solchen Phasen muss eine äußerst demokratische Diskussionsatmosphäre herrschen. Alle Gruppen und Schichten der Gesellschaft müssen ihre Wünsche und Forderungen offen vorbringen können. Wird dies aktuell so gehandhabt? Nein, das Gegenteil ist der Fall. Und dann sagen sie noch, als ob sie sich einen Scherz erlauben, dass jeder doch per E-Mail seine Forderung an das Parlament schicken soll. Nicht die Menschen als einzelne Individuen, sondern die gesellschaftlichen Gruppen und Schichten müssen ihre Forderungen vorbringen können. Die Kurden, die Aleviten, die Christen und alle anderen gesellschaftlichen Minderheiten müssen das Recht haben, sich als gesellschaftliche Gruppen zu artikulieren. Von den Frauen über die Jugend bis hin zur Arbeiterschaft und allen anderen Gruppen müssen alle in diesen Prozess mit eingebunden werden. Wir würden es als den richtigeren Weg ansehen, überall, in den Dörfern, Straßen und Stadtteilen, Versammlungen zur neuen Verfassung anzusetzen und die Meinung der Menschen vor Ort einzuholen. Nur so kann der Geist der Gesellschaft eingefangen und in die neue Verfassung hineingetragen werden. Aber der aktuelle Weg zeigt, dass sie überhaupt kein Interesse haben, die Forderungen der Gesellschaft zu berücksichtigen.

Der augenscheinlichste Beweis dafür ist, dass sie die wesentlichen Akteure bei der kurdischen Frage zu vernichten suchen. Kann so eine demokratische Verfassung entstehen? Aus dem, was sie machen, entnehmen wir die Botschaft: „Wir werden die neue Verfassung machen, aber vorher euren Kopf zerquetschen. Und dann habt ihr sie zu akzeptieren!“ Das ist ihre Annäherungsweise. Deshalb sehen wir bei der AKP aktuell auch nicht den Willen, eine demokratische Verfassung auf die Beine zu stellen. (…)

Regierungsinitiativen sollen angeblich planen, die Finanzquellen der PKK auszutrocknen. Wenn sie einen rechtlichen Rahmen erhalten, könnten alle kurdischen Arbeitgeber enteignet werden. Glauben Sie, dass eine solche Bestimmung irgendeinen Einfluss auf Ihre Bewegung haben würde? Was ist das Ziel eines solchen Gesetzes?

Es hat überhaupt keine Verbindung zur PKK. Ziel sind ohne Zweifel die politischen und demokratischen Vereine und Institutionen Kurdistans. So wie sie diese durch die Festnahme ihrer Mitarbeiter zu schwächen versuchen, so werden sie von nun an auch danach trachten, ihre finanziellen Quellen anzugreifen. Der demokratische Bereich versucht durch Spen-



„... Jeder Mensch hat seine eigene Sprache"
Demonstration zum Tag der Muttersprache am 21. Februar Foto: DIHA

Das Gesetz der Wirtschaft in Kurdistan ist es, mit dem Staat zu kollaborieren. Keine Kollaboration bedeutet keine wirtschaftlichen Möglichkeiten. Wenn nicht auf alle, so trifft es doch auf zumindest 90 % der Menschen in Kurdistan zu, die dort einen gewissen wirtschaftlichen Wohlstand erreicht haben. Die haben sich der Kolonialpolitik des Staates gebeugt und sind ausschließlich hinter ihren persönlichen, familiären oder Clan-Interessen her. Eigentlich will der Staat mit diesem Gesetzentwurf diese Kollaboration noch weiter vertiefen. Diese Kreise wollen ihre Position hinter dem Staat und gegen die PKK noch deutlicher kenntlich machen. Neben den politischen Kollaborateuren wird eine Klasse wirtschaftlicher Kollaborateure geschaffen, die in Kurdistan einen aktiveren Part im Kampf gegen die PKK einnehmen soll. Das ist die eigentliche Absicht hinter diesem Gesetz. (...)

den und Mitgliedsbeiträge, seine Ausgaben zu decken. Und genau das will der Staat nun unterbinden. Ihre eigenen Vereine und Institutionen erhalten große Summen, um problemlos arbeiten zu können, und über die kurdischen Vereine und Institutionen wird ein solches Embargo verhängt. In der Vergangenheit gab es auch eine Gesetzesänderung, damit die BDP keine staatlichen Gelder bekommt. Wenn die Kurden von irgendeiner Bestimmung profitieren könnten, dann wird nicht davor zurückgeschreckt, ganze Gesetze umzuwerfen oder außer Kraft zu setzen. Und genau das machen sie auch mit der aktuellen Gesetzesinitiative. Unter dem Vorwand, die Finanzquellen der PKK austrocknen zu wollen, werden Gesetzesvorlagen gegen die BDP und die demokratische kurdische Bewegung entworfen. Damit wollen sie den solidarischen Zusammenhalt der Kurden untereinander unterbinden.

Der türkische Staat verübt in Kurdistan auch einen ökonomischen Genozid. Den Kurden wird kein ökonomischer Lebensraum gelassen. Wenn du mit dem Staat kollaborierst, dann werden dir gewisse ökonomische Räume gelassen. Wenn du dich aber weigerst, dann kannst du es vergessen. Schaut euch doch allein die Geschichten der Wohlhabenden in der Türkei an. Ihr werdet sehen, dass sie alle nur aufgrund ihrer engen Beziehung zum Staat zu diesem Wohlstand gelangt sind. Weil die Kurden allerdings stets dem ökonomischen Genozid ausgesetzt waren, wurden sie in die illegale Ecke gedrängt. Sie haben an den Grenzen Schmuggel betrieben. Das ist die kurdische Realität. Weil ihnen keine anderen Möglichkeiten gegeben werden, Geld zu verdienen, sind sie gezwungen, illegal zu schmuggeln. Und die Folgen dessen wiegen für diese Menschen schwer: Sie haben auf den Minenfeldern Hände und Füße verloren, ihr Leben gelassen oder sie sind für Jahre hinter Gitter gewandert.

Der Präsident der Autonomen Region Kurdistan und PDK-Vorsitzende Massud Barzani erklärte kürzlich, dass noch in diesem Jahr eine kurdische Nationalkonferenz stattfinden solle. Auch Ihre Bewegung hatte in der Vergangenheit immer wieder die Organisierung einer solchen Konferenz gefordert. Wie bewerten Sie diesen Aufruf?

Natürlich wollen wir, dass eine nationale Konferenz einberufen wird. Nur dadurch können alle Kurden eine gemeinsame politische und diplomatische Haltung zeigen. Wir sind sogar dafür, dass ein System geschaffen wird, das allen kurdischen bewaffneten Kräften im Falle eines Angriffs gegen das kurdische Volk eine gemeinsame Reaktion ermöglicht. Den Kurden war es zu Beginn des 20. Jahrhunderts, als der Status quo in der Region neu beschlossen wurde, nicht gelungen, eine politische Einheit und eine gemeinsame Organisierung zu etablieren. Unter den Folgen, der Nicht-Anerkennung und Vernichtung der Kurden, leiden wir noch heute. Nun stehen wir wieder an einem Punkt, an dem der alte Status quo in der Region aufgebrochen wird und neue Gleichgewichte geschaffen werden. Und die Kurden sind in der Zwischenzeit auch in allen vier Teilen Kurdistans zu bedeutenden politischen Akteuren geworden und zu gewissen Errungenschaften gekommen. Aber diese Errungenschaften sind einer ständigen Bedrohung ausgesetzt, auch in Südkurdistan. Regionale Kräfte wollen die Kurden im Mittleren Osten nicht zu einer politischen Kraft werden lassen. Sie halten immer noch an ihrer Politik gegenüber den Kurden fest. Darum ist es umso wichtiger, dass die Kurden in der aktuellen Umbruchphase eine gemeinsame Kraft entwickeln, gemeinsam agieren und darauf hinarbeiten, der kurdischen Bevölkerung in allen vier Teilen zu einem poli-

tischen Status zu verhelfen. Das ist es, was wir unter einer nationalen Haltung verstehen.

Die nationale Einheit hat also eine historische Bedeutung für das kurdische Volk. Es hegt, wie auch die kurdischen Parteien, seit Jahrzehnten den Wunsch nach einer kurdischen Einheit. Sie wissen genau, dass ihre Verleugnung, ihre Unterdrückung, ihre Versklavung, ihre Niederlagen und ihre Vernichtung daher rühren, dass sie nie eine kurdische Einheit schaffen konnten. Diese Ursache für Vernichtung und Unterdrückung ist fest in ihrem Bewusstsein verankert. Und um genau diesem Wunsch nach einer kurdischen Einheit entgegenzukommen, dieses politische Bedürfnis zu stillen, sehen wir die nationale Konferenz in dieser historischen Phase als so bedeutend an.

Die Nationalkonferenz darf nicht so verstanden werden, als sei sie bloß irgendeine Versammlung. Sie wird den Status des kurdischen Volkes im 21. Jahrhundert bestimmen. Deshalb darf sie nicht bloß als Forum für den gegenseitigen Meinungsaustausch gesehen werden. Das käme einer großen Verantwortungslosigkeit gleich. Zugleich darf diese Konferenz auch nicht im Schatten irgendwelcher Interessen äußerer Mächte stehen. Natürlich muss man auch diplomatisch klug agieren, allerdings stets im Interesse des kurdischen Volkes. Die Diplomatie soll der Freiheit und der Demokratie unseres Volkes in allen vier Teilen Kurdistans dienen. Daher streben wir diese Konferenz an und nicht, um dort Entscheidungen im Sinne irgendwelcher Außenmächte zu treffen.

Wir fordern seit Jahren eine solche Konferenz und unterstreichen bei jeder Gelegenheit ihre Wichtigkeit. Aber über Jahre hinweg hat man sich ihr nicht angenähert, weil man befürchtete, dass eine kurdische Einheit die regionalen und überregionalen Mächte verärgern könnte. Das sehen wir als großen Fehler an und alle kurdischen Kräfte müssen da auch Selbstkritik üben. Massud Barzanis Ankündigung einer nationalen Konferenz noch in diesem Jahr ist ein äußerst positives Zeichen. Wir haben auch stets darauf beharrt und es gab in diesem Sinne auch eine gegenseitige Annäherung. Für die Verwirklichung einer nationalen Konferenz ist es unabdingbar, dass gewisse Gruppen und Parteien vertreten sind. Genauso wenig, wie eine Konferenz ohne die Beteiligung der PKK keine nationale Konferenz sein kann, genauso wenig geht das ohne die PDK oder die YNK aus Südkurdistan oder ohne die PJAK aus Ostkurdistan. Insofern war eine gemeinsame Verständigung sehr wichtig. Daher bewerten wir die Ansage sehr positiv und werden das weiter verfolgen.

Zum Thema Südkurdistan gibt es seit einiger Zeit Diskussionen über die mögliche Ausrufung der Unabhängigkeit. Wie sieht Ihre Bewegung diese Diskussionen?

Wir sehen die Lösung der kurdischen Frage in erster Linie in der Demokratisierung der Staaten in der Region. Wenn die Region sich demokratisiert, wenn der Nahe/Mittlere Osten demokratisch wird, dann sind die Anerkennung der kurdischen Identität und ihre Freiheit und Demokratie auch gewährleistet. Das ist durch einen Staat nicht zwangsläufig garantiert. Morgen oder übermorgen kann es zu einer Verlagerung staatlicher Interessen kommen und dann können auch die Freiheit und die Demokratie auf dem Spiel stehen. Deshalb sind wir davon überzeugt, dass die Garantie dieser Rechte nur über eine Demokratisierung des Nahen/Mittleren Ostens gewährleistet werden kann. In demokratischen Staaten würden die Anerkennung, die Freiheit und das demokratische Leben der Kurden gesichert sein.

Wir denken nicht, dass unter den gegebenen Umständen ein eigener Nationalstaat das kurdische Volk viel weiter bringen würde. Deswegen fordern wir nicht unbedingt einen kurdischen Staat. Für uns hat die Realität einer demokratischen Gesellschaft Vorrang. Es steht außer Frage, dass wir die gleichen Rechte aller anderen Völker auch für die Kurden fordern. Für die Realisierung dessen ist jedoch ein eigener Staat nicht unbedingt nötig. Aber Tatsache ist auch, dass die Kurden, wenn sie irgendwo nicht anerkannt werden und dieses ernsthafte Problem nicht auf demokratischem Wege und durch Verhandlungen gelöst werden kann, irgendwann auch andere Wege werden einschlagen müssen. Das bleibt dennoch nicht der Weg, den wir vorziehen. Die Situation im Irak ist schwierig. Die sunnitische und die schiitische Bevölkerung bekämpfen sich und die Kurden wollen da nicht hineingezogen werden. Zudem besteht weiterhin das Kirkuk-Problem, das Xaneqin-Problem, außerdem das Problem um Mosul. Und die Rechte der Kurden werden im Irak immer noch nicht vollständig zugestanden. Wir würden es bevorzugen, wenn diese Probleme auf demokratischem Wege innerhalb des Iraks gelöst werden würden. Aber wenn die politischen Kräfte in Südkurdistan einen anderen Weg favorisieren, werden wir das respektieren. Es ist wichtig, den Willen der südkurdischen Bevölkerung zu respektieren. So sehen wir die Sache.

Wir hoffen, dass die politischen Probleme innerhalb des Iraks auf demokratischem Wege gelöst werden. Die Frage der Anerkennung der kurdischen Rechte, das Kirkuk-Problem eingeschlossen, müssen gelöst werden. Nur so kann die angespannte Beziehung zwischen der irakischen Zentralregierung und den Kurden gelockert werden. Wir denken auch nicht, dass die Probleme dort von den Kurden herrühren, sondern weiterhin von der kolonialistischen Mentalität, nach der die Kurden an der Leine gehalten werden sollen. Deswegen verstehen wir auch die Forderungen der Kurden aus dem Süden. Und die Errungenschaften in Südkurdistan sehen wir natürlich auch als Errungenschaften aller Kurden an. Bei jeglichem Angriff auf sie würden wir uns deshalb auch als Verteidigungskräfte und Verteidiger der Freiheit dort verstehen.

Solange es nicht dazu kommt, dass die Rechte der Kurden anerkannt werden, werden die Probleme des Nahen/Mittleren Ostens ungelöst bleiben. Ohnehin ist der Preis für die ausbleibende Lösung der kurdischen Frage sowohl für die Staaten als auch für die Bevölkerung der Region sehr hoch. Die aktuelle Situation ist in niemandes Sinne. Darum wollen wir dies aufbrechen und die Entwicklung eines freien und demokratischen Lebens fördern. Das würde den Weg bereiten für die Demokratie und den Wohlstand der Region. Wir sind davon fest überzeugt. ♦

Politische Lösung oder totalitäre Türkei?

Erklärung der Internationalen Initiative anlässlich des 13. Jahrestags der illegalen Entführung Abdullah Öcalans am 15. Februar 1999

13 Jahre nach der Entführung Abdullah Öcalans in einer illegalen internationalen Geheimdienstoperation ist der öffentliche Diskurs einen großen Schritt weiter. Kurden sind noch immer empört über die internationale Intrige, die zu seiner Verschleppung aus Kenia führte. Doch Öcalan ist es gelungen, die Aufmerksamkeit immer weiter auf das zugrunde liegende Problem zu lenken: die kurdische Frage und die Notwendigkeit, sie zu lösen. Heute stellt sich die Frage: Wird es eine politische Lösung geben, oder wird die Türkei zu einem totalitären Regime?

Es liegt auf der Hand, welche dieser Alternativen im Interesse der Völker der Türkei liegt. Nach beinahe 30 Jahren des bewaffneten Konflikts, dem Tod von geschätzt 40 000 Menschen – die meisten von ihnen Kurden –, dem Bankrott großer Teile des politischen Systems der Türkei und der Renaissance der lange unterdrückten kurdischen Kultur ist die Zeit reif, den Konflikt auf friedliche Weise zu lösen.

Seit 1999 haben wir zu direkten Gesprächen mit Abdullah Öcalan aufgerufen. Heute wissen wir, dass solche Gespräche tatsächlich fünf Jahre lang geführt wurden. Immer wieder haben wir um des Friedens willen seine Freilassung gefordert. Wir wurden dafür oft kritisiert, denn dies schien illusorisch und utopisch. Heute wissen wir, dass es ein – bisher nicht umgesetztes – Abkommen mit staatlichen Funktionsträgern gab, ihn als ersten Schritt zur Freilassung unter Hausarrest zu stellen.

In den letzten zwölf Monaten kam eine beispiellose Fülle an Geheiminformationen an die Öffentlichkeit. Darunter waren zahlreiche sensible Details über die Geheimgespräche zwischen Abdullah Öcalan, Vertretern des türkischen Staats und Führern der illegalisierten Gemeinschaft der Kommunen Kurdistans (KCK). Aus diesen Informationen lässt sich ersehen, dass die Gespräche bereits weit fortgeschritten waren. Selbst ein weit reichendes „Dokument des gegenseitigen Einverständnisses“ war bereits zwischen den Parteien unterzeichnet worden.

Der Hauptgrund, warum eine Verhandlungslösung bereits in Reichweite gelangte, waren Öcalans unermüdliche Bestrebungen, konstruktiv zu handeln und realistische Vorschläge zu unterbreiten. 2009 präsentierte er seinen Standpunkt in Form einer buchlangen „Road Map für Verhandlungen“. Daraufhin wurden die Gespräche intensiviert und Diskussionen über praktische Schritte begannen. Dieses wichtige Dokument liegt bereits auf Englisch als „The Road Map for Negotiations“ vor und wird bald auch auf Deutsch erscheinen.

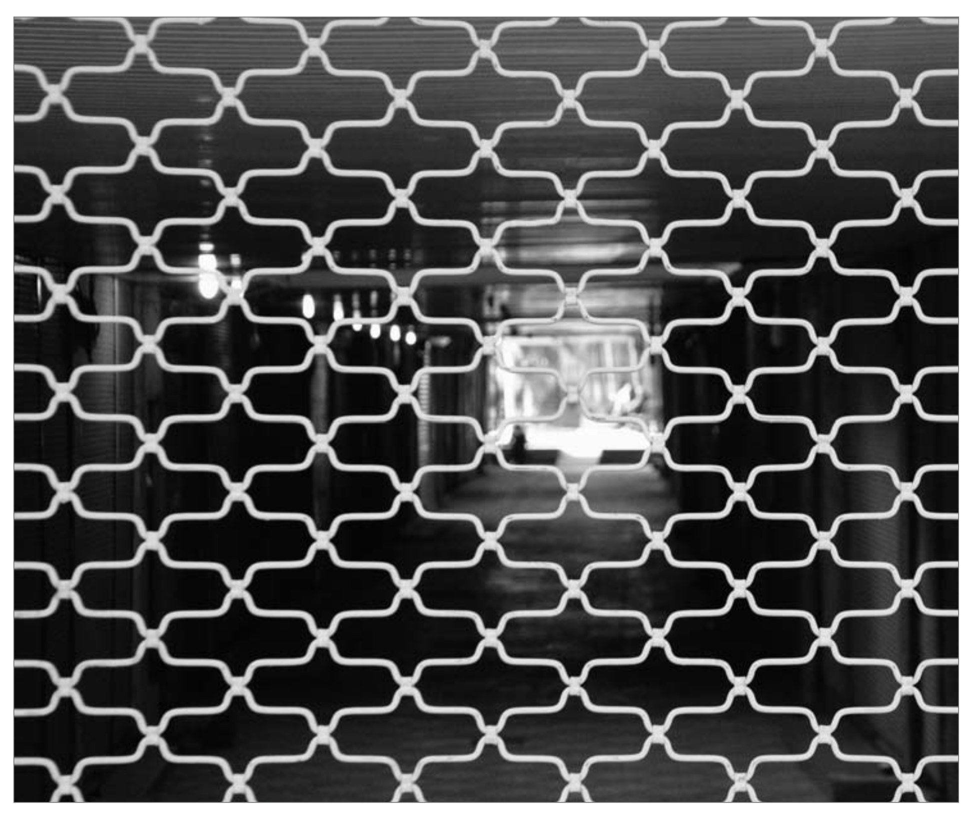
Doch die Gespräche scheiterten im Juli 2011, weil die Regierung sich weigerte, die bereits vereinbarten Schritte umzusetzen. In einer ironischen Volte wurden die Vertreter, welche die Verhandlungen im Namen des Staates führten, nun vor den Staatsanwalt zitiert. Anstatt ihren Einsatz für den Frieden zu würdigen, droht ihnen Strafverfolgung. Gleichzeitig wurden der Presse Informationen über die Inhalte der Gespräche in einer Weise zugespielt, die Empörung verursachen sollte. Die staatlichen Vertreter müssen sich nun fragen lassen: „Wie konntet Ihr derartige Dinge überhaupt diskutieren?“

Die „derartigen Dinge“ sind natürlich die Grundzüge einer politischen, friedlichen und demokratischen Verhandlungslösung der kurdischen Frage in der Türkei, die so viel Leid verursacht hat, insbesondere für die Kurden. Die Fortsetzung des Konflikts wird unweigerlich noch mehr Leid und Blutvergießen verursachen.

Leid und Blutvergießen waren bereits die unmittelbare Folge des Scheiterns der Gespräche. Ministerpräsident Erdoğan setzte auf eine militärische Lösung – die er bis dahin abgelehnt hatte – und startete Militäroperationen gegen die Guerilla, welche einen lang andauernden, einseitigen Waffenstillstand eingehalten hatte. Es folgten Gräuel wie das Massaker an 35 Zivilisten, die nach der Bombardierung durch die türkische Luftwaffe starben. Dies könnte nur der Vorbote für Kommendes gewesen sein. Momentan verhindert allein der Winter eine unmittelbare weitere Eskalation der Kämpfe.

Seit Erdoğans Kriegsbeschluss sind Öcalan und die anderen fünf Gefangenen auf der Insel Imralı komplett von der Außen-

welt isoliert. Seit dem 27. Juli 2011 hat nicht ein einziger Besuch von Anwälten auf der Insel stattgefunden. Stattdessen wurden im November alle Anwältinnen und Anwälte, die in den letzten Jahren auf die Insel gefahren waren, verhaftet. Dies stellt den größten Angriff auf Anwälte in der Geschichte der Türkei dar. Zum jetzigen Zeitpunkt ist Öcalans unmenschliche Isolation auf Imralı, dem „europäischen Guantanamo", intensiver als je zuvor während seiner 13-jährigen Haft.



Am 15. Februar, dem Jahrestag der Entführung und Festnahme von Abdullah Öcalan, blieben aus Protest die Geschäfte in Nordkurdistan geschlossen. Foto: DIHA

All dies ist wohl bekannt, doch der Rest der Welt schweigt über Menschenrechtsverletzungen in der Türkei. Der Westen ist auf Syrien fixiert und gratuliert der Türkei wegen ihrer Unterstützung für die Aufständischen. Im Gegenzug hält der Westen bemerkenswert still in Bezug auf die größten Massenverhaftungen von Mitgliedern der politischen Opposition seit dem Militärputsch von 1980. Tausende und Abertausende füllen die türkischen Gefängnisse. Vorgeworfen wird ihnen „Terrorismus", der sich bei näherem Hinsehen als legale politische Aktivitäten zur friedlichen Lösung der kurdischen Frage entpuppt. Die Vorwürfe gegen die staatlichen Vertreter, welche die Gespräche mit Öcalan und der KCK geführt haben, folgen derselben Logik. Wer immer sich um Frieden und Konfliktlösung bemüht, ist Feind der Kriegstreiber, die einmal mehr bewiesen haben, dass sie noch immer enormen Einfluss in der Türkei besitzen.

Die Türkei steht nun vor zwei klaren Alternativen: Auf der einen Seite stehen die Kriegstreiber, die sich eine Fortsetzung des Konflikts wünschen und die unmittelbare Gefahr eines Bürgerkriegs in der Türkei riskieren. Unter ihnen sind machthungrige Prediger und Politiker, Teile des Militärs und türkische Nationalisten. Auf der anderen Seite stehen das kurdische Volk mit mehr als 6 000 neuen politischen Gefangenen seit 2009 und alle friedliebenden Menschen der Türkei. Die eine Alternative ist die Fortsetzung des Konflikts, der die Türkei immer weiter in Richtung Autoritarismus, Totalitarismus und Bürgerkrieg treiben wird. Die andere Alternative ist die Lösung der kurdischen Frage, die zu Frieden und einer demokratischen Zukunft für alle führen wird.

Die Kurden sind desillusioniert und wütend. Es ist unschwer zu erkennen, dass die Situation ein hohes Potenzial für die Eskalation des bewaffneten Konflikts besitzt. Doch sie besitzt ebenfalls ein großes Potenzial für die Demokratisierung der Türkei und eine Lösung der kurdischen Frage. Diese Chance darf nicht verspielt werden. Die türkische Regierung sollte daher umgehend die Verhandlungen wieder aufnehmen.

Doch dies wird nicht von selbst geschehen. Die Fortsetzung der Verhandlungen bedarf der Unterstützung aller Kräfte, denen an einer Demokratisierung der Türkei und der Region gelegen ist. Die Kurden haben ihre Entscheidung getroffen und ihre Bereitschaft zu Verhandlungen unter Beweis gestellt. Jetzt müssen sich alle anderen entscheiden, was sie wollen: eine politische Lösung oder eine totalitäre Türkei? Die Wahl sollte nicht allzu schwer fallen.

Internationale Initiative
»Freiheit für Abdullah Öcalan – Frieden in Kurdistan«
Postfach 100511, D-50445 Köln
Telefon: +49 221 130 15 59
Fax: +49 221 790 76 10 30
E-Mail: info@freedom-for-ocalan.com
URL: www.freedom-for-ocalan.com

15. Februar 2012

Ein Massaker und seine Folgen

Die Gräueltat von Roboskî

Emel Engintepe, Kurd-Akad. Netzwerk kurdischer AkademikerInnen e.V.

Kurz vor Neujahr, am 28. Dezember 2011, kam es nahe des kurdischen Dorfes Roboskî (Ortasu) in der Provinz Şirnex (Şırnak) im Südosten der Türkei zu einem Bombardement auf eine Gruppe von Grenzhändlern. Bei dem Luftangriff der türkischen Armee wurden an diesem Abend 34 Zivilisten getötet. Unter den Opfern befinden sich drei Kinder und 17 Jugendliche.

Die kurdischen BewohnerInnen des an der Grenze zum Nordirak gelegen Gebietes leben schon seit Jahrzehnten vom Grenzhandel. Sie verdingen sich mit dem Kauf von Lebensmitteln, aber auch anderen profitablen Handelsgütern wie Tabak und Benzin, aus der jetzigen kurdischen Autonomieregion zum Weiterverkauf in die Türkei. Die Gendarmerie und Behörden der Region duldeten diesen Grenzhandel bislang.

An dem besagten Dezemberabend war eine Gruppe von jungen Männern mit Mauleseln auf dem Weg zurück aus der kurdischen Autonomieregion, die zu irakischem Territorium gehört. Sie hatten die Grenze zur Türkei bereits passiert, als es zwischen 21.30 und 22.30 Uhr zu einem einstündigen Bombardement aus der Luft kam.

Den Berichten der einzigen drei Überlebenden zufolge, die in einem Felsspalt Zuflucht gefunden hatten, versuchten sie gleich zu Beginn des Bombenhagels ihre Angehörigen per Mobiltelefon zu erreichen, um dringende Hilfe zu erbitten. Die in Alarm gesetzten Angehörigen wiederum benachrichtigen die nur sechs Kilometer entfernte Gendarmerie umgehend, in der Hoffnung, dass die Gendarmerie oder andere Regierungsstellen eingreifen und das Bombardement eingestellt würde. Leider jedoch vergeblich.

Im Nachhinein ist es daher für die Angehörigen besonders bitter, dass die Zahl der Todesopfer im Laufe des Winterabends stieg, da einige Verletzte ihren Verletzungen erlagen, weil sie verbluteten oder erfroren. Denn den Rettungswagen aus Şirnex (Şırnak) war der Zugang zum Tatort von der Gendarmerie verwehrt worden. Im Bericht der Partei für Frieden und Demokratie (BDP) wird die Anzahl derjenigen, die infolge ausbleibender Bergung verstorben sind, auf 13 beziffert. Die DorfbewohnerInnen selbst kamen schließlich gegen 23.00 Uhr den drei Überlebenden zu Hilfe. Sie transportierten die Getöteten und wenigen Überlebenden bis spät in die Nacht ins nahegelegene Dorf, ohne dass die Gendarmerie dazustieß.

Der Menschenrechtsverein IHD dokumentierte den Vorfall schon am nächsten Tag mithilfe einer Untersuchungsdelegation in allen Einzelheiten. Allein die rekonstruierte Abfolge der Ereignisse sorgte für großen Aufruhr: Die Grenzposten hatten die Gruppe von Jugendlichen sowohl beim Hin- als auch beim Rückweg aus dem Nordirak ohne Einwände passieren lassen, wobei die erste Gruppe bei der Rückreise vom Grenzposten kurzzeitig aufgehalten wurde, so dass die zweite Gruppe aufschloss, was fatale Folgen hatte. Auch dass das Bombardement über eine ganze Stunde hinweg anhielt und die alarmierte Gendarmerie nicht eingriff, deutet entweder auf grobe Fahrlässigkeit oder auf einen Vorsatz hin.

Die staatsnahen türkischen Medien berichteten erst nach 12 Stunden vom Massaker, und zwar tendenziös als einem militärischen Fehlschlag, einer Art Kollateralschaden, da man es auf die PKK-GuerillakämpferInnen abgesehen hätte. Teilweise wurde sogar in den Medien propagiert, ein Informant hätte die zivile Gruppe bewusst als Ziel benannt, um das türkische Militär zu diskreditieren.

Dahingegen gaben mehrere DorfbewohnerInnen, darunter der Dorfvorsteher, zu Protokoll, das Gebiet sei schon seit Jahren von militärischen Auseinandersetzungen zwischen der türkischen Armee und der PKK-Guerilla verschont geblieben, auch weil das Gebiet als Rückzugsort für die Guerilla aufgrund seiner ebenen Beschaffenheit ausgeschlossen sei. Dies bestätigen die Ausführungen der BDP, die an dieser Stelle keinerlei bewaffnete Kämpfe seit 1999 verzeichnen.

In der Erklärung des türkischen Generalstabs vom 29.12.2012 und des Ministerpräsidenten Erdoğan vom 30.12.2012 wird das bis zu vierstündige Aufzeichnungsmaterial vom Tatabend – aufgenommen mittels unbemannter Flugkörper (Drohnen) – als Rechtfertigung des Militärschlages angeführt. Zu Recht fordern daher die Menschenrechtsvereine die Offenlegung der Aufzeichnungen, die die Gruppe als bewaffnete GuerillakämpferInnen ausgemacht hätten. Handelsgepäck, Lasttiere und Zivilisten müssten sich doch von mit Schusswaffen bestückten KombattantInnen unterscheiden lassen. Dem Generalstab wird vom IHD und der BDP außerdem vorgeworfen, ungeachtet jedes möglichen Fal-

les, gegen grundlegendes Kriegsrecht verstoßen zu haben, das vor einem Angriff gegenüber den nachweislich bewaffneten GegnerInnen eine Warnung und Aufforderung zur Aufgabe vorsieht.

Mittlerweile fordern außer den Menschenrechtsvereinen auch immer lauter Familienangehörige Rechenschaft von den Behörden. Die Menschenrechtsvereine IHD und Mazlum-Der dokumentierten in den zwei Folgetagen u. a. den noch immer ungesicherten Tatort, die unwürdige Verwahrung der Leichname im nahegelegenen Bezirk Qilaban (Uludere), die unzureichenden gerichtsmedizinischen Untersuchungen und das Ausbleiben von Anhörungs- und Befragungsverfahren seitens BehördenvertreterInnen. Nicht tragbar ist zudem die Passivität der Generalstaatsanwaltschaft und des Gouvernements von Şirnex (Şırnak), die auf Anfrage der Menschenrechtsvereine selbst Tage später keine Reaktion zeigten bzw. Gespräche ablehnten. Ähnlich unbeantwortet blieben die Nachfragen des Abgeordneten und stellvertretenden Sprechers der BDP aus der Provinz Şirnex (Şırnak), Hasip Kaplan, beim Ministerpräsidenten sowie dem Innen- und Justizminister.

Nachdem die Ereignisse auch in der internationalen Öffentlichkeit Wellen geschlagen hatten, wurde es von FürsprecherInnen der Opfer, wie der Partei für Frieden und Demokratie (BDP), als reiner Hohn empfunden, dass die AKP-Regierung (AKP - Partei für Gerechtigkeit und Aufschwung) verlautbaren ließ, die Angehörigen der Opfer bekämen Entschädigungen ausgezahlt. Dementsprechend harsch fiel die Debatte im türkischen Nationalparlament (TBMM) aus, in der die BDP-Abgeordnete Gültan Kışanak das Massaker als Teil eines Ethnozids und die vom türkischen Staat angebotenen Entschädigungszahlungen als „Blutzoll“ bezeichnete. Selahattin Demirtaş verlangte in seiner Rede in diesem Sinne „Rechenschaft“ statt Entschädigungen. Unterdessen hat die BDP am 25.01.2012 die Aufnahme eines Ermittlungsverfahrens beim Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag beantragt. Der Antrag bezieht sich auf die Tatbestände „Völkermord“, „Verbrechen gegen die Menschlichkeit“ und „Kriegsverbrechen“. Die Türkei habe in diesem Fall, wie auch mehrfach in der Vergangenheit, gegen die Genfer Konvention des Völkerrechts verstoßen, die den Schutz von ZivilistInnen in bewaffneten Konflikten oder Kriegen regelt. Das Mandat für den Einsatz der türkischen Luftwaffe sei nicht vom Parlament legitimiert gewesen. Maßnahmen zur Beweissicherung, Untersuchung und juristischen Aufklärung seien bis dato nicht oder nachlässig eingeleitet worden.



Die Gräber der Opfer des Masserkars von Roboskî Foto: DIHA

Folgende Betrachtungen sind zu berücksichtigen, um die Intention des Militärschlags in der Logik der Kriegsführung nachvollziehen zu können:

Es ist auffällig, dass die Opfer zum Großteil aus der Familie der Encu stammen, einem Dorfschützer-Klan, dessen Vorsteher trotz seiner Bemühungen keinen Einfluss auf die Gendarmerie erzielen konnte. Dass sich die staatlichen bzw. militärischen Kräfte von Zeit zu Zeit unliebsam gewordener Dorfschützer entledigen, ist hinreichend bekannt. Das Massaker könnte daher ein Hinweis auf den Versuch sein, neue Konstellationen paramilitärischer Allianzen zu schaffen.

Außerdem ist zu berücksichtigen, dass der Ort Şirnex (Şırnak) bei den letzten Wahlen zum türkischen Nationalparlament (TBMM) im Juni 2011 allein drei der insgesamt vier Abgeordneten aus dem Block für Arbeit, Demokratie und Freiheit stellen konnte, in dem die prokurdischen BDPlerInnen als unabhängige KanditatInnen angetreten waren und die Mehrheit der Stimmen in der Region erhalten hatten. Das Massaker wird demgegenüber als Indiz gewertet, dass ein abschreckendes Exempel statuiert werden sollte.

Ein Alleingang kriegstreibender militärischer Kreise und anderer Kriegsprofiteure ohne Kenntnis der Regierung ist unwahrscheinlich. Vor dem Hintergrund, dass sich im Sommer letzten Jahres eine Neubesetzung des Generalstabsvorsitzes vollzog, ist diese Möglichkeit aber nicht gänzlich ausgeschlossen. Die fehlende Initiative zur Aufklärung des Bombardements von Zivilisten von Seiten der Regierung lässt sie dabei in einem überaus schlechten Licht dastehen.

Gleich vor welchem Hintergrund die Gräueltat zustande kam, folgt daraus unmissverständlich, der kurdischen Frage weiterhin mit militärischen Mitteln zu begegnen, damit einen türkisch-kurdischen Konflikt in der Türkei zu schüren und eine nationalistisch sowie rassistisch aufgeheizte Atmosphäre zu schaffen. Eine Wiederauflage des Bürgerkriegs der 1990er Jahre ist damit zu einer realen Gefahr geworden.

Wenn wir uns außerdem vor Augen führen, dass Fethullah Gülen im Dezember in einer Videobotschaft über die UnterstützerInnen der kurdischen Bewegung sagte: „Umzingelt sie (...) zerschlagt ihre Einheiten, lasst Feuer auf ihre Häuser regnen, überzieht ihr Klagegeschrei mit noch mehr Wehgeschrei, schneidet ihnen die Wurzeln ab und macht ihrer Sache ein Ende!", gewinnt das Massaker an den Zivilisten in Roboskî einen bedenklichen Gehalt.

Auf lange Sicht manövriert sich die derzeitige militärische und politische Führung der Türkei in eine Sackgasse, denn die kurdische Bevölkerung wird angesichts der Brutalität ihnen gegenüber immer weiter in den Widerstand gedrängt. Es ist Fakt, dass die fortschrittlichen Lösungskonzepte der KurdInnen immer größere Kreise ziehen, wie durch den Ausbau ihrer Interessenvertretung über den Parlamentarismus (BDP), aber auch den Aufbau alternativer Gesellschaftsstrukturen mit einer regionalen demokratischen Selbstverwaltung (DTK), die auf basisdemokratischen Zivilorganisationen fußen.

Als bitterer Beigeschmack bleiben die menschlichen Opfer und Leiden der Angehörigen, die trotz des beharrlichen Widerstandsprozesses nicht wettzumachen sind. Sie bleiben im kollektiven Gedächtnis über Generationen hinweg erhalten und werden eine lange Zeit der Aufarbeitung benötigen. ♦

ISKU/Nuce: http://www.nadir.org/nadir/initiativ/isku/nuce/NUCE548-1230.pdf [27.01.2012]
IHD: http://www.ihd.org.tr/index.php?option=com_content&view=article&id=2487:oba20111229&catid=30:ortak-baslamalar&Itemid=80 und http://www.ihd.org.tr/index.php?option=com_content&view=article&id=2491:roboski-katliami-raporu-03-ocak-2012&catid=30:ortak-baslamalar&Itemid=80 [27.01.2012]
Internationaler Strafgerichtshof: http://www.bdp.org.tr/tr/roboski-katliamini-uluslararasi-ceza-mahkemesine-ucm-tasidik [07.02.2012]
Gülten Kisanak im TBMM (03.01.2012)
http://www.youtube.com/watch?v=4AysyTe0Q_o [27.01.2012]
Selahattin Demirtas (03.01.2011)
http://www.youtube.com/watch?v=dqCdOSSd_3Q&feature=related [27.01.2012]
http://www.bdp.org.tr/tr/roboski-katliamini-meclise-tasidik [07.02.2012]
Generalstab:http://www.ozgur-gundem.com/index.php?haberID=17599&haberBaslik=Kimyasal%20Necdet&action=haber_detay&module=nuce&authorName=Adil%20BAYRAM&authorID=20 [08.02.2012]
Fethullah Gülen: http://www.youtube.com/watch?v=4_kS-NZeLKE (ausführliche Version) und http://www.youtube.com/watch?v=QcbyTnIJHbk (gekürzte Variante) [27.01.2012]



Nach dem Massaker in Roboskî – Trauer und Entsetzen Foto: DIHA

Ein Brief der Einwohner von Roboskî

Es sind 50 Tage vergangen, da 34 Kurden, welche in jugendlichem Alter waren, infolge eines Bombenangriffes bei einem Massaker in Roboskî ermordet wurden und der Gouverneur, der ins Dorf Roboskî gehen wollte, verprügelt wurde.
Obwohl sie bekannt sind, wurden innerhalb dieses Zeitraums die Mörder der 34 Personen weder gefunden noch verhört.
Aber dass der Gouverneur nach einer solchen erlebten Provokation ins Dorf ging und dort verprügelt wurde, dies wurde den Bewohnern des Dorfes zur Last gelegt.
Obwohl nach dem Massaker inzwischen 50 Tage vergangen sind, wurde niemand verhört, aber 5 Personen wurden wegen der Prügel an dem Gouverneur innerhalb kürzester Zeit festgenommen.
Diese Personen sind immer noch in Haft. Es sind die Angehörigen der Getöteten.
Die Justiz des türkischen Staates funktioniert perfekt.
Die Mörder der 34 Personen wurden nicht gefunden, aber die Täter der Prügelei wurden gefunden und inhaftiert.
Nun aber, wann wird diese Justiz die Mörder fassen?
Warum funktioniert diese Justiz nicht, wenn es um die Kurden geht?
Wegen der Prügelei wurde eine Liste zur Festnahme von 70 Personen erstellt.
Die offiziellen Vertreter befragen die Dorfbewohner immer wieder nach dem Aufenthalt der Personen auf der Liste.
Einer der wegen der Prügelei Inhaftierten ist Faruk Encü, der Bruder des bei dem Massaker ermordeten Serhat Encü.

Hier ein Brief, den Faruk Encü an seine Familie geschrieben hat:

Meine liebe Familie,

*ich schreibe Euch diesen Brief aus dem geschlossenen Vollzug des Gefängnisses in Sirnex. Ich vermisse Euch alle sehr.
Ich weiß, dass Ihr Euch zu der Trauer um meine Brüder nun auch noch die Trauer um mich aufgelastet habt.
Ich werde versuchen, dass es mir gut geht, sofern ich das schaffen sollte.
Ihr wisst, dass es in diesem Land Schicksal geworden ist, ob man ermordet oder verhaftet wird, und ich erlebe auch dieses Schicksal, das mir und meinen Brüdern aufgezwungen wurde.
Ihr alle seid für mich sehr wichtig. Wären meine Liebsten, die ich mehr als mein Leben liebe, und mit denen ich jede Nacht auf dem Marktplatz Fußball gespielt habe, hier im Gefängnis anstatt von den Bomben zerstückelt.
Aber leider haben diejenigen, die der Menschlichkeit fern sind, uns den Tod gegönnt.
Manchmal erscheinen mir meine ermordeten Brüder und Freunde vor den Augen, und wenn ich erwache, fühle ich mich sehr einsam.
Manchmal, wenn die Lichter im Gefängnis erlöschen, möchte ich mich erhängen.
Mein Bruder Serhat, Du hattest mir versprochen, dass wir einander niemals verlassen werden und unsere Augen gemeinsam schließen werden.
Aber es wird nicht lange dauern, und ich werde mein Versprechen halten.
Ich möchte Euch bitten, sollte ich sterben, bitte beerdigt mich neben den 34 Gräbern.
Denn ich kann es nicht akzeptieren, auf welche Weise meine Brüder ermordet wurden.
Manchmal habe ich Fantasien, in denen Faruk durch diese Tür eintritt und fragt, warum ich weine. Ich erwarte dies jeden Tag, jede Stunde.
Wenn ich sterbe, werde ich vielleicht zu ihnen in den Himmel kommen und wie in alten Zeiten mit ihnen auf dem Marktplatz Fußball spielen. Wir werden wie früher picknicken, und mein Bruder Serhat wird mich wieder ins Wasser stoßen, und mein Bruder Hamsa wird mich wieder lachend aus dem Wasser fischen.
Meine Worte gelten Euch, Ihr, welche ihre Menschlichkeit verloren haben, mit welchem Recht habt Ihr uns unsere Träume genommen? Woher habt Ihr Euch das Recht genommen, was wolltet Ihr, Mörder der Menschlichkeit, von den jungen Menschen und ihren Träumen?
Ihr, die von Recht, Justiz und Demokratie in diesem Lande sprecht, obwohl fast 50 Tage vergangen sind, habt Ihr die Mörder nicht gefunden. Oder seid Ihr diejenigen und wollt nicht vortreten?
Oh Ihr, die sagen sie seien Menschen, ich möchte Gerechtigkeit.
Ich möchte Gerechtigkeit, Gerechtigkeit, Gerechtigkeit.*

Faruk Encü
Geschlossene Abteilung des Sirnak-Gefängnisses

Bericht über eine Reise nach Roboskî

„Entschädigungszahlungen sind eine Beleidigung“

Cansu Özdemir, Robert Jarowoy, Hamide Akbayır, Ali Atalan

Wir kommen genau zum Jahreswechsel in Amed an – eine stille, mit Traurigkeit erfüllte Nacht. Zwei Tage nach dem Massaker der türkischen Armee in Roboskî bei Şirnex (Şırnak) waren zwei junge Männer in Amed-Kayapınar durch Kopfschüsse von der Polizei hingerichtet worden. Ein weiterer Anlass zum Trauern für das kurdische Volk … aber neben Stille und Trauer liegt auch spürbar der Widerstandsgeist in der Luft.

Zübeyde Zümrüt als Vorsitzende des Provinzverbandes der Partei für Frieden und Demokratie (BDP) und Recai Bilici vom Menschenrechtsverein (IHD) informieren uns über die stattgefundene extralegale Hinrichtung. Sie waren vor Ort gewesen und hatten mit AugenzeugInnen gesprochen; AnwältInnen und BDP-Mitgliedern wurde der direkte Zugang zum Tatort verwehrt. Nach Angaben der AugenzeugInnen wurden die beiden jungen Männer mitten auf der Straße durch Schüsse hingerichtet. Die Sondereinsatzkräfte bedrohten im Anschluss die Menschen in der Umgebung: „Und Euch wird noch das Gleiche passieren!“

Extralegale Hinrichtungen – auch als „Morde unbekannter Täter“ bezeichnet – waren vor allem in den neunziger Jahren eine gängige Methode zur Bekämpfung der kurdischen Bewegung. Aber was hat sich geändert? Auch wenn die überwiegend gleichgeschalteten türkischen Medien es leugnen, die Tatsachen liegen auf dem Tisch: Der türkische Staat begnügt sich nicht mehr mit „Morden unbekannter Täter“ – die Dosis wurde erhöht, jetzt geht es um „Massaker unbekannter Täter“.

Anstatt sich morgens ein „Rojbaş“ („Guten Tag“) zu wünschen, beginnt für die Menschen jeder Tag mit der Frage, wer heute verhaftet oder ermordet wird. Angesichts dieser Umstände zeigen die JournalistInnen, AnwältInnen, Jugendlichen und BDP-Mitglieder eine beeindruckende Haltung: Im BDP-Gebäude laufen sie von einem Raum zum anderen. Einige bereiten sich auf eine Gerichtsverhandlung vor, andere telefonieren mit GenossInnen in Wan, um den aktuellen Bedarf der vom Erdbeben betroffenen Menschen in Erfahrung zu bringen, eine Gruppe Frauen macht sich bereit für den Empfang des Leichnams von Mekin Kar, einem der hingerichteten jungen Männer, der aus der Gerichtsmedizin in Malatya zurück nach Amed gebracht wird. Kurz gesagt: Das kurdische Volk ist unbeirrt auf den Beinen. Dieser kurze Einblick in die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Menschen hier hat uns einiges verdeutlicht. Wir waren gekommen, um unsere Solidarität zum Ausdruck zu bringen und ihnen Kraft zu geben. Dabei sind wir es, die gestärkt aus dieser kurzen Begegnung hervorgehen.

Am nächsten Tag treffen wir uns morgens im Büro von Abdullah Demirbaş, dem Bezirksbürgermeister des historischen Stadtkerns Sur. Von dort aus machen wir uns auf den Weg nach Şirnex (Şırnak). Die dortige Bevölkerung und die Natur – vor allem die Cudi-Berge – sind etwas ganz Besonderes. Die Menschen in der Region haben viel Elend erfahren müssen und einen hohen Preis für ihren Einsatz im Kampf um Befreiung und Demokratisierung gezahlt. Die Folterstätten aus den neunziger Jahren gibt es immer noch. Uns gehen die Geschichten dazu, die wir gehört und gelesen haben, durch den Kopf – unmöglich, dabei nicht gleichzeitig Angst und Wut zu empfinden.

Es heißt, dass es keine Familie in der Region gibt, die keine Angehörigen im Befreiungskampf verloren hat. Wir statten dem BDP-Provinzverband einen kurzen Besuch ab. Auf dem Weg zur Anwaltskammer begegnen wir Kindern, die gerade aus der Schule kommen. Sie halten Stifte und Hefte in den Händen, lachen vergnügt und unterhalten sich laut. Alle tragen eine Uniform: Das Paradigma der Herrschenden in der Türkei – „ein Staat, eine Sprache, eine Fahne und eine Nation“ – spiegelt sich auch in den Schuluniformen der Kinder wider. Im Stadtzentrum fällt ein Schild faschistischer Hässlichkeit auf: „Glücklich, wer sich Türke nennen darf.“ Bei uns setzt sich das Gefühl fest, dass der Staat niemals von seiner Philosophie, nach der niemand anders sein darf, alle vom gleichen Typ sein müssen, das Gleiche denken, fühlen und leben müssen, abgewichen ist.

In der Anwaltskammer sprechen wir mit dem örtlichen Vorsitzenden Neçirvan Elçi und weiteren Vorstandsmitgliedern über das Massaker von Roboskî und die juristische Seite des Vorfalls. Die Juristinnen und Juristen betonen, dass die internationale juristische Dimension dabei unbedingt untersucht werden muss. Insbesondere von ihren KollegInnen in Europa erwarten sie die notwendige Unterstützung. Dann berichten sie noch von den Anwältinnen und Anwälten, die im Rahmen des KCK-Verfahrens verhaftet worden sind. Auf unsere Frage,

ob es wie in den neunziger Jahren wieder Menschen gibt, die die Provinz Şırnak aufgrund der Repression verlassen, antwortet eine junge Anwältin: „Nein, wir verlassen Şırnak nicht mehr, wir bleiben hier bis zum Letzten – weil wir Şırnak, seine Natur und Kultur lieben!“ Dabei lächelt sie und ihre Augen glänzen. Die Entschlossenheit in ihren Augen sagt alles. Detailreich und voller Stolz erzählt sie uns von den Besonderheiten Şirnexs (Şırnak), von den Liedern der Musikgruppe „Koma Evina Botan“, von dem köstlichen Gericht „Soryaz“ und dem besonderen Dialekt der Menschen aus Botan. Wir haben schon viel gehört von der berühmten „Botan-Leidenschaft“ – hier erleben wir sie „live“.

Am 3. Januar schließlich befinden wir uns auf dem Weg in das Dorf Roboskî, um unsere Recherchen vor Ort fortzusetzen. Auf der Fahrt zwischen Şirnex (Şırnak) und Qilaban (Uludere) hängen wir unseren Gedanken nach und fragen uns bedrückt, was uns dort erwarten wird. Beim Blick aus dem Autofenster auf die Cudi-Berge steigt das Gefühl in uns auf, dass unter jedem Stein Blut ist. Aus Liedern und Gedichten kennen wir diese Berge, deren Erdboden mit dem Blut junger Menschen und den Tränen ihrer Mütter getränkt ist.

Als wir uns dem Trauerzelt nähern, in dem die Beileidsbesuche abgestattet werden, werden wir von der Bevölkerung mit großem Interesse empfangen. Es sind fast 500 Menschen in dem riesigen Zelt, die Dorfbevölkerung, die Angehörigen der Ermordeten. Die Angehörigen in der ersten Reihe stehen auf und nehmen unsere Beileidsbekundungen entgegen. Wir schütteln viele Hände und sind erschüttert über die Traurigkeit, Hoffnung und Angst, die aus der Haltung dieser Menschen sprechen. Vor allem aus ihren Augen lässt sich ablesen, wie viel Leid sie erfahren haben, und dass sie trotzdem nicht besiegt sind. In einer Rede in diesem Zelt verurteilen wir das Massaker der türkischen Streitkräfte und sprechen den Angehörigen und dem gesamten kurdischen Volk unser Beileid aus.

Danach gehen wir zu den Müttern und jungen Frauen. Sie sind wütend und bringen ihren Zorn und ihren Hass offen zum Ausdruck. Darin unterscheiden sie sich von den Männern. Vielleicht liegt es daran, dass die Auswirkung von Kriegen und Blutvergießen auf Frauen anders und stärker ist. Sie tragen Bilder ihrer Kinder, Brüder, Verlobten und Ehemänner auf der linken Seite ihrer Brust und schreien ihre Verzweiflung heraus: „Schaut, das ist mein Sohn, mein Bruder, sie haben ihn ermordet, er war noch so jung!“

Eine junge Frau kommt auf uns zu, zeigt auf ihren Bauch und sagt, sie sei im dritten Monat schwanger: „Sie haben meinen Mann getötet, bevor unser Kind geboren wurde. Mein Kind wird seinen Vater niemals kennenlernen.“

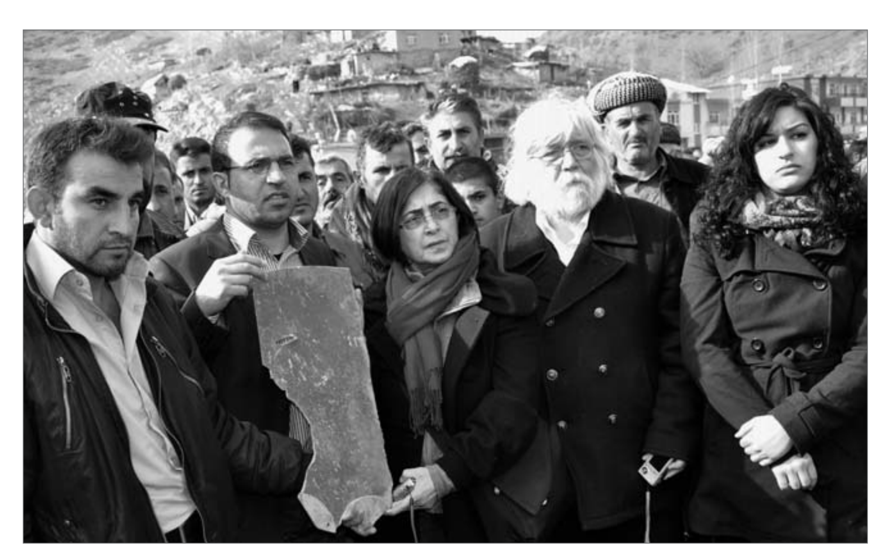
Wir umarmen uns, es mischen sich Weinen und Wehklagen. In diesem Dorf hat jede/r eine schmerzvolle Geschichte. Die AKP habe mit diesem Massaker zu ihrem Elend weiteres Leid hinzugefügt, sagen sie. Angesichts der stattgefundenen grausamen Brutalität und der Wut und Verzweiflung, die uns entgegenschlagen, fehlen uns die Worte. Die Zungen sind gelähmt, alles tut weh. Die Tränen aus den Gesichtern der Mütter wischen und sie umarmen, das ist alles, was wir tun können.

Wir werden zu einem kleinen Raum geführt, wo wir mit den AugenzeugInnen und den Angehörigen sprechen können. Als Erste ergreift Narin Ant das Wort. Sie ist die große Schwester von Adem Ant, der im Alter von 18 Jahren durch die Bombardierung ums Leben gekommen ist. Aus Narins Haltung sprechen Stärke und eine unerschütterbare Entschlossenheit. Sie ist wütend über die türkischen Medien, die das Massaker als nebensächlichen Vorfall abtun. Den türkischen Staat werde sie verklagen und alles dafür tun, damit die Verantwortlichen für den Mord an ihrem Bruder zur Rechenschaft gezogen werden.

Neben Narin sitzt Garibe Ürek, die Verlobte von Adem. Ihre Augen sind geschwollen und zeugen von großer Trauer. Sie hat zwei Cousins und ihren Verlobten verloren; ein weiterer Cousin befindet sich in lebensgefährlichem Zustand im Krankenhaus. „Alles, was mir von Adem geblieben ist, ist der Verlobungsring“, sagt sie. „Im Frühling wollten wir heiraten.

Brief von Şükran Encü (14) an die Verantwortlichen des Massakers

„Ich heiße Şükran Encü, bin 14 Jahre alt und habe bei dem von der AKP verübten Massaker meinen Bruder Celal und meinen Cousin Serhat verloren. Neun weitere der Toten waren nahe Verwandte. Ich frage die Mörder: Habt Ihr noch nie etwas von Menschlichkeit gehört? Habt Ihr niemals Liebe erfahren? Aus dem von Euch verübten Massaker wird deutlich: Ihr wisst nicht, was Liebe ist. Ihr habt meine großen Brüder getötet, sie bombardiert, in Stücke gerissen, verbrannt. Ich konnte mich nicht einmal verabschieden. Und kam es Euch zu wenig vor, 34 Menschen zu töten? Da habt Ihr den Rest dann auch noch ins Gefängnis geworfen. Aber vergesst nicht: Je mehr Ihr versucht, den Mord an meinen Brüdern zu vertuschen, desto mehr werden wir zurückschlagen. Ich frage mich, wie Ihr nachts schlafen könnt in dem Wissen, dass Ihr 34 Menschen getötet habt und ihre Familien bis morgens kein Auge zubekommen. Kennt Ihr keine Gewissensbisse? Ich warte die ganze Nacht auf meinen Bruder – dass er kommt, Tee trinkt, etwas isst … aber er kommt nicht. Ihr habt ihn mir weggenommen. Ihr könnt unsere Wunden nicht schließen, indem Ihr uns eine Entschädigung zahlt oder einen Arbeitsplatz verschafft. Unsere Wunden können nur heilen, wenn die Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen werden und die kurdische Frage gelöst wird.“ (Quelle: DIHA)



Die Delegationsmitglieder vor Ort in Roboskî Foto: DIHA

zerfetzt und sahen aus wie verbrannt", so Servet Encü. „Eine Gruppe hatte unter einem Felsen Schutz gesucht. Der Felsen wurde bei der Bombardierung getroffen und hat die Menschen zerschmettert." Servet Encü hat Tränen in den Augen bei seiner Schilderung: „Die Bomben haben die Köpfe der Jungs explodieren lassen. Die Köpfe waren abgetrennt von den Körpern." Nachdem er die Menschen im Dorf von dem Vorfall informiert habe, hätten diese den zuständigen Kommandanten aus der Gegend angerufen und ihn angefleht, die Bombardierung zu stoppen, weil es sich eben um Dorfbewohner gehandelt habe. Der Kommandant soll geantwortet haben: „Macht Euch keine Sorgen, es wird schon nichts passieren, wir wollen den Jungen nur ein bisschen Angst machen." Dieser unmenschliche Kommandant konnte wohl nicht so weit denken, dass Tote keine Angst haben können.

Adem hat sich der Karawane angeschlossen, um das Geld für die Hochzeit zusammenzukriegen." Von Tayyip Erdoğan wolle sie weder eine Entschuldigung noch eine Entschädigung: „Und auch, wenn sie jetzt hier Fabriken bauen und Arbeitsmöglichkeiten schaffen wollen – niemand von uns wird das akzeptieren, weil uns das auch nicht unsere Toten zurückbringt!" Es sei eine Lüge des Staates, dass die Guerilla denselben Weg über die Grenze benutze wie die Dorfbewohner: „Jeder weiß, dass die Guerilla diesen Weg nicht nutzt."

Servet Encü ist einer der Überlebenden aus der Gruppe. 26 Mitglieder der Familie Encü sind bei dem Massaker getötet worden. Er berichtet: „Wir leben seit vielen Jahren vom Grenzhandel. Diese Arbeit haben schon unsere Väter und Großväter gemacht. Dabei handelt es sich um eine Tradition, die seit 100 Jahren fortgeführt wird und von der jeder weiß. Wir machen diese Arbeit, weil wir arm sind und es keine anderen Einkommensquellen gibt. Am 28. Dezember haben wir uns mal wieder auf den Weg gemacht, um Waren zu holen. Auf dem Rückweg, als wir direkt am Grenzverlauf waren, haben sie uns aus dem Dorf angerufen und gesagt, dass der Weg von Soldaten versperrt ist. Wir sollten nicht kommen. Aber wir sagten, dass wir ja schließlich keine Waffen oder Ähnliches transportieren, sondern lediglich zwei Kanister Heizöl, und gingen weiter. Die Soldaten stellten sich uns in den Weg, weshalb wir umkehrten. An der Grenze stießen wir auf die Gruppe, die hinter uns gewesen war. Und genau in dem Moment fingen die F16-Jets an, uns zu bombardieren. Sie bombardierten uns dreimal. Weil ich etwas zurückgeblieben war, konnte ich mich unter dem Schnee verstecken und habe wie durch ein Wunder überlebt. Ich habe im Dorf angerufen und unsere Leute benachrichtigt."

Die DorfbewohnerInnen machten sich sofort auf den Weg und trafen auf ein entsetzliches Bild. „Die Leichname waren

Der kleine Raum, in dem wir uns befinden, füllt sich. Alle Anwesenden betonen, dass sie den Staat verklagen werden und keine Entschädigungszahlungen wollen. Sie zeigen uns Bombensplitter, die sie am Tatort gefunden haben. Bei dem Anblick konkretisiert sich die Vorstellung, wie die Körper dieser jungen Menschen zerfetzt worden sind. Und als sie sagen, dass sie auf unsere Unterstützung bauen und wir in ganz Europa von dem Unrecht berichten sollen, kocht die Wut in uns hoch. Unsere Wut richtet sich nicht nur gegen die Herrschenden in der Türkei, sondern auch gegen die Regierung Deutschlands. Wir denken an die Waffen, die von Deutschland geliefert von der türkischen Armee gegen das kurdische Volk eingesetzt werden. Und an die Profite, die Deutschland damit macht. Nicht nur die Regierung der Türkei, auch die Regierung Deutschlands muss zur Rechenschaft gezogen werden.

Mit diesen Gedanken im Kopf machen wir uns auf den Weg zum Friedhof. Uns erwartet ein unglaublicher, herzzerreißender Anblick. Es herrscht absolute Stille. Vor uns liegt ein rot-grün-gelbes Blumenmeer. Das Grab von Adem Ant, der im Frühjahr Hochzeit abhalten wollte, ist mit traditionellem Henna-Schmuck bedeckt. Als die Mütter die Gräber erreichen, zerreißt die Stille und Wehklagen wird laut. Eine Frau bewegt sich zwischen drei Gräbern hin und her. In dem einen liegt ihr Mann, in dem zweiten ihr Bruder und in dem dritten ihr Cousin. Wir umarmen die trauernden Frauen und in der Umarmung wird der Schmerz noch stärker spürbar. Die Zeit bleibt stehen. Diesen Ort zu verlassen, erscheint unmöglich. Wir wollen dort bleiben, den Schmerz teilen, helfen.

Über dem Friedhof kreist ein Militärhubschrauber. Schamlos, gewissenlos ... Selbst während sie ihre Toten beweinen, werden sie nicht in Ruhe gelassen. Aber die Frauen lassen sich nicht beirren. Sie haben es sich zur Aufgabe gemacht, für ihre Toten Rechenschaft zu fordern. Die AKP-Regierung glaubt,

den Aufruhr mit Entschädigungszahlungen besänftigen zu können. Aber die Frauen antworten Erdoğan: „Allein die Idee einer Entschädigung ist für uns eine Beleidigung. Es ist, als würden sie auch auf uns schießen.“ Selbst wenn sie verhungern sollten, würden sie keinen Cent vom Staat annehmen. Und sie richten das Wort an die türkischen Mütter: „Hört unser Wehklagen, auch Ihr seid Mütter. Entschädigungszahlungen sind keine Lösung, wir brauchen wirkliche Hilfe!“

Als wir das Dorf Roboskî verlassen, klingen die letzten Worte der DorfbewohnerInnen in unseren Ohren: „Dieses Massaker war geplant, Ihr müsst dazu etwas machen. Bitte lasst das nicht so stehen.“ Die BDP hat bereits damit begonnen, den Vorfall bei internationalen Institutionen wie der UNO und dem Europarat anzuprangern. Auch vor den Internationalen Strafgerichtshof soll der Fall gebracht werden. Im Gespräch mit Hasip Kaplan, der als Abgeordneter für die BDP im türkischen Parlament sitzt, bewertet dieser das Massaker als Verbrechen an der Menschlichkeit. Es dürfe nicht zugelassen werden, dass die AKP die Verantwortlichkeiten vertusche. Wir stimmen ihm zu, als er meint, dieser Massenmord solle sowohl die KurdInnen in der Türkei einschüchtern als auch eine bestimmte Botschaft an die Regierung der Autonomen Region Kurdistan im Irak vermitteln.

Für uns gilt es, die Waffenexporte von Deutschland an die Türkei zu thematisieren. Nicht in weiter Ferne, sondern direkt vor unserer Haustür werden Waffen produziert, die in Kriegen und gegen die kurdische Bevölkerung eingesetzt werden. Unsere Aufgabe ist es, diesen Waffenhandel zu stoppen. Waffenproduktion ist der erste Schritt zum Blutvergießen. Zwei der Jungen aus Roboskî haben sich an den Händen gehalten, als sie bombardiert wurden. Bei der Bergung der Leichname waren ihre Hände immer noch ineinander verschränkt.

Wir schließen uns der Botschaft der Mütter aus Roboskî an: „Der türkische Staat hat schon viele Massaker gegen die Völker durchgeführt. Sie wissen genau, dass sie die Kurden nicht mit Massakern zum Aufgeben bringen werden, jetzt erst recht nicht mehr. Das kurdische Volk erwartet eine Lösung, und gegen alles andere wird es weiter Widerstand leisten.“ ♦

Solidarität mit Roboskî

Sehr geehrte Damen und Herren,

Am 13. Februar 2012 wurde die Initiative „Solidarität für Roboskî“ mit einer Pressekonferenz in der Alten Feuerwache der Öffentlichkeit vorgestellt. Die Vorstellung der neuen Initiative, erfolgte durch die NRW Landtagsabgeordnete Hamide Akbayir (DIE LINKE) und durch die Vorsitzende von TÜDAY - Menschenrechtsverein Türkei/Deutschland e.V., die die Ziele und Intention der Gruppe nahelegten. Unter den Gründungsmitgliedern und einem breiten kontinuierlich erweiternden Unterstützerkreis sind verschiedenen Organisationen, Parteien und Einzelpersonen vertreten, deren Anliegen es ist, den Fall Roboskî an die Öffentlichkeit zu tragen und für eine gerechte Verurteilung der Verantwortlichen beizutragen.

Frau Hamide Akbayir, die unmittelbar nach dem Vorfall mit einer Abgeordneten Delegation in den Ort des Geschehens reiste, berichtete über die Details des Vorfalls, über die Notwendigkeit einer kontinuierlichen Aufklärung der Missstände und über die Notwendigkeit einer stetigen Vermittlung der Entwicklungen an die Öffentlichkeit. Die Initiative Solidarität für Roboskî unterstrich in der Konferenz weiterhin die Wichtigkeit und Funktion der Medien und Presse und kritisierte zudem auch das ungenügende Interesse sowohl der türkischen als auch deutscher Medien zum prekären Vorfall in Roboskî, bei dem 34 Zivilisten ums Leben kamen. Im Weiterhin legte die Initiative nahe, dass eine breite Solidarisierung mit den Angehörigen der Opfer insbesondere aus Europa für eine rasche Aufklärung der Missstände unumgänglich sei, da nur so den Opfern des Massakers entgegengekommen werden kann und die Hintergründe über den Fall Roboskî aufgedeckt werden können. Die Initiative qualifizierte diesen Vorfall als ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit, dass als solche auch international geahndet werden muss. In diesem Sinne haben sich nach einer ersten Informationsveranstaltung zum Thema viele Unterstützerinnen und Unterstützer gefunden, die an der Initiative ihren freiwilligen Beitrag zur Aufklärung leisten möchten.

Somit haben sich verschiedene Arbeitskreise gebildet, die u. a. die Ziele und ein Roadmap für das weitere Vorgehen ausgearbeitet haben: Infostände an zentralen Orten, Protest vor der Domplatte, Petition mit den weiteren Anliegen zur Ausweitung der Unterstützung, Informationsveranstaltungen insbesondere für die Zielgruppe der deutschen Öffentlichkeit, Erarbeitung eines Dossiers in verschiedenen Sprachen, Gespräche mit den Parteien, Gewerkschaften, und wichtigen Institutionen auch auf EU-Ebene u. a. mit dem Europaparlament.

Weitere Organisationen oder Einzelpersonen, die sich in die Initiative mit einbringen möchten oder unterstützen möchten, können die Initiative direkt kontaktieren.

Mit freundlichen Grüßen
Ilkay Yilmaz
für die Initiative Solidarität mit Roboski

Homepage: Solidarität mit Roboski; solidaritaetroboski.wordpress.com (im Aufbau)
Solidarität mit Roboskî
c/o TÜDAY - Menschenrechtsverein Türkei/Deutschland e.V.
Melchiorstraße 3
D - 50670 Köln
E-Mail:
solidariaetroboski@gmail.com
Tel: 0160/ 408 44 00

16. Februar 2012

Basisaktivisten, Bürgermeister, Abgeordnete, Journalisten, Anwälte und jetzt …

Kurdische Geschäftsleute im Visier des Staates

Mako Qoçgirî

Es scheint fast so, als habe die türkische Regierung mit der Handschrift ihres Innenministers eine umfassende Liste erstellt, auf der alle möglichen gesellschaftlichen Gruppen festgehalten sind. Diese Liste wird nun eins nach dem anderen abgeklappert und diejenige Gruppe, die gerade dran ist, wird genauestens auf mögliche „terroristische" (was im AKP-Jargon für so gut wie alle „oppositionellen" Strukturen verwendet wird) Umtriebe in ihr geprüft. Der türkische Innenminister Idris Naim Şahin machte Ende letzten Jahres deutlich, dass „der Terror nicht nur in den Bergen mit der Waffe in der Hand geführt" werde. Denn hierbei laufe man Gefahr, den „Hinterhof des Terrors", der sich in Bildungseinrichtungen, in Naturvereinen und anderen zivilgesellschaftlichen Organisationen ausdrücke, außer Acht zu lassen. Und nicht zu vergessen sind laut Innenminister auch diejenigen, die den Terror durch die Bilder, die sie malen, die Kolumnen, die sie schreiben, die Gedichte, die sie dichten, und die Lieder, die sie singen, unterstützen. Ein sehr umfassende „Terrorismusdefinition" des aktuellen türkischen Innenministers, mit der er sich vermutlich auch eine Menge Arbeit aufgelastet hat. Aber Şahin scheint ein fleißiger Zeitgenosse zu sein. Denn er macht sich seit seinem Amtsantritt parktisch mit unermüdlicher Geduld daran, jegliche Gruppe in der Gesellschaft genauestens zu durchleuchten, die „Terroristen" in ihr ausfindig zu machen und sie hinter Gitter zu bringen. Die Basisaktivisten und die BDP-Parteimitglieder sind dabei eine Dauerplage für den armen Innenminister, weil ihre Anzahl unendlich erscheint und sie sich immer wieder erneuern. Immerhin sind er und seine Regierung mit einigen der gewählten kurdischen Bürgermeister und Abgeordneten fertig geworden. Zuletzt mussten dann die Journalisten und die Anwälte spüren, wozu die Regierung in Sachen „Terrorismusbekämpfung" fähig ist. Und neuestes Ziel von Şahin & Co. sind nun die Geschäftsleute.

„Die Finanzquellen des Terrors austrocknen", unter diesem Motto will sich die AKP-Regierung weitreichende Kompetenzen verschaffen, um die Geschäfte unliebsamer Geschäftsleute in Nordkurdistan einzufrieren. Mit diesem Themenschwerpunkt kam Ende Januar der Hohe Antiterrorrat (TMYK) für zwei Tage in Istanbul zusammen und beriet sich, welche Schritte hierfür eingeleitet werden müssen. Was dabei herauskam, ist erschreckend: Eine Liste mit 60 Namen von Geschäftsleuten sei zusammengetragen worden. Der Polizei und den Staatsanwälten sei die Direktive herausgegeben worden, im Hinblick auf diese 60 Namen aktiv zu werden. „Schwarze Listen" mit den Namen von kurdischen Geschäftsleuten, das kommt Leuten, die schon länger die kurdische Frage verfolgen, nicht unbekannt vor, doch dazu gleich mehr. Ein weiterer Schritt, dessen Wichtigkeit auf der Versammlung explizit nochmal unterstrichen wurde, war ein Gesetzentwurf, welcher jederzeit ermöglichen soll, Geschäftsleute zu enteignen, die „den Terror unterstützen". Welche Tragweite ein solcher Beschluss haben kann, wird an dem Kommentar der stellvertretenden Vorsitzenden der Republikanischen Volkspartei (CHP) Emine Ülker Tarhan deutlich. Tarhan erklärte, dass die Regierung sich das Recht verschaffe, das Vermögen jeder unliebsamen Person auf Eis zu legen. Hierfür seien keine eindeutigen Beweise vonnöten, der bloße Vorwurf reiche aus. Und gar die CHP könne Ziel dessen sein. Denn immerhin sitzen aktuell zwei gewählte Abgeordnete der CHP, Mustafa Balbay und Mehmet Haberal, mit dem Vorwurf, Mitglied von Ergenekon zu sein, im Gefängnis. Laut Tarhan, die ebenfalls Juristin ist, sich also auf dieses Gebiet versteht, reicht es aus, eine bloße Verbindung zwischen den beiden inhaftierten Abgeordneten und der CHP aufzubauen, und der Terrorismusvorwurf ist zugerichtet.

Die CHP dürfte allerdings nicht das primäre Ziel der AKP-Regierung bei diesem Vorhaben sein. Im Fokus stehen zunächst die wirtschaftlichen Strukturen in Kurdistan. Das geht auch aus den weiteren Beschlüssen des „Antiterror-Treffens" hervor. Dort legte der türkische Geheimdienst nämlich den anderen Teilnehmern des Treffens eine interessante Rechnung vor, mit welcher er neben den Geschäftsleuten auch die kurdischen Stadtverwaltungen zur Zielscheibe machte. Laut Geheimdienst würden nämlich jährlich rund 800 Mio. $ von

der türkischen Zentralkasse in die kurdischen Städte fließen. Ein Großteil dieses Geldes würde wiederum dort als Subvention bei den kurdischen Geschäftsleuten landen. Der Geheimdienst führt weiter aus, dass die Geschäftsleute freiwillig oder durch Erpressung bis zu 20 % der erhaltenen Gelder an die PKK weiterleiten würden, dann hieße dies, dass der Staat jährlich über Umwege bis zu 160 Mio. $ an die PKK spende. Mit diesem beeindruckenden Beweis ihrer Rechenkünste legte der Geheimdienst den anderen Teilnehmern folgenden Schluss nahe: Weniger Geld an die kurdischen Stadtverwaltungen gleich weniger Geld an die PKK. Kurdische Geschäftsleute zur Strecke bringen und den kurdischen Stadtverwaltungen die Gelder kürzen, damit ist die neue Marschroute im türkischen „Antiterror-Kampf“ vorgegeben.

Diese Angriffe auf die kurdische Wirtschaft sind allerdings nicht gänzlich neu, wie ich oben schon angedeutet hatte. Der BDP-Abgeordnete Hasip Kaplan sagte nach Verlautbarung der Beschlüsse des Antiterror-Rats, dass die jetzige AKP-Regierung bezüglich der kurdischen Frage Stück für Stück die Politik der 90er Jahre wiederhole. Dies sei der beste Weg, um das Land geradewegs in die Sackgasse zu führen. Doch was geschah in den 90er Jahren? Wie sah die „Wirtschaftspolitik“ der Türkei in Nordkurdistan damals aus?

Vom Dorfschützer bis hin zum Großgrundbesitzer bietet der türkische Staat den Kurden wirtschaftliche Möglichkeiten an, vorausgesetzt, sie erklären sich dazu bereit, Teil des Kampfes gegen die PKK zu sein.

Die 90er Jahre waren die Zeiten des schmutzigen Krieges in Kurdistan und (nicht nur) als kurdischer Geschäftsmann lebte man äußerst gefährlich. Die damalige Regierungschefin Tansu Çiller ließ zu ihrer Zeit verkünden, dass sich die „schwarze Liste“ mit den Namen der kurdischen Geschäftsleute in ihrer Hosentasche befinde. Danach wurden die Körper von zahlreichen Geschäftsleuten wie Behçet Cantürk, Haci Karay oder Savaş Buldan leblos an den Straßenecken aufgefunden. Die Glücklicheren unter ihnen konnten noch rechtzeitig ins Exil fliehen und so ihr Leben retten. Und diese Politik des Staates zeigte ihre Früchte. Während laut eines Berichts der türkischen Zeitschrift Nokta Anfang der 90er Jahre sechs der zehn erfolgreichsten Holdings kurdischen Geschäftsleuten gehörten, findet man heute nicht einen einzigen dieser kurdischen Geschäftsleute unter den Top 30 der erfolgreichsten Holdingbesitzer in der Türkei. Sinnbildlich für die „Türkisierung“ der Wirtschaft steht der zeitgleiche Aufstieg der OYAK Holding. OYAK startete zunächst ausschließlich als Pensionsfonds für die türkischen Streitkräfte und ist heute eine der vier größten Holdings des Landes mit insgesamt 30 zu ihr gehörenden Unternehmen.

Einen Weg zur Teilhabe an der Wirtschaft bietet der türkische Staat den Kurden allerdings doch noch, und das gestern wie heute. Dieser Weg führt über die Kollaboration mit dem Staat. Vom Dorfschützer bis hin zum Großgrundbesitzer bietet der türkische Staat den Kurden wirtschaftliche Möglichkeiten an, vorausgesetzt, sie erklären sich dazu bereit, Teil des Kampfes gegen die PKK zu sein. Und die wirtschaftlichen Karrierewege für Kollaborateure sind nicht gerade unattraktiv. Bis hin zum Parlamentsabgeordneten kann man es schaffen, wenn man sich nur genügend Mühe bei der Erfüllung der „Vaterlandspflichten“ gibt. Ein besonderes Beispiel hierfür aus den 90er Jahren ist der Bucak-Clan aus Siwêrek (Siverek). Die gesamte Wirtschaft von Siwêrek stand quasi unter der Kontrolle dieses kollaborierenden Clans. Immerhin hatten die Bucaks große Dienste für den türkischen Staat geleistet. Schon beim Scheich-Said-Aufstand stand man auf der Seite des türkischen Zentralstaates. Auch im Kampf gegen die PKK blieb man den Herrschaften weiterhin treu. Für solche besonderen Dienste wurde der Führer des Clans, Sedat Bucak, mit einem Platz im Parlament unter der regierenden Partei Tansu Çillers (DYP, Partei des Rechten Weges) belohnt. Bucak hatte ausgedient, als beim Skandal von Susurluk offiziell wurde, was in Kurdistan ohnehin schon jeder wusste. Bei einem Autounfall in der westtürkischen Stadt Susurluk starben im selben Auto der Mafiaboss und führendes Mitglied der Grauen Wölfe Abdullah Çatli sowie der damalige stellvertretende Polizeichef von Istanbul Hüseyin Kocadağ. Schwer verletzt aus demselben Auto konnte unser Herr Abgeordneter Sedat Bucak geborgen werden. Wirtschaftliche Interessen kennen schließlich keine politischen und moralischen Grenzen …

Doch kehren wir zurück in die Gegenwart und zum Gesetzesentwurf der AKP. Der Vorsitzende des Vereins der Arbeitgeber aus und des Aufbaus von Diyarbakır (DIYAP), Celalettin Birtane, erklärt, dass das Gesetz äußerst gefährlich für die Geschäftsleute der Region sei. Jeder, der im Dissens mit der Regierung sei, müsse um seine wirtschaftliche Existenz fürchten, was zwangsweise zum Abzug von Investitionen aus Kurdistan führen werde. Auch die türkischen Unternehmer warnt Birtane vor den möglichen Auswirkungen des neuen Gesetzes. Denn heute mögen die Ziele kurdische Geschäftsleute sein, aber morgen könnte es auch jegliche/n Geschäftsmann/-frau der TÜSIAD (Vereinigung türkischer Industrieller und Geschäftsleute, wichtigster Unternehmerverband der Türkei) treffen. Die kurdische Freiheitsbewegung erklärte unterdes, dass ein solches Gesetz sie nicht sonderlich berühre und deswegen das Gesetz auch nicht primär gegen sie gerichtet sei. Vielmehr verübe der türkische Staat ein wirtschaftliches Massaker in Kurdistan, indem er den Geschäftsleuten nur zwei Auswege aufzeige: zu kollaborieren oder ihr wirtschaftliches Ende zu unterschreiben. Scheint, als bräuchte unser Herr Innenminister Idris Naim Şahin neue Sedat Bucaks in Kurdistan. ♦

Das Erdbeben in Wan

Bruchlinie des türkischen Chauvinismus

Erdem Can

In Wan (Van) konnte nach dem Erdbeben vom letzten Jahr die offizielle türkische Ideologie, die ihren Machtanspruch seit über 80 Jahren aufrechterhält, enttarnt werden. Von Bedeutung ist, dass die Partei für Frieden und Demokratie BDP in der Provinz Wan einen großen Stimmenzuwachs verbuchen, bei den letzten Kommunalwahlen das Bürgermeisteramt besetzen, bei den Parlamentswahlen gar ihren Stimmenanteil verdoppeln konnte.

Heutzutage hat die offizielle türkische Ideologie, verleugnend und vernichtend den Kurden gegenüber, im Zuge der mühsamen Bekämpfung der kurdischen Freiheitbewegung sogar bei den eigenen Anhängern an Glaubwürdigkeit verloren. Auch wenn die Verleugnung der Kurden nun nicht laut artikuliert wird, hat die Naturkatastrophe die Einstellung des Regimes zu den Kurden unbestreitbar entlarvt.

Durch das Erdbeben in Wan wurde noch einmal sowohl die ausbeuterische Sicht der türkischen Regierung gegenüber Kurdistan deutlich als auch, dass der aufgrund ihrer lösungslosen Politik immer noch fortgesetzte Krieg in Kurdistan zu neuen ideologischen, politischen, mentalen Methoden geführt hat. Auch die unklaren Angaben über die Stärke des Erdbebens vom Morgen des 23. November 2011 in Wan spiegeln diese Sicht wider. Die Erdbebenwarten in den USA und im Iran meldeten ein Beben der Stärke 7,3, demgegenüber bestanden die türkischen Behörden auf einem Erdbeben der Stärke 6. Diese Beharrlichkeit diente der Verschleierung der Wirklichkeit.

Die unseriöse Haltung der türkischen Behörden verhinderte eine rechtzeitige und genaue Erfassung der Folgen dieses Unglücks. Die sofortige Ablehnung internationaler Hilfe seitens der Türkei machte so ihren äußerst bewussten und vorsätzlichen Ansatz deutlich. Die einem solchen Erdbeben gegenüber unvorbereitete Führung in Ankara nahm lediglich die Hilfe der Aserbaidschaner an, die für sie zweifellos als Türken gelten, und sonst aus keinem anderen Land. Das war nichts anderes, als die Gelegenheit zu ergreifen, den Kurden hiermit einen Denkzettel zu verpassen, obwohl die einer schweren Naturkatastrophe ausgesetzt waren.

Die unmittelbar nach dem Erdbeben aus vielen Ländern angebotene Hilfe wurde von der AKP-Regierung abgelehnt. Dies ist eine Situation, mit der man sich besonders auseinandersetzen muss. Denn wesentlich ist, dass die AKP, obwohl jegliche internationale Hilfe ausgeschlossen wurde, für keines der durch das Erdbeben entstandenen Probleme eine abschließende Lösung gefunden hat. Wenn man bedenkt, dass ca. 100 000 Menschen immer noch in unmenschlichen Verhältnissen in Zelten hausen und dass Tausende von Bürgern die Stadt bereits verlassen haben, wird man erkennen, dass die Regierung keine der ihr zufallenden Aufgaben erfüllt hat.

Die AKP, die keine eigenen Vorbereitungen getroffen hatte und trotzdem keine internationale Hilfe akzeptierte, wollte hauptsächlich den Bewohnern der Stadt Wan als Erdbebenopfern und allen Kurden die Botschaft vermitteln: „Ihr seid von Ankara abhängig!“ Führt man sich die Dimensionen der erlebten Katastrophe vor Augen und in Anbetracht der Tatsache, dass das Gebiet nicht zum Katastrophengebiet erklärt worden ist und damit nicht mit zusätzlichen Geldern der Aufbau unterstützt werden kann,und zudem alle internationalen Hilfen abgelehnt wurden, wird nur deutlich, dass die offizielle türkische Ideologie das Abhängigkeitsverhältnis zwischen großem und kleinem Bruder zu vertiefen sucht.

Eine Stadt wie Wan, in der einerseits ernsthafte Infrastrukturprobleme bestehen und andererseits die Hälfte der Bewohner unter der Armutsgrenze lebt, nach einem Erdbeben der Stärke 7,3 nicht zum „Katastrophengebiet“ zu erklären, ist angesichts einer so verheerenden Naturkatastrophe gleichbedeutend damit, dass der Staat seine administrativen und ökonomischen Aufgaben auf die Schultern der armen Bevölkerung dieser Stadt abwälzt. In Wan passierte genau das; die AKP-Regierung hat durch ihre Unterlassung die Menschen dazu verdammt, auf Almosen unter der Farce einer „Hilfe“ angewiesen zu sein, und hat damit die Kurden noch einmal bestraft.

Im türkischen Fernsehprogramm wurde das Erdbeben einerseits zum Anlass genommen, um den Kurden rassistische Beschimpfungen an den Kopf zu werfen. Andererseits wurde in aufwendig inszenierten Sendungen die „Großzügigkeit“ der türkischen Promi-Szene ins rechte Licht gesetzt, die kurdischen Opfern, auch wenn diese dazu neigen, Verrat am Vaterland zu begehen, in ihrer Not zur Seite stehen. In Live-Sendungen spendeten „hilfsbereite“ Türken den kurdischen Opfern Millionen. In den Medien wurde ein Bild konstruiert, das die Botschaft transportierte: Der verständnisvolle Westen hilft trotz allem – auch trotz Separatismusbestrebungen – den Menschen aus dem Osten.

Bald stellte sich aber heraus, dass alle diese aufwendig inszenierten Spendengalas aus dem Fernsehen nichts als Schauspiel waren. Die gespendeten Millionen gab es überhaupt nicht.

Das Erdbeben diente als willkommene Gelegenheit, das Image des hilfsbereiten Westens zu polieren und somit die offizielle türkische Ideologie zu reproduzieren.

Auch regierungsnahe NGOs sammelten dutzende Hilfspakete, um sie in Richtung Wan zu verschicken. Doch nicht selten waren die Erdbebenopfer erstaunt darüber, was sie in diesen „Hilfspaketen" fanden. Es wurden Flugblätter mit rassistischem Inhalt voller Beleidigungen und Drohungen verschickt. Aus den Kisten tauchten gar türkische Fahnen auf. Augenscheinlich führt der Staat seine faschistischen Milizen bewusst an der lockeren Leine, damit sie durch ihre Angriffe systematisch die kurdische Bevölkerung einschüchtern.



Trinkwasserversorgung in Wan:
Schnee wird geschmolzen und an die vom Erdbeben Betroffenen verteilt. Foto: DIHA

Und der Staat erachtet es noch nicht einmal für nötig, dies zu verschleiern. (Die Ermordung von 34 kurdischen Zivilisten in Roboskî (Ortasu) kurz nach dem Erdbeben von Wan ist in dieser Hinsicht eigentlich selbsterklärend, wenn es um die Rolle des Staates geht; die Kriegsflugzeuge, welche die Bomben auf die Zivilisten abgefeuert haben, stehen unter dem Befehl der Regierung.) In einer Fernsehsendung auf dem türkischen Sender ATV, der nebenbei bemerkt zu einer Mediengruppe gehört, in deren Vorstand der Schwiegersohn des Ministerpräsidenten sitzt, sprach die Moderatorin stellvertretend für besagte faschistische Kreise, wenn sie sagte: „Die Polizeikräfte, auf die sie ihre Kinder bei jeder Gelegenheit Steine werfen lassen, waren die ersten, die zur Hilfe geeilt sind nach dem Erdbeben. (…) Möge Allah unsere Soldaten und unsere Polizisten schützen. Und denjenigen, die Steine auf sie werfen, mögen die Hände brechen. Wenn ihnen danach ist, werfen sie Steine auf unsere Soldaten oder schießen auf sie in den Bergen. Und dann passiert etwas und sie fordern, dass die Soldaten und die Polizei zur Hilfe eilen. Hier muss ein wenig Maß gehalten werden. (…) So leicht geht das nicht. Jeder soll seine Grenzen kennen."

Was die Moderatorin hier offen zu Wort bringt, ist, dass mit diesen „Hilfsleistungen" den Kurden auch ihre Grenzen gezeigt werden sollen. Das ist eine klare Drohung, die vermitteln soll, dass die Kurden angeblich nicht ohne die Türken leben können. Und das wird offen ausgedrückt, wie die Moderatorin von ATV mit drohendem Zeigefinger und hoher Stimme vorgemacht hat. Die Anzeigen gegen diese mediale Beleidigung durch die Moderatorin wurden von der Staatsanwaltschaft fallen gelassen; ein Indiz dafür, dass der Staat diese Inhalte teilt und deshalb nicht als Straftatbestand werten wird.

Ein Sinnbild für die Haltung der Regierung gegenüber den Erdbebenopfern ist der Besuch des türkischen Vize-Premiers Beşir Atalay in Wan. Als sie sich bei ihm darüber beschweren, dass keine Hilfen bei ihnen ankommen, bekommen sie eine Schimpftirade zu hören. Ermutigt durch die Haltung des Vize-Premiers greifen daraufhin die Sicherheitskräfte die Erdbebenopfer mit Pfefferspray und Schlagstöcken an.

Es bleibt festzuhalten, dass es von Seiten des Staates keine offizielle Erklärung darüber gibt, wie viel Unterstützung den Erdbebenopfern zugekommen ist und wie diese verteilt wurde. Demgegenüber haben die BDP und die Stadtverwaltung von Wan direkt ein Hilfsnetzwerk auf die Beine gestellt, das bis in die entlegensten Dörfer vorgedrungen ist, um die Schäden zu begutachten und einen Hilfsplan zu erstellen. Der Gouverneur von Wan hingegen hat seinen eigenen „Krisentisch" einberufen. Er hielt es aber nicht für nötig, den Bürgermeister von Wan oder jemand anderen von der Stadtverwaltung dazu einzuladen. In Wan ist es die BDP, die den Bürgermeister stellt, und sie wurde von 60 % der Bevölkerung gewählt. Die Tatsache, dass der Gouverneur den Bürgermeister bei seinem Krisentisch nicht berücksichtigt, ist als Abrechnung der AKP-Regierung mit der Bevölkerung von Wan zu verstehen. Die AKP rechnet mit der Bevölkerung ab, weil diese nicht sie, sondern die BDP gewählt hatte.

Aber trotz dessen und trotz aller Schikanen durch die Zentralregierung haben die Stadtverwaltungen aus Amed (Diyarbakır) und Êlih (Batman) und auch viele weitere Stadtverwaltungen auf lokaler Ebene Spendenkampagnen ins Leben gerufen und die eingesammelten Spenden erfolgreich unter den Erdbebenopfern verteilt. ♦

Zur Lage der Kurden im iranischen Ostkurdistan

Eine Perspektive für alle Völker dieser Welt

Hîva Reşidî, ehemaliger PJAK-Milizionär, im Interview

Dieses Interview mit dem Aktivisten Hîva Reşidî führte Dilzar Dilok am 25. Januar 2011. Hîva Reşidî war in Ostkurdistan als Milizionär der „Partei für ein Freies Leben in Kurdistan" (PJAK) aktiv und an ihren politischen Arbeiten beteiligt. Wegen Repressionen und Morddrohungen des iranischen Regimes war er gezwungen, nach Südkurdistan zu emigrieren, wo er im Kandil-Gebiet lebt.

Wie ist die allgemeine Lage der Kurden in Ostkurdistan – wie viele leben dort, welche Organisierungsformen gibt es, ist die Bevölkerung einer Assimilationspolitik ausgesetzt, und wenn ja, wie ist das im Alltag spürbar?

Im Allgemeinen unterscheidet sich die Lage des Volkes in Ostkurdistan von der in den anderen Teilen Kurdistans. Das hängt mit den früheren Aufständen in der Region zusammen. Vor 90 Jahren gab es die Erhebung von Simko Schikak[1] und die Bevölkerung war ihr durchaus nicht abgeneigt. Später wirkten sich die Regime von Riza Schah und von Khomeini negativ auf die Kurden aus. Sowohl mit militärischen Mitteln als auch durch die politische, soziale und rechtliche Nichtanerkennung wurde in der Bevölkerung große Angst verbreitet und wurden patriotische Empfindungen unterdrückt. Die Furcht vor dem Regime hielt von einem richtigen Freiheitskampf ab und ihre geistigen und psychischen Auswirkungen sind weiterhin spürbar.

Ostkurdistan verfügt zudem über eine gewisse soziale und ethnische Vielfalt. Es werden unterschiedliche Dialekte des Kurdischen gesprochen – Sorani, Kurmandschi und Kelhori – und es gibt verschiedene religiöse Gruppen: Ein Teil der Kurden folgt dem islamischen Sunnitentum, ein anderer Teil dem Schiitentum; zudem gehört eine nicht geringe Anzahl der religiösen Gruppe der Ehl-i Hak an. Durch diese Umstände wird eine Einheit erschwert. In der Konsequenz fällt eine starke Organisierung der Bevölkerung schwer, ein bedeutender Widerstand gegen das System ist nicht möglich. Im gesamten Iran gibt es keine starke Widerstandskraft gegen das System. Da sind die Kurden noch am besten dran. Aber auch ihnen blieb in der Vergangenheit eine eigene Ideologie für den Kampf gegen das Regime versagt. Heute ist es ihnen allerdings gelungen, das aufzubrechen. Durch die Person Abdullah Öcalans konnten sie die Mauern zwischen den Kurden mit ihren verschiedenen Dialekten und ihrer unterschiedlichen Religionszugehörigkeit einreißen. In nicht unbedeutendem Ausmaß wurde eine Einheit etabliert. Zudem gibt es beachtliche Annäherungen an andere Volksgruppen in der Region. So leben zum Beispiel in den Städten Xoy, Mako oder Urmiya Aserbaidschaner, von denen viele von der Ideologie Öcalans beeinflusst sind und zum Teil an der Organisierung teilnehmen.

In welcher Form betreibt der iranische Staat eine Assimilationspolitik gegen die kurdische Bevölkerung und welchen Einfluss hat sie?

Im Iran ist die kurdische Sprache nicht verboten und auch das kulturelle Leben wird nicht behindert. Aber auf der ideologischen Ebene gibt es eine Unterdrückungspolitik. Es wird versucht, die Bevölkerung in dieser Hinsicht gleichzuschalten. Die Schulen sind Ausbildungsstätten für die staatliche Ideologie, sie soll hier im Besonderen in den Köpfen der Kinder verankert werden. Was hier im Bildungswesen geschieht, ist eine sanfte Assimilationspolitik, die sozusagen auf „natürlichem Wege" die Bevölkerung auf Linie bringen soll. Und diese Politik wird bis in die Universitäten fortgeführt. Nur wer nach dem Studium das System verinnerlicht hat, findet eine Anstellung. Aber wer sich dem verweigert, wird aus dem System ausgeschlossen. Es gibt eine große Anzahl Universitätsabsolventen, gar Menschen mit Doktortitel, die anschließend keine Stelle finden und unter armseligen Umständen leben müssen.

Unterscheidet der Staat in seiner Politik gegenüber den Kurden auch nach ihrer Sprachzugehörigkeit?

Die Besonderheiten der Menschen und Regionen sorgen auch immer für eine gesonderte Annäherung des Staates. Die Kurmandschi Sprechenden werden besonders stark unterdrückt. Weil diese Menschen in geographisch schwer zugänglichen Regionen leben, versuchen sie sich ihren Lebensunterhalt durch Landwirtschaft und Tierzucht zu sichern. Der Staat hat keinerlei Interesse, in diese Gebiete zu investieren. Das Einkommen der Bevölkerung soll auf einem Niveau gehalten werden, dass sie sich gerade noch selbst ernähren kann.

Dadurch kann die staatliche Machtpolitik noch lebensbedrohlicher gegen das Volk eingesetzt werden.

Die Regionen der Soranisprachigen haben wiederum ihre eigenen Besonderheiten. Die ehemalige Präsenz der PDK-Iran hier hat Einfluss auf die Politik des Staates gehabt. Hier war von Zeit zu Zeit der Drogen- und Waffenschmuggel verbreitet. Der Staat drückte dabei mal die Augen zu oder förderte ihn gar, ein anderes Mal dagegen wurden die Schmuggler verhaftet, zum Tode verurteilt und die Bevölkerung dadurch vom Schmuggeln abgeschreckt. Ein bedeutender Unterschied bei den Sorani-Sprechern ist, dass sie der nationalen Frage gegenüber aufgeschlossener sind. Darum ist der Druck des Staates durch das Bildungswesen stärker, auch der religiöse Druck auf die Bevölkerung. Mit allen Mitteln sollen die nationalen Gefühle des Volkes gebrochen werden.

Und auch in den Regionen mit mehrheitlich Kelhori sprechenden Einwohnern wird kultureller Druck ausgeübt. Hier sollen die Menschen in ihre Häuser gesperrt werden. Die Entwicklung des Handwerks wird verhindert, dadurch sollen sie ökonomisch abhängig gemacht werden. Oft bleibt als einziger Ausweg der Drogenschmuggel, durch den Staat zusätzlich gefördert, um die Energien der Bevölkerung in die falsche Richtung zu kanalisieren und ihren Willen zu brechen.

In Nordkurdistan versucht das Militär, seine Kontrolle und die Unterdrückung durch die Organisierung von Dorfschützern aufrechtzuerhalten. Wie sehen die polizeiliche und die militärische Praxis des Iran gegenüber den Kurden aus? Gibt es etwas Ähnliches wie das Dorfschützersystem?

Im Iran gibt es Sicherheitskräfte namens „Niru-i Intizami“. Das ist ihre Antwort auf gesellschaftliche Probleme. Analog zu den regionalen Unterschieden hat auch das Militär seine Besonderheiten. So sind beispielsweise die Kurden aus Kirmanschah überwiegend Schiiten. Hier setzt der Staat kurdische Soldaten ein, die Kurmandschi oder Sorani sprechen [*beide Gruppen mehrheitlich sunnitisch; Anm. d. Übers.*]. Das Polizeisystem funktioniert ähnlich. Beides wird staatlich gelenkt, um die Bevölkerung anhand ihrer Unterschiedlichkeiten gegeneinander auszuspielen, zu spalten und Feindschaften zu schüren. So leben zum Beispiel auch schiitische Aserbaidschaner in Kurdistan. Die werden staatlicherseits gegen die Kurden aufgebracht und es entsteht der Eindruck, als ob existierende Probleme solche zwischen den unterschiedlichen Volksgruppen seien.

Wie schon erwähnt beginnt der Druck auf die Kurden bereits in der Schule. Die kurdischen Jugendlichen im Alter von 15, 16 Jahren werden gezwungen, Mitglieder der Basidsch[2] zu werden. Die Kinder bekommen eine neue Identität, und im militärreifen Alter werden ihnen gewisse Möglichkeiten geboten. Das ist eigentlich nichts anderes als ein ausgeklügeltes Bespitzelungssystem. Wer das akzeptiert, dient fortan der Diktatur aus Teheran. Und wer das nicht akzeptiert, wird unter Druck gesetzt, um in den bergigen Regionen als Dschasch, eine Art Dorfschützer, zu agieren. Ihnen wird somit die zeitlich unbegrenzte Aufgabe auferlegt, die Grenzen des Nationalstaates zu schützen. Die Bestrebungen gegen diese Politik der Identitätslosigkeit, die in der Bevölkerung in Form der PJAK immer mehr Akzeptanz genießen, versucht der Staat durch Gegenpropaganda im Keim zu ersticken.

In den 90er Jahren war die türkische Kurdenpolitik geprägt von Dorfzerstörungen, Morden sogenannter unbekannter Täter und Vertreibungen. Gibt es diese Art „Kurdenpolitik“ auch in Ostkurdistan?

Eine ähnliche Praxis gab und gibt es auch dort. Mögliche revolutionäre Entwicklungen nehmen oft aus den bergigen Regionen heraus ihren Verlauf. Deswegen waren es zuvor vor allem die Soranisprachigen, die mit der Zerstörung ihrer Dörfer, Entführungen oder Vertreibungen konfrontiert waren. Heute hat sich diese Praxis auf alle Gebiete Ostkurdistans ausgeweitet. So werden beispielsweise die Weideflächen bombardiert, sodass die Menschen keine Tierzucht mehr betreiben können. Die Dorfbewohner werden dadurch praktisch in ihre Dörfer eingesperrt. Die Tierzucht ist ihre Lebensgrundlage und die wird ihnen geraubt. Damit wird Armut und in deren Folge Vertreibung bewusst forciert.


Hîva Reşidî Foto: ANF

Die Massaker in Ostkurdistan halten ebenfalls an. Aber man versucht sie zu vertuschen, und das gelingt ihnen auch gut. Denn wer sich traut, die Massaker an der Zivilbevölkerung öffentlich zu machen, unterschreibt sein Todesurteil. Und es ist ohnehin nicht einfach, von hier aus die breite Öffentlichkeit zu erreichen. Der einzige Ausweg, der den Menschen bleibt, ist die Flucht. Oder sie versuchen sich mit Drogen ihrer Realität zu entziehen und werden dadurch auch zum Drogenschmuggel getrieben. Das beschreibt im Großen und Ganzen die Politik des iranischen Staates gegenüber den Kurden.

Ich hatte erwähnt, dass in Ostkurdistan Menschen leben, die der Ehl-i-Hak-Religion angehören. Sie leben vor allem in der Region Kirmanschah und gehören nicht zum islamischen Schiitentum, der Staatsreligion des Iran. Und der Staat akzeptiert keine anderen Religionsgruppen, vor allem nicht von

außerhalb des Islam. Die Menschen dort gehören nicht dem Islam an und leben nach ihrer eigenen Kultur und Bräuchen. Vor allem diese Gruppe ist ständigen Diffamierungen und Bedrohungen durch das Regime ausgesetzt. Wenn sie Schiiten oder Sunniten, also Muslime wären, könnten sie noch bis zu einem gewissen Grade akzeptiert werden, aber so billigt sie das Regime nicht. Dennoch leben diese Menschen ihre Kultur und ihre patriotischen Gefühle sind stark. Weil die Schule als erster Schritt der Integration in das System verstanden wird, gehen ihre Kinder auch nicht zur Schule. Zwar ist im Iran das Sprechen der kurdischen Sprache nicht verboten, aber in den Schulen wird nicht auf Kurdisch gelehrt. Schulsprache ist ausschließlich Persisch, und so werden die Kinder in den Schulen assimiliert. Das System gestattet den Menschen also das Sprechen ihrer (Mutter-)Sprache ausschließlich im privaten Bereich, während es im öffentlichen Bereich untersagt bleibt. Das ist die Annäherungsweise des iranischen Staates. Zudem ist jeder auch zum Militärdienst gezwungen.

Du hast sowohl patriotische Empfindungen als auch direkte oder indirekte Erfahrungen mit revolutionären Bewegungen in der Vergangenheit in Ostkurdistan erwähnt. Wie war die erste Reaktion der Bevölkerung auf die PJAK?

Im Zuge des internationalen Komplotts 1999 brach die aufgestaute Wut der ostkurdischen Bevölkerung hervor. Die patriotische Bevölkerung Ostkurdistans zeigte nach der Entführung Abdullah Öcalans am 15. Februar 1999 eine deutliche Reaktion und damit, dass sie nicht bereit war, eine Trennung von einer Führungsperson mit der Kraft, sie zu ihrer Freiheit zu führen, hinzunehmen. Es gab Erfahrungen mit revolutionären Bewegungen, aber jeder gescheiterte Aufstand hinterließ auch tiefe Wunden. Trotz alledem waren der revolutionäre Glaube und die patriotischen Gefühle der Bevölkerung ungebrochen. So setzte sie große Hoffnungen in die PDK-I und in Dr. Qasimlo. Der ist dann in Wien von iranischen Agenten ermordet worden [*1989*]. Die Bevölkerung verlor dennoch nicht ihren Glauben und setzte ihre Hoffnungen auf die Befreiungsbestrebungen unter der Führung der PKK in Nordkurdistan.

Nach der Festnahme Abdullah Öcalans erreichten die revolutionären und patriotischen Emotionen der Bevölkerung einen neuen Höhepunkt. Die stellte sich hinter ihre Führungspersönlichkeit, und das ganz offen, trotz Angriffen und der Bedrohung durch die Todesstrafe. Dieser Widerstand der Bevölkerung hat historische Wurzeln. Die großen Volksaufstände (serhildans) fallen ja nicht vom Himmel. Vor allem zu einer Zeit, in der sich in der Region sonst kaum jemand rührte. Ich hatte in den Jahren 94–95 auch an den Arbeiten der Apocu-Bewegung teilgenommen, als sie in kleinen bewaffneten Gruppen in dieses Gebiet kam, um Propaganda zu machen und ihre Ideologie der Bevölkerung zu vermitteln. Diese zeigte daran großes Interesse. Auch der Unterschied der PKK zu den vorherigen Bewegungen wurde sofort deutlich. Das war in ihrer Lebensweise, in ihrer Opferbereitschaft, in ihrer Freiheitsperspektive klar ersichtlich und weckte neue Hoffnungen. Trotz der Traumen durch die Niederlagen der früheren Bewegungen weckte die ideologische, politische und gesellschaftliche Perspektive der PKK in der Bevölkerung das Gefühl von etwas Neuem und belebte wieder historische Werte. Das schuf eine Bindung an die Bewegung und die Skepsis gegenüber dem erneuten Versuch einer gesellschaftlichen Organisierung war in erheblichem Maße aufgebrochen. Die Moral und die Kultur sowie das Lebensverständnis der Apocu-Bewegung waren ein Lichtblick für die Bevölkerung Ostkurdistans. Die Volksaufstände fanden sich vor allem in den Kurmandschi- und Sorani-Gebieten. Die Bewegung war noch nicht bis in die Kelhori-Gebiete vorgedrungen, weshalb es dort auch noch zu keinen Aufständen kam. Allerdings reichte es bereits aus, um die ostkurdische Bevölkerung wieder aufzuwecken.

Danach begann die große Phase der Organisierung. Welche Rolle hat dabei die PJAK gespielt?

In den Gründungsjahren der PJAK [*ab 2004*] hat die Bevölkerung sich ihr noch nicht wirklich angenähert. Denn die Quelle für die Hoffnungen der Bevölkerung waren Abdullah Öcalan und die PKK. Wegen den Erfahrungen aus der Vergangenheit war die Bevölkerung skeptisch gegenüber der Gründung einer neuen Partei. Nach einer gewissen Zeit hat sie allerdings begriffen, dass diese neue Partei sich nach den Lehren Öcalans und seinem Verständnis von Moral und Kultur richtet. Die Arbeiten der Partei trugen in dieser Hinsicht somit ihre Früchte. Allerdings sollte man auch wissen, dass es im Iran keine Basis für eine legale politische Arbeit gibt. Das System duldet in keinster Weise eine legale politische Arbeit durch zivile Initiativen, geschweige denn Oppositionsarbeit. Das System ist so autoritär, dass es selbst die kleinste Rührung nicht zulässt. Diejenigen, die nicht bedingungslos auf der Seite des Regimes stehen, werden als Systemgegner betrachtet. Und alle Systemgegner gelten zugleich als Gegner Gottes und werden dementsprechend bestraft. Daraus gibt es keinen legalen Ausweg, weil der Staat seine Gesetze entsprechend aufgebaut hat. Kontrolle und Autorität sind einfach allgegenwärtig. Es herrscht eine Atmosphäre, in der der Bürger bei jedem Schritt diese Allgegenwärtigkeit des Staates angstvoll spürt. Damit es überhaupt die Möglichkeit zur Meinungsfreiheit geben kann, muss zunächst diese Atmosphäre aufgebrochen werden. Die Todesstrafe ist heute eine ständige Bedrohung für die iranische Gesellschaft. Jeder „falsche" Schritt wird als Gegnerschaft zur Iranischen Revolution begriffen und dementsprechend bestraft. Als Kurde hat man bereits automatisch die erste Voraussetzung für die Systemgegnerschaft erfüllt. Wenn man nun noch den Willen der Bevölkerung zu artikulieren versucht, ist es praktisch schon um einen geschehen.

Trotz alledem hat die Bevölkerung im Hinblick auf die PJAK große Hoffnungen. Diese hat aus den Fehlern der früheren Bewegungen gelernt und dadurch zu einem militärischen, politischen und sozialen Wiederauferstehen beigetragen. Ihr Fokus liegt auf dem politischen Bereich. Aber sie beeinflusst die Bevölkerung auch in kultureller Hinsicht. Bei den Frauen und der Jugend spürt man diese Wiederauferstehung stärker. Indiz für diese Wiederauferstehung ist die Tatsa-

che, dass die Bevölkerung die politische Organisierung nicht nur akzeptiert, sondern sie umklammert und vorantreibt.

Inwieweit ist neben der PJAK auch die Selbstorganisierung der Bevölkerung fortgeschritten? Kann die Gesellschaft sich frei organisieren? Wie sieht es mit den Frauen und der Jugend aus?

In Ostkurdistan ist die Situation der Frauen- und der Jugendorganisierung eine andere als in den anderen Teilen Kurdistans. Um zu verstehen, warum das so ist, müssen wir uns die Phase vor der PJAK etwas genauer anschauen. Die Suche nach Freiheit, Demokratie und einem gerechten Leben ist in Ostkurdistan nicht immer auf eine gesunde Art und Weise geführt worden. Das hängt mit der extremen Unterdrückungspolitik des iranischen Regimes zusammen. Die Bevölkerung hat sich aufgrund dessen lange nach dem genauen Gegensatz zu ihren eigenen Lebensumständen gesehnt, den sie in den USA sah. Heute wird im Iran oftmals die US-amerikanische Lebensweise als Vorbild gesehen. Das führt dazu, dass die Suche nach Freiheit sich oft in sehr engen Grenzen bewegt und ihrem wahren Inhalt nicht gerecht wird. So wird die Freiheit der Frau aufgrund des Bedeckungsgesetzes lediglich damit assoziiert, sich freizügig anzuziehen. Also drängt sich eine kapitalistische oder postmoderne Annäherung als das Ziel dieser Suche auf. Es handelt sich somit um nichts anderes als den Versuch einer Imitation, einer Imitation der herrschenden imperialistischen Systeme. Weil das iranische System den Menschen keinen anderen Ausweg bietet, sehen sie das westliche Modell als Pfad zur Freiheit. Obwohl eben diese angebliche Freiheit gleichbedeutend ist mit dem Tod der Moral und somit dem Tod der Gesellschaft.

Unter den kurdischen Frauen hat mit der Entstehung der PJAK eine Bewusstseinsbildung begonnen. Wenn auch anfangs noch recht zögerlich, so haben die Freiheitsbestrebungen der Frauen sich mittlerweile ausgebreitet. Deutlichster Beweis ist die große Anzahl der Frauen, die sich der PJAK anschließen. Es sind vor allem die Frauen und die Jugend, die im System keinerlei Lebensperspektive für sich finden und für die Entfaltung ihres eigenen Lebens lediglich die PJAK als Perspektive sehen. Das ist ihre freie und intuitive Entscheidung. Das Veto der Frau gegen ihre Wahrnehmung innerhalb des Systems lediglich als Objekt im Haushalt äußert sich durch ihre Loslösung aus dem System und ihre Teilnahme an der PJAK. Innerhalb der PJAK erfahren die kurdischen Frauen dann Bildung und werden aufgeklärt.

Wie ist die Situation in der Region nach den heftigen Gefechten zwischen iranischer Armee und PJAK im Juli 2011? Wird die Bevölkerung unter Druck gesetzt? Was sind die politischen und gesellschaftlichen Folgen?

Die letzten Gefechte zwischen dem Iran und den PJAK-Kräften sind nur im Zusammenhang mit der aktuellen politischen Phase zu verstehen. In dieser Phase, in der es in den arabischen Staaten zu Regierungsstürzen und Regimewechseln kam, versuchten die Türkei, der Iran und Syrien mit aller Macht, ihre eigene Opposition zu bekämpfen. Auch gemeinsam und indem sie Bündnisse schlossen. So erhofften sie sich einen schnellen Sieg. Sie schreckten nicht davor zurück, den Familien von Guerillakämpfern falsche Mitteilungen zukommen zu lassen, ihre Kinder seien getötet worden und sie sollten deren Leichname abholen. Psychologische Kriegführung. Und alle Medienorgane haben hier mitgewirkt.

Allerdings hat der Widerstand der PJAK in Kandil und anderswo diese Pläne ins Leere laufen lassen. Die Propagandalügen sind aufgeflogen. Es ist auch klargeworden, dass die PJAK nicht so leicht zu besiegen ist, wie sie es sich erhofft hatten. Nicht nur das wurde klar, sondern auch die Hoffnung des Volkes in die PJAK wurde mit dieser Erkenntnis größer. Gestärkt damit wuchs auch der Widerstandsgeist der Bevölkerung gegen das System. Somit hatte der Iran nicht nur sein Ziel verfehlt, sondern genau das Gegenteil seiner ursprünglichen Absichten bewirkt.

Nach dieser militärischen Niederlage wendete sich die Wut des iranischen Staates gegen die Bevölkerung. Die Menschen, die vom Schmuggel leben, wurden an den Grenzen vermehrt angegriffen. Damit sollten sie wieder eingeschüchtert werden. Allerdings zeigte selbst das keine Wirkung mehr. Denn in einer Atmosphäre, in der es ohnehin tagtäglich Tote gibt, kann ein weiterer Tod die kurdische Bevölkerung nicht weiter einschüchtern.

Möchtest Du zum Abschluss noch etwas anfügen?

Die PJAK-Bewegung organisiert sich im Allgemeinen nach den Lehren und Vorstellungen Abdullah Öcalans. Diese Organisierungsform ist nicht nur für die kurdische Bevölkerung gedacht, sondern sie bietet dem persischen, dem arabischen und allen anderen Völkern des Nahen und Mittleren Ostens eine Perspektive. Sie ist eine Perspektive für alle Völker dieser Welt. Sie ist die Alternative zur herrschenden Staats- und patriarchalen Ordnung.

Das Ziel dieser Organisierungsform ist es, im 21. Jahrhundert die Freiheitssuche der Völker zu einem Erfolg zu führen. Die demokratische Nation wird hierfür als Grundlage genommen. Und die Demokratische Autonomie ist die Organisierung innerhalb der demokratischen Nation.

In vielen Bereichen sind die Erfolge bereits ersichtlich. Denn der Erfolg wird an der Schaffung des freien Menschen gemessen.

Obwohl die Herrschenden dieser Welt ihr gesamtes technisches Reservoir, all ihre militärischen und diplomatischen Mittel einsetzen, können sie diese Bewegung und diese Organisierung nicht in die Knie zwingen. Das Jahr 2011 war ein Jahr der intensiven Gefechte und des intensiven Krieges. Und es wäre nicht falsch zu behaupten, dass die Sieger dessen die Widerstandskraft und der Freiheitswille waren. ♦

Fußnoten:
1) Simko Schikak, 1887–1930, kurdischer Stammesführer aus der Gegend von Urmiya
2) Paramilitärische Miliz als Teil der Revolutionsgarden (Pasdaran)

PYD im Interview:

Wir sind auf alles gefasst in Syrien

Deniz Başpenir, Yeni Özgür Politika

In dem seit 11 Monaten andauernden Zustand von Gewalt und Chaos haben mehrere tausend Menschen ihr Leben verloren. Zum einen macht das Regime keine Schritte in Richtung Demokratisierung, und zum anderen treiben die verstärkten Angriffe der bewaffneten Opposition das Land in einen Bürgerkrieg. Sowohl die internationalen Großmächte als auch die Arabische Liga haben für den Fall einer Waffenruhe erklärt, dass sie den Staat Syrien dem Weltsicherheitsrat der UN zuweisen würden. Indes bereiten sich die Kurden auf die neue Zeit in Syrien vor. Zu diesem Anlass haben wir mit dem Vorsitzenden der Partei der Demokratischen Einheit (PYD), Salih Muhammed, über diese neue Zeit, über die Vorbereitungen der Kurden und über die kürzlich abgehaltene Konferenz in Hewler (Erbil) gesprochen.

Als Erstes würden wir gern eine kurze Einschätzung zur Lage in Syrien hören …

Derzeit herrscht Verwirrung in Syrien. Man kann die Situation aus verschiedenen Blickwinkeln betrachten. Zunächst gibt es eine enorme Zunahme der Gewalttätigkeiten und Kämpfe. Insbesondere finden derzeit in Idlip, Hama, Humus und Damaskus Gefechte statt. Auf der anderen Seite hat die Arabische Liga ihre Beobachter zurückgezogen und ihre Untersuchungen unterbrochen. Im Moment wird abgewartet. Es könnte sein, dass in den nächsten Tagen erneut Beobachter nach Syrien kommen, um die Lage zu bewerten. Die Beobachter erklärten, dass das Regime seine Versprechungen nicht halte und dass sich im Land bewaffnete Gruppen befänden. Anschließend wurde ein Bericht veröffentlicht. Hierin wurde unter anderem zum Gewaltverzicht der bewaffneten Gruppen aufgerufen und gefordert, dass die Soldaten und sämtliche Militärfahrzeuge aus den Städten abgezogen werden sollen. Wenn die Atmosphäre der Gewalt aufhört, werden die Beobachter mit ihrer Arbeit fortfahren. Ein anderer Punkt ist die Zuweisung der Führung in Damaskus an den Weltsicherheitsrat der UN. Der Syrische Nationalrat [*Sitz in Istanbul*] befürwortete seit Beginn der Unruhen eine Intervention von außen, und zwar eine militärische. Dafür gab es einige Vorstöße, die jedoch an den Vetos von Russland und China scheiterten. Dennoch versuchen sie es nun erneut. Jedoch ist die Opposition, der auch wir angehören, entschlossen gegen eine Intervention von außen.

Die Arabische Liga gab Assad bei ihrer letzten Sitzung eine Frist von zwei Monaten. Falls Assad seine Befugnisse nicht an seinen Stellvertreter übergebe und die Gewalt weiter ansteige, hieß es, würde Syrien an den Weltsicherheitsrat verwiesen. Halten Sie eine Intervention in Syrien für möglich?

Aufgrund der geopolitischen Lage Syriens erwarten wir keine Intervention von außen. Die regionalen Kräfteverhältnisse verhindern etwas Derartiges momentan. Im Nachbarland Irak findet ein Kampf zwischen Schiiten und Sunniten statt. Dies hat auch etwas mit dem Libanon zu tun. Es gibt die Hizbollah. Für den Iran ist Syrien besonders wichtig. Die Teheraner Regierung betonte mehrmals, dass sie bei einer Intervention nicht tatenlos bleiben werde. Die Entwicklungen in Syrien sind auch für die Türkei sehr wichtig. Aufgrund dessen könnte eine Intervention in die syrischen Belange zu einem regionalen Flächenbrand werden. Dies möchte keiner riskieren. Man darf hierbei die Rolle Russlands nicht vergessen. Russland hat eine Erklärung abgegeben, demnach würde, auch wenn 20 Anträge für UN-Resolutionen kämen, auch 20-mal ein Veto eingelegt werden. Aus all diesen Gründen glauben wir nicht an eine Intervention. Im UN-Sicherheitsrat werden höchstwahrscheinlich die Forderungen der Arabischen Liga wiederholt und unterstützt. Wir sind der Auffassung, dass die Initiative der Arabischen Liga überlassen werden wird.

Es sieht so aus, als ob in Syrien momentan alles möglich ist. Wie sind die Kurden in Syrien auf die möglichen Entwicklungen vorbereitet?

Mit Beginn der Unruhen haben alle Kurden aus Syrien beschlossen, gemeinsam aufzutreten. Wir haben für jede Situation Lösungen parat. Wir als Kurden möchten eine Demokratisierung Syriens. Wir sind gegen eine Intervention von außen. Das Regime wird sich in keinem Fall halten können. Wenn eine demokratische Führung an die Macht kommt, werden die Kurden ihre Lösungen vorlegen. Was bisher alle Kurden zugestimmt haben, ist die Demokratische Autonomie.

Die Kurden haben sich nicht nur in den letzten 11 Monaten, sondern auch schon davor organisiert und mobilisiert. Wir haben einige Institutionen gegründet. Es wurden Volksräte gegründet. Wir haben versucht, das Fundament für die Demokratische Autonomie zu legen. Wir führen die Arbeiten dazu fort und die Organisierung geht weiter. Die einzigen Orte in Syrien, in denen keine Gefechte stattfinden, liegen im kurdischen Teil im Norden (Westkurdistan). Hier haben dem Syrischen Nationalrat nahestehende Kreise versucht, die Kurden gegen den Staat und seine Truppen aufzuwiegeln. In diese Falle sind die Kurden aber nicht gegangen. Jedoch werden sie sich im Falle eines Angriffs selbst verteidigen. Dazu wurden in einigen Gebieten Selbstverteidigungsgruppen gegründet. Hierzu haben sich unsere Jugendlichen freiwillig bereiterklärt. Wenn jemand das kurdische Volk angreift, so werden sie uns beschützen.

Eine Intervention von außen wäre gegen das Interesse der Kurden. Wir als PYD werden uns zusammen mit den anderen demokratischen Verbündeten dagegen wehren. Daraus sollte nicht der Schluss gezogen werden, dass wir auf der Seite des Regimes stehen oder es zu retten versuchen. Bei einer möglichen Intervention könnte in Syrien ein Bürgerkrieg ausbrechen, der das Land teilen würde. Eine solche Intervention könnte nur mit der NATO geschehen. Für diesen Fall ist eine Vorreiterrolle der Türkei wahrscheinlich. Die Türkei – konkreter gesagt die AKP – hat sich mit den Muslimbrüdern darauf geeinigt, den Kurden keine Rechte zu gewähren. Nur auf dieser Grundlage wurde die Unterstützung des Syrischen Nationalrats zugesagt. Aufgrund dessen haben wir uns mit den demokratischen Kreisen zusammengeschlossen und eine Demokratisierung auf die Agenda gesetzt. Hierbei haben wir uns auf die Lösung der Kurdenfrage geeinigt.

Letzte Woche wurde unter Teilnahme syrisch-kurdischer Parteien eine Konferenz in der südkurdischen Stadt Hewler abgehalten. Warum haben Sie nicht daran teilgenommen?

Wir haben deswegen nicht teilgenommen, weil man uns nicht als Organisation eingeladen hat. Als die Unruhen anfingen, hatten 11 syrisch-kurdische Parteien ein gemeinsames Vorgehen beschlossen. Wir wollten eine Konferenz organisieren. Als Organisationen hatten wir uns darauf verständigt, dass auch Vertreter aus dem Volk teilnehmen sollten. Das Volk sollte bestimmen, wer an der Konferenz teilnehmen soll. Es wurde als angemessen erachtet, dass neben Parteienvertretern auch Intellektuelle und autonome Kreise teilnehmen. Damit diese Konferenz als kurdische Nationalkonferenz anerkannt werden kann, müssen die Teilnehmer vom Volk legitimiert werden. Dem haben sich die Organisatoren der Konferenz jedoch entzogen. Es nahmen nur einige Parteien teil, die ihre Leute mitgenommen und vorgeschlagen haben. Im Ergebnis ist keine Nationalkonferenz, sondern eine Parteienkonferenz abgehalten worden. Weder die Teilnehmer der Konferenz noch die gewählten Parteienvertreter für den Führungsstab waren vom Volk legitimiert. Dies haben wir nicht akzeptiert.

Einige aktuelle Meldungen:

Westkurdistan – Heute (15.02.) unterzeichneten die beiden stärksten kurdischen Fraktionen in Westkurdistan, die Kurdische Patriotische Konferenz (ENKS) und der Volksrat in Westkurdistan (an dem die PYD teilnimmt), ein Abkommen. Es sieht unter anderen folgende Punkte vor:

- Die Vertragspartner akzeptieren auch abweichende Meinungen der jeweils anderen Seite.
- Die Vertragspartner dürfen keine Negativpropaganda gegen die andere Seite verbreiten.
- Konflikte unter den Vertragspartnern dürfen sich nicht zu gewalttätigen Auseinandersetzungen entwickeln.
- Örtliche Komitees, die aus Anhängern beider Fraktionen bestehen, sollen gegründet werden, um bei auftretenden Problemen schnell zu intervenieren.
- Die Vertragspartner verpflichten sich, das kurdische Volk, die kurdische Einheit und die kurdische Kultur zu schützen.

Westkurdistan – Die kurdischen Dörfer, Städte und Provinzen in Westkurdistan erhalten im Zuge der Revolution wieder ihre kurdischen Namen. Straßenschilder und Willkommensschilder der Städte werden von lokalen kurdischen Komitees geändert. Die panarabische Baath-Partei, die Syrien seit 1963 regiert, hatte dem kurdischen Volk die arabischen Bezeichnungen aufgezwungen.

Efrîn, Westkurdistan – In der Provinz Efrîn errichteten Anhänger der PYD Straßensperren und Kontrollpunkte.

Kobanî, Westkurdistan – Nach dem gestrigen Aufstand in Kobanî wurden heute alle Baath-Fahnen entfernt und stattdessen die Fahnen von Kurdistan, der PYD und der revolutionären Syrer gehisst.

Syrien – Syriens Präsident Baschar al-Assad will am 26. Februar das Volk über eine Verfassungsänderung abstimmen lassen. Die syrisch-arabische Opposition hat bereits erklärt, dass sie nicht daran teilnehmen werde: Erstens herrsche in Syrien ein grausamer Krieg gegen die Bevölkerung, und zweitens unterstütze der ausgearbeitete Verfassungsentwurf nur das syrische Regime.

Die kurdische Opposition will das Verfassungsreferendum ebenfalls boykottieren. Kurdische Parteien wären auch mit der neuen Verfassung weiterhin in Syrien verboten, da laut Vertragsentwurf politische Aktivitäten auf ethnischer Basis nicht gestattet seien.

Die Kurden sind mit ca. 2 Millionen die größte ethnische Minderheit in Syrien und machen somit ca. 10 % der syrischen Gesamtbevölkerung aus.

Die Konferenz wurde unter einem primitiven Nationalismus organisiert.

Die Kurdische Regionalregierung hat verlautbaren lassen, dass die PYD eingeladen worden sei …

Wir wurden nicht als Organisation eingeladen. Wir wussten jedoch, dass eine solche Konferenz stattfinden würde. Wir wussten, wer die Teilnehmer sind. Unseren Vertretern wurde zwei Tage vor der Konferenz gesagt, dass wir als Mithörer teilnehmen dürften. Unser Verantwortlicher erwiderte, dass er Vertreter der PYD sei und keine Einladung vom Organisationskomitee erhalten habe. Zudem sei ja bereits alles organisiert und geplant, und unter diesen Umständen würden wir nicht teilnehmen. Einen Tag vor Beginn der Konferenz wurde ihm dann mitgeteilt, dass er als Vertreter der PYD teilnehmen solle. Genau diese Art von Einladung haben wir nicht akzeptiert.

Warum wurden Sie denn nicht früher eingeladen?

Wir vermuten, dass die Führungskommission der südkurdischen Regionalregierung dahintersteckt. Außerdem entschied die Vorstandskommission über das Organisationskomitee hinweg, wer teilnehmen konnte, und versendete die Einladungen. Es ist auffallend, dass die meisten Teilnehmer der PDK nahestanden. Auch alle Kosten wurden von der Vorstandskommission übernommen. Die Konferenz zielte darauf ab, der Politik der kurdischen Parteien in Syrien eine Richtung vorzugeben.

Vor der Konferenz gab es in Südkurdistan einen regen diplomatischen Verkehr mit den USA, Vertretern des Syrischen Nationalrats und der Türkei. Wird es nach der Konferenz eine Änderung der Politik der Kurden in Syrien geben?

Die Veranstalter der Konferenz in Hewler bezwecken, die Kurden in Syrien auf ihre Linie zu bringen. Wir hoffen jedoch, dass die Wirkung nicht sehr groß sein wird. Wir vertreten unsere bisherige Politik des gemeinsamen Vorgehens. Jedoch sind einige darüber nicht erfreut. Über die Konferenz sollten die Teilnehmer auf die Linie des Syrischen Nationalrates gebracht werden. Dies wird aber nicht offen eingestanden. Sie sagen zwar nicht, verbündet euch mit der AKP oder mit den Muslimbrüdern, doch wird eine entsprechende Politik verfolgt. Sowohl die Politik des Syrischen Nationalrates als auch die der Muslimbrüder im Hinblick auf die Kurden ist wohlbekannt. Es wird nicht der Zusammenschluss mit dem von der AKP unterstützten Syrischen Nationalrat gewollt, sondern eine geheime Verbindung mit Unterstützung aus der Distanz. Es sollen Widersprüche zwischen den Kurden entstehen. Dies versuchen wir zu verhindern. Gerade deshalb wurde die Konferenz von diversen kurdischen Seiten kritisiert. ♦

Beteiligt euch an den Newroz-Delegationen! Ez jî li virim – Ich bin auch hier! Solidarisiert euch mit der Opposition, der wirklichen Kraft der Demokratie!

Die diesjährigen Newrozfeierlichkeiten in Nordkurdistan/Türkei werden in der Phase der seit 2009 andauernden sogenannten KCK-Operationen stattfinden. Daher sollen die Newroz-Delegationen aus Europa ein Ausdruck der Solidarität mit den ca. 6000 in der Türkei zu Unrecht Inhaftierten, zumeist kurdischen Oppositionellen, werden.
Bis zum heutigen Zeitpunkt, dem 17. Januar 2012, sind unter den Inhaftierten insgesamt 6 Abgeordnete, 16 BürgermeisterInnen, 97 JournalistenInnen, 43 AnwältInnen, hunderte Führungspersönlichkeiten der Partei für Frieden und Demokratie (BDP) und anderer oppositioneller Parteien, AkademikerInnen, hunderte LokalpolitikerInnen, StudentInnen, Frauenaktivistinnen, UmweltaktivistInnen und Mitglieder zivilgesellschaftlicher Strukturen. Nicht zu vergessen sind die 2.672 verurteilten und inhaftierten Kinder und 500 SchülerInnen.
Im Jahr 2011 gab es weltweit wegen sogenannter „terroristischer Straftaten" 35.117 Gefangene. Davon waren allein 12.897 in der Türkei inhaftiert. Ein Großteil von ihnen wurde wegen der nicht gelösten kurdischen Frage in Haft genommen. Die Türkei ist auch hier, wie bei vielen anderen Rechtsverletzungen, weltweit ganz vorn dabei. Denn in der Türkei sind so viele Menschen wie nirgends auf der Welt wegen vermeintlicher „terroristischer Aktivitäten" in den Gefängnissen.
Diese Fakten reichen aus, um zu erkennen, dass die AKP-Regierung unter dem Vorwand der „Terrorbekämpfung" allen voran die Kurden und andere demokratisch-oppositionelle Kräfte zum Schweigen bringen will, indem sie alle zu inhaftieren versucht. Dieser Staat ist in der Vergangenheit aus einem militärischen Vermächtnis und mit regelmäßigen Putschen regiert und gelenkt worden. Nun aber wird dieses Erbe auf einer politischen Linie und mit zivilen Putschen weitergeführt. Entgegen vielen Ansichten muss hervorgehoben werden, dass die Türkei mit der AKP-Regierung faschistoide Züge entwickelt hat. Die Situation der heutigen Türkei weist starke Analogien zu den Aussagen Martin Niemöllers zur Naziherrschaft in Deutschland auf:
''Als die Nazis die Kommunisten holten, habe ich geschwiegen, ich war ja kein Kommunist.
Als sie die Gewerkschafter holten, habe ich geschwiegen, ich war ja kein Gewerkschafter.
Als sie die Sozialisten einsperrten, habe ich geschwiegen, ich war ja kein Sozialist.
Als sie die Juden einsperrten, habe ich geschwiegen, ich war ja kein Jude.
Als sie mich holten, gab es keinen mehr, der protestieren konnte.''
„Ez jî li virim – Ich bin auch hier"
Weil die kurdischen politischen Häftlinge ihre Verteidigung in ihrer Muttersprache Kurdisch halten wollen, ist der Prozessverlauf vor Gericht ins Stocken geraten. Um gegen die ablehnende Haltung der Gerichte gegen ihre Muttersprache zu protestieren, antworten sie bei der Anwesenheitskontrolle des Gerichts auf Kurdisch mit dem Satz „Ez li virim" auf Deutsch: Ich bin hier. Aus Solidarität mit den Inhaftierten hat sich aus dem „Ez li virim" eine Kampagne mit der Parole „Ez jî li virim – Ich bin auch hier" entwickelt. Dies stellt im Kern eine Art Selbstanzeige dar. Auch wir nutzen für die Newroz-Delegationen das Motto „Ez jî li virim – Ich bin auch hier", um am Ende nicht – wie nach den Worten von Martin Niemöller – allein dazustehen. So bringen wir zum Ausdruck, dass diese Menschen, die zu Opfern des AKP-Terrors geworden sind, nicht allein sind.
Beteiligt euch an den Newrozdelegationen:
um Solidarität mit den Inhaftierten der KCK-Operationen zu zeigen,
um zu Newroz, dem Widerstandsfest der KurdInnen, vor Ort zu sein, um so mögliche staatliche Willkür, Repression und Terror durch eure Anwesenheit zu verhindern oder sie zu dokumentieren und zu belegen,
um eine friedliche und politische Lösung der kurdischen Frage einzufordern und das vom kurdischen Volk favorisierte Modell der „Demokratischen Autonomie" zu unterstützen.

Ein Blick in die machtpolitischen Abgründe

Kurden im Strudel des Irak

Savaş Andok

Zurzeit nehmen die Interventionen internationaler Mächte im Nahen Osten zu. Nach der Intervention in Libyen richten sich die Augen auf Syrien, wo der Druck auf das Assad-Regime jeden Tag stärker wird. Dass das Assad-Regime einen Vorposten bzw. eine Front für den Iran darstellt, ist weithin bekannt. Die Islamische Republik Iran gibt sich jede Mühe, um das Regime in Syrien auf den Beinen zu halten. Dies ist der Grund für die gegenseitigen Manöver zwischen den intervenierenden und jenen Kräften, die die alte Ordnung aufrechterhalten wollen. Während die internationalen Mächte mit ihren Bündnispartnern in der Region den Iran mit wirtschaftlichen Sanktionen oder militärischer Intervention bedrohen, bringt der Iran als Reaktion andere Abwehrmechanismen in Stellung. In diesem Zusammenhang scheint erwähnenswert, dass die UN die Bewaffnung der Hisbollah-Organisation für inakzeptabel erklärten, die USA ihre Ölabkommen mit dem Iran auf Eis gelegt haben und der Verkauf militärischer Ausrüstung an Saudi-Arabien zugenommen hat. In diesem Kommentar gehe ich über die regionale Politik hinaus auf die Entwicklungen in Südkurdistan und im Irak ein, wo sich der Kampf zwischen den internationalen und den regionalen Mächten abspielt.

Der Irak ist nach dem Sturz des Saddam-Regimes zum Schauplatz eines erbitterten Machtkampfes zwischen Sunniten, Schiiten und Kurden geworden. Am blutigsten war der Kampf zwischen Sunniten und Schiiten. Während die um die Macht in Bagdad kämpften, waren die Kurden auf die eigene Region beschränkt und mischten sich in Bagdad nicht ein. Einige Male griffen sie aufgrund der ihre Region betreffenden Themen ein. Deshalb schadete der Machtkampf in Bagdad den Kurden nur wenig. Manchmal war die Rolle der Kurden entscheidend für die Machtverhältnisse dort, sie fungierten auch als Vermittler zwischen Sunniten und Schiiten. Sie fanden sich praktisch mit weniger Rechten ab, als ihnen zustanden, damit sie vor Angriffen durch Bagdad, den Iran oder die Türkei verschont blieben. Zum jetzigen Zeitpunkt sind 45 % des kurdischen Gebietes Teil des Irak, Kirkuk eingerechnet. Bislang haben die Kurden in dieser Sache nichts Wesentliches unternommen, die begrenzten Erfolge (nur Hewler, Süleymaniye und Duhok unterliegen kurdischer Kontrolle, d. h. nur 55 % von Südkurdistan) wurden ausschließlich aufgrund von Lücken im Machtkampf zwischen Sunniten und Schiiten erzielt. Deshalb haben diese Gewinne weder eine rechtliche Grundlage noch eine Absicherung. Den Kurden ist dieser Zustand bewusst, und so versuchen sie nun, ihre Position sowohl im Irak als auch auf internationaler Ebene zu stärken. In Bezug auf die regionalen Entwicklungen spielen sie die kurdische Karte und versuchen auch mit regionalen und internationalen Mächten Bündnisse zu schließen. Zum anderen haben sie eine Diskussion über einen unabhängigen Staat begonnen, um einerseits die innere Opposition und andererseits die Reaktionen des Volkes zu besänftigen. In der Zeitung Fisilti wurde sogar angekündigt, zu Newroz die Unabhängigkeit auszurufen.

Im Inneren bereichern sich immer wieder Verantwortliche und Parteimitglieder durch Korruption und an der Basis entsteht eine immer größer werdende arme Schicht. Als letztes Jahr am 17. Februar ein Volksaufstand gegen die Regierung losbrach und viele Leute dabei umkamen bzw. verletzt wurden, versprach der Präsident der Autonomieregion, Masud Barzani, die Verurteilung der Täter und einen effizienten Kampf gegen die Korruption. Trotz dieser Versprechen sind keine Änderungen eingetreten.

Im Gegenteil, der Zustand hat sich weiter verschlechtert und infolgedessen hat die Bevölkerung den Glauben und das Vertrauen in die PDK und die Verwaltung verloren. In Südkurdistan spielt die PDK in der Außenpolitik eine bestimmende Rolle. Deshalb muss sie immer wieder auf die islamischen Kräfte in der Opposition, die Goran-Bewegung und die Reaktionen des Volkes achten. Aber im Endeffekt setzt sie den eigenen Standpunkt durch. Da ihre Funktionsfähigkeit ausschlaggebend ist, ist sie in Sorge, die bereits erzielten Erfolge zu verlieren. Beim letzten Regierungswechsel wurde Nechirvan Barzani zum neuen Regierungschef gewählt, und Barzani versuchte die Opposition an der Macht zu beteiligen, um sich die Arbeit zu erleichtern, aber auch um in der Öffentlichkeit den Eindruck demokratischer Ordnung zu erwecken. Deshalb führte er Gespräche mit der Goran-Bewegung und der Komala Islami. Dennoch erklärte die Opposition, sich nicht an der Regierung zu beteiligen. Nach vorliegenden Informationen soll Nechirvan Barzani gleich nach seiner Wahl als Regierungschef die Verurteilung der Schuldigen in den Todesfällen und Reformen versprochen haben. So wollte er demonstrieren, dass er eine liberale und freiheitliche Linie vertritt. Innenpolitisch wird er manches unternehmen, um die Opposition zum Schweigen zu bringen.

Einfluss der Türkei

Außenpolitisch werden mit der EU und den übrigen Staaten der Welt wirtschaftliche und diplomatische Beziehungen aufgebaut, um den Status quo aufrechtzuerhalten. Diese Bemühungen haben bis jetzt zur Eröffnung von mittlerweile mehr als 17 fremden Botschaften geführt. Einerseits wird in der Region eine am Konflikt zwischen den USA und dem Iran ausgerichtete Politik betrieben, aber in der Außenpolitik besteht eine sehr starke Abhängigkeit von den USA. Die Regierung ist besonders darum bemüht, nicht zur Zielscheibe von Angriffen aus dem Iran zu werden. Deshalb spielt sie in der Regionalpolitik die kurdische Karte aus. Diese politische Vorgehensweise bedeutet, dass für die Garantie des Status Südkurdistans andere Teile Kurdistans außer Acht bleiben sollen. Allerdings können die Rechte der Kurden in den anderen Teilen Kurdistans nicht gänzlich ignoriert werden, denn das sich dort entwickelnde nationale Bewusstsein und die Veränderungen in der Region stellen Stolpersteine dar. Aufgrund dieser Tatsache werden jene unterstützt, die den Prozess auf kulturelle Rechte beschränken wollen. Bedauerlicherweise spielt die Türkei bzw. die AKP-Regierung in dieser Politik eine bestimmende Rolle. Der türkische Staat beabsichtigt schon jetzt, sowohl in Nordkurdistan als auch in Westkurdistan, und im Zuge einer Intervention im Iran auch in Ostkurdistan, die kurdische Politik mitzubestimmen. In diesem Zusammenhang wird eine mit den Kräften Südkurdistans koordinierte Politik vermutet. Zuletzt wurde bekannt, dass die Türkei in ihrer Kurdenpolitik in Syrien mit den südkurdischen Kräften kooperiert. Als konkretes Beispiel dafür gilt die Konferenz der syrisch-kurdischen Oppositionellen, die Ende Januar in Hewler stattfand.

Die Beeinflussung durch die USA und den Iran

Die Entwicklungen im Irak sind im Kontext der Auseinandersetzungen zwischen den USA und dem Iran zu sehen. Auf der einen Seite versucht die Türkei als verlängerter Arm der USA, die sunnitischen Araber und die Kurden gegen den Iran aufzubringen, auf der anderen Seite wird durch den Iran eine Politik für die schiitische Mehrheit gefördert.

Je mehr durch die USA und die Türkei der Druck auf Syrien erhöht wird, desto mehr versuchen die Schiiten im Irak, an die Macht zu kommen und die Sunniten zu liquidieren. Die Haltung der Türkei gegenüber dem sunnitischen Vizepräsidenten Tariq al-Hashimi war deshalb ein Fehler, weil so die türkische Politik in der Region blockiert wurde. Al-Hashimi war in der Türkei zu Besuch gewesen, bevor im Irak ein Haftbefehl gegen ihn erlassen wurde. Dieser Besuch war für die Türkei von Bedeutung. Bei diesem Treffen wurden mit al-Hashimi Details einer gemeinsamen Regionalpolitik mit den USA besprochen. Auch über das Vorgehen der Kräfte im Zusammenhang mit dem Iran wurde diskutiert. Ein Teil dieser Absprachen war, dass die USA ein Kampfschiff in den Persischen Golf verlegten und die EU ein Öl-Embargo verhängte. Nach diesem Besuch kam es zu einem versuchten Mordanschlag auf den irakischen Ministerpräsidenten al-Maliki. Daraufhin entschied der sich, einen Haftbefehl gegen al-Hashimi zu erlassen, um so auch die Politik der Türkei zu vereiteln. Al-Hashimi fand im kurdischen Autonomiegebiet Unterschlupf, denn die Kurden waren zunächst der Ansicht, al-Hashimi als Druckmittel gegen die Schiiten einsetzen zu können, um die Probleme mit der Regierung in Bagdad zu lösen. Sobald ihnen jedoch der Ernst der Lage bewusst wurde, beschlossen sie, sich aus den Problemen zwischen Sunniten und Schiiten herauszuhalten, fühlten sich sogar vielmehr dazu verpflichtet, als Vermittler zu fungieren.

Das wird jedoch den Kampf zwischen den konfessionellen Gruppen im Irak noch weiter anheizen. Die Beziehungen zwischen Kurden und Schiiten werden sich nach der Politik des Iran in der Region richten.

Für den Iran entspricht eine gegen die Kurden gerichtete Politik nicht den eigenen Interessen. Dennoch stellt er weiterhin eine Bedrohung für die Kurden dar. ♦



15.-Februar-Protest in Silêmanî Foto: DIHA



Foto: ANF

Internationale Lobby bringt Roj TV zum Schweigen

Ein Angriff auf die objektive Berichterstattung

Amed Dicle, Journalist

Der kurdische Fernsehsender ROJ TV nahm mit einer Live-Sendung am 1. März 2004 den Betrieb auf und sendete mit dänischer Lizenz. Roj TV war ein objektives, gesellschaftsorientiertes Medienorgan. Der Sender wurde vorwiegend von KurdInnen geschaut und war eine Stimme der Unterdrückten, nicht der Herrschenden. Er war der einzige internationale Sender, der in sieben verschiedenen Sprachen und Dialekten in 83 Ländern ausgestrahlt wurde. Er war die Stimme der Sprachen, Kulturen und Identitäten, die verleugnet und einer Assimilation unterzogen werden. Das ist der Grund, warum der Sender seit seiner Gründung massiven Angriffen ausgesetzt war.

Die Türkei hat seit Beginn der Ausstrahlung von Roj TV mehrfach die Entziehung der Sendelizenz beim dänischen Mediensekretariat beantragt. Diese Anträge wurden dreimal wegen unzureichender Beweise abgelehnt.

Die türkische Regierung verstärkte daraufhin ihre diplomatischen Bemühungen gegenüber den relevanten Ländern und Institutionen. Vor allem mit der US-Regierung und der BRD wurde in dieser Hinsicht eng kooperiert. Daraufhin erfolgte nach einer Durchsuchungsoperation 2008 in Deutschland das erste Verbot von Roj TV.

Auf Anweisung des deutschen Innenministers wurden am 19. Juni 2008 die geschäftlichen Aktivitäten des Unternehmens Mesopotamia Broadcasting A/S, sowie die Produktionsfirma VIKO GmbH in Deutschland verboten. Dieses Verbot erfolgte zu einem Zeitpunkt, als ein 2,5-Milliarden-Euro-Geschäft zwischen der türkischen Marine und deutschen Rüstungsfirmen abgeschlossen wurde.*

2009 nahm der Druck auf Roj TV eine neue Dimension an. Das war zu der Zeit, als die türkische Regierung die Phase der „kurdischen Öffnung“ eingeleitet hatte. Nachdem die Anschuldigungen der Türkei in Dänemark ergebnislos blieben, wurden Drohungen ausgesprochen und eine Erpressungspolitik eingesetzt. Im April 2009 drohte die Türkei auf dem NATO-Gipfel damit, ein Veto gegen die Kandidatur des ehemaligen dänischen Ministerpräsidenten Anders Fogh Rasmussen zum NATO-Generalsekretär einzulegen. Es folgte eine massive Reisediplomatie zwischen den USA, der Türkei und Dänemark. Der Inhalt dieser Gespräche wurde von Wikileaks im Januar 2011 veröffentlicht („Cablegate-Dokumente“).

Unter den geheimen Dokumenten, die aus dem US-Außenministerium durchgesickert sind, befindet sich ein Protokoll vom 25. Februar 2010, das ein Gespräch zwischen dem türkischen Unterstaatssekretär Feridun Sinirlioğlu und dem US-Unterstaatssekretär William Burns am 18. Februar wiedergibt. In dem Gespräch beklagt Sinirlioğlu die Ablehnung Belgiens und Dänemarks, PKK-nahe Organisationen unter Druck zu setzen. Tacan Ildem, stellvertretender Unterstaatssekretär und ehemaliger ständiger Vertreter der Türkei bei der NATO, verwies auf ein Abkommen von 2009, das durch Vermittlung von US-Präsident Barack Obama zustande kam. Als Teil dieses Abkommens, so Ildem, habe Dänemark versprochen, die notwendigen rechtlichen Änderungen für ein Verbot von Roj TV vorzunehmen.

Kurze Zeit nach diesem Gespräch wurde im März 2010 das Studio von Roj TV in dem belgischen Städtchen Denderleeuw von der Polizei gestürmt. Durch diese Razzia entstand Roj TV ein großer materieller Schaden in Höhe von 1,2 Millionen

* HDW-Tochter liefert Türkei sechs U-Boote für 2,5 Milliarden Euro
http://www.welt.de/welt_print/article2240795/HDW_Tochter_liefert_Tuerkei_sechs_U_Boote_fuer_2_5_Milliarden_Euro.html

Euro. Nachdem die gesamte technische Ausstattung beschlagnahmt worden war, konnten die Arbeiten nicht fortgeführt und die Programme nicht mehr ausgestrahlt werden.

Im Oktober desselben Jahres wurde ein Verfahren zur Schließung von Roj TV und zum Entzug der Sendelizenz vor dem Kopenhagener Amtsgericht eröffnet. Das Verfahren endete am 10. Januar 2012. Der Richter lehnte zwar den Antrag des Staatsanwaltes auf Schließung von Roj TV und den Entzug der Sendelizenz ab, verhängte jedoch eine Geldstrafe in Höhe von 700 000 Euro mit der Begründung, dass einige Programme der Propaganda (für die PKK) Vorschub leisten würden.

Sowohl die Verteidiger von Roj TV als auch die Staatsanwaltschaft legten Widerspruch gegen dieses Urteil ein. Folglich ist das Urteil vom 10. Januar wegen Ausschöpfbarkeit des Rechtswegs noch anfechtbar.

Weil die türkische Regierung eine schnellstmögliche Schließung wünscht, reagierte sie entsprechend hart auf das Urteil. Wieder setzte sie auf ihre internationalen Beziehungen. Einige Tage nach dem Urteil erklärte der Botschafter der USA gegenüber der Presse in Ankara, dass sie mit ihren europäischen „Freunden" über das Verbot von Roj TV gesprochen hätten. Am 22. Januar wurde die Ausstrahlung von Roj TV von dem (französischen) Satelliten-Betreiber Eutelsat rechtswidrig eingestellt. Der Vertrag zwischen Roj TV und Eutelsat, der bis Oktober 2013 gültig gewesen wäre, wurde einseitig annulliert. Dagegen legte Roj TV in Frankreich Widerspruch ein, der aus nicht nachvollziehbaren Gründen abgelehnt wurde. Auch gegen diese Ablehnung sind Rechtsmittel eingelegt worden.

Roj TV besitzt weiterhin eine Sendelizenz | Die MitarbeiterInnen, Produktionsfirmen und Büros stehen weiterhin zur Verfügung. Es bestehen keine juristischen oder bürokratischen Hindernisse für eine Weiterarbeit. Jedoch kann aus faktischen Gründen nicht gesendet werden. Roj TV hat bei allen anderen Satelliten-Betreibern, die in den Mittleren Osten und nach Kurdistan ausstrahlen, um Sendemöglichkeiten angefragt. Leider blieb dieser Versuch aufgrund des internationalen staatlichen Drucks ohne Erfolg. Das allein zeigt, wie groß die internationale Lobby gegen Roj TV ist.

Die AKP-Regierung hält an der gegenwärtigen Politik fest, mit der das kurdische Volk zur Kapitulation bewegt werden soll. In der Amtszeit dieser Regierung wurden allein gegen Roj TV 26 Verfahren vorbereitet. Die ohnehin staatstreue Presse in der Türkei wurde noch radikaler gleichgeschaltet. Jede oppositionelle Stimme soll zum Schweigen gebracht werden, JournalistInnen, egal, ob türkischer oder kurdischer Herkunft, und Menschen unterschiedlicher Weltanschauungen wurden inhaftiert. Gegen den Redaktionschef von Azadiya Welat wurde eine Rekordhaftstrafe von 500 Jahren verhängt. Der Verfasser eines noch nicht veröffentlichten Buches über die AKP und die Gülen-Gemeinde wurde inhaftiert und die Veröffentlichung des Buches verboten. Es wird weiterhin Druck auf MedienunternehmerInnen ausgeübt, kritische und unbeugsame JournalistInnen zu entlassen. Mit allen schmutzigen Mitteln wird Kritik an der Regierung unterbunden. Es ist nicht zu erwarten, dass eine Regierung, die im Inland solche repressiven bis faschistischen Mittel anwendet, im Ausland zu einem Fernsehsender wie Roj TV schweigen wird.

Die Gründe für diese Repression sind bekannt. Die AKP-Regierung plant die Umsetzung eines umfassenden Kriegskonzepts gegen die Kurden. Alle staatlichen Institutionen sind an der Vorbereitung dieses Kriegskonzepts beteiligt. Mit Spezialeinheiten der Polizei soll der Staatsterror in Kurdistan vorangetrieben werden.

Roj TV spielt genau an diesem Punkt eine wichtige Rolle. Roj TV war der erste Fernsehsender, der das staatliche Massaker an 34 Zivilisten am 28. Dezember 2011 in Roboskî öffentlich gemacht hat. Die Zuschauer werden über aktuelle Ereignisse nicht einseitig informiert, sondern es werden vielfältige Betrachtungsweisen der Geschehnisse vorgestellt, es wird also wahrheitsgemäß Bericht erstattet. Roj TV macht seine Sendungen nicht im staatlichen Interesse oder auf Anweisung des Staates, sondern orientiert sich an den Bedürfnissen der Gesellschaft. Die Angriffe gegen Roj TV sind folglich Angriffe gegen eine objektive Berichterstattung in Kurdistan und im Mittleren Osten. Sie richten sich nicht allein gegen einen Fernsehsender, sondern auch gegen die Meinungsfreiheit und das Recht des kurdischen Volkes auf Information in der eigenen Sprache. ♦

Eutelsat stellt Übertragung von Roj TV ein

Eutelsat hat in einer Erklärung verkündet, dass sie ab sofort die Ausstrahlung von Roj TV über ihren Satelliten einstellen wird. Eutelsat forderte zudem andere Satellitenbetreiber ebenfalls dazu auf, die Ausstrahlung von Roj TV zu unterbinden. Dieser Erklärung folgten auch die anderen zu Eutelsat gehörenden Satellitenbetreiber. Somit wird Roj TV vorerst ab Sonntag 24 Uhr über Satellit nicht mehr zu empfangen sein.
Die Entscheidung wurde damit begründet, dass Roj TV am 10. Januar 2012 durch ein dänisches Gericht wegen Unterstützung des Terrorismus verurteilt worden sei. Roj TV hatte anschließend Berufung gegen dieses Urteil eingelegt.
Die Zentrale von Eutelsat befindet sich in der französischen Hauptstadt Paris. Bereits in der Vergangenheit ist es zu verstärkten Repressalien gegen die Vertreter und Sympathisanten der kurdischen Bewegung in Frankreich gekommen. Die Vermutung liegt nahe, dass Frankreich zur Entspannung der strapazierten Beziehung zur Türkei diesen Schritt bewirkt hat.

Quelle: ANF, 20.01.2012, ISKU

Bericht über die internationale Konferenz in Hamburg

Die kapitalistische Moderne herausfordern – Alternative Konzepte und der kurdische Aufbruch

Dr. Elmar Millich

Die kurdische Befreiungsbewegung hat in den letzten zehn Jahren einen tiefgreifenden Wandel durchlebt. Bereits 1993 erkannte Abdullah Öcalan die Ausrichtung der PKK als klassische, marxistisch-leninistisch ausgerichtete, nationale Befreiungsbewegung als unzureichend. Sein Versuch, die militärisch verhärteten Fronten durch politische Initiativen Europas aufzubrechen, führte ihn nach der auf türkischen Druck erfolgten Ausweisung aus Syrien 1998 nach Italien. Statt diese Situation zu einer konstruktiven Lösung des kurdisch-türkischen Konflikts zu nutzen, herrschte unter den imperialistischen Kräften jedoch Panik und führte bekanntermaßen zu dem internationalen Komplott, in dessen Verlauf Öcalan 1999 in die Türkei entführt wurde und seitdem unter Isolationshaftbedingungen auf der Gefängnisinsel Imralı einsitzt. Dort nutzte er die Zeit, der kurdischen Befreiungsbewegung eine komplett neue Ausrichtung zu geben. Ausgehend von einer historisch-dialektischen Analyse der Entwicklung Mesopotamiens entwarf er den Demokratischen Konföderalismus als Grundlage einer basisdemokratischen, ökologischen und geschlechterbefreiten Gesellschaft.

Im selben Zeitraum kam es auch in der internationalen Linken zu gravierenden Umbrüchen. Die nach dem Zusammenbruch des real existierenden Sozialismus notwenige Neuorientierung führte [*hier*] zu einem neuen Internationalismusverständnis, das zumindest ansatzweise versuchte, den bisherigen Eurozentrismus zu überwinden. Ausdruck dieser Antiglobalisierungsbewegung sind die Weltsozialforen mit ihrem Ansatz einer Vernetzung von unten statt nationalstaatlicher Machtergreifung. Zudem trat 1994 mit den ZapatistInnen in Mexiko erstmals eine Befreiungsbewegung an die Weltöffentlichkeit, die sich eher aus ihren indigenen Wurzeln als aus dem europäischen Marxismus heraus definierte.

Während die ZapatistInnen große Aufmerksamkeit und positive Zustimmung der Weltöffentlichkeit erreichen konnten, ist dies der kurdischen Bewegung mit ihren bisherigen Ansätzen nicht gelungen. Im Gegensatz zu Chiapas liegt Kurdistan im Mittleren Osten und damit im Brennpunkt der imperialistischen Neustrukturierung der Welt. Politik und Medien in Europa und den USA unternehmen alles, um der kurdischen Bewegung mit der Listung als terroristische Vereinigung jeden politischen Boden zu entziehen. Schon lange stand daher die Idee im Raum, im Rahmen einer Konferenz einen Austausch zwischen der kurdischen Bewegung und der internationalen antikapitalistischen Linken zu organisieren. Am Wochenende vom 3. bis 5. Februar konnte dies nun an der Universität Hamburg unter dem Titel „Die kapitalistische Moderne herausfordern – Alternative Konzepte und der kurdische Aufbruch“ stattfinden. Etwa 400 TeilnehmerInnen nahmen die Möglichkeit wahr, sich in verschiedenen aufeinander folgenden Sessions mit den durch die kapitalistische Krise bedingten weltweiten Umbrüchen auseinanderzusetzen. Die gesamte Veranstaltung wurde auch als Livestream ins Internet gestellt und konnte so vor allem auch in Kurdistan verfolgt werden. Für Sprachverständigung war durch Simultanübersetzung auch ins Kurdische gesorgt.

Nach der Begrüßung durch die im „Network for an Alternative Quest“ verbundenen OrganisatorInnen hielt Prof. em. Dr. Norman Paech, Völkerrechtler und ehemaliger Bundestagsabgeordneter der Linksfraktion, die Eröffnungsrede. Er ging auf die aktuelle Situation in Kurdistan ein, die von Krieg und Repression bestimmt ist. Nachdem es Anfang 2011 zu Annäherungen zwischen AKP-Regierung und PKK gekommen war, stehen seit Mitte letzten Jahres die Zeichen wieder auf Eskalation. Wer sich politisch entgegenstelle, stehe im

Rahmen der KCK-Verfahren bereits mit einem Bein im Gefängnis, so Paech. Ebenso kritisierte er, dass Abdullah Öcalan unter erbärmlichsten Bedingungen gefangen gehalten würde. Er sah es auch als wichtiges Ziel des Kongresses an, dazu beizutragen, diese Eskalation zu stoppen und zu politischen Lösungsansätzen zurückzukommen. Paech sieht hier vor allem auch die türkische Gesellschaft in der Pflicht, nachdem die kurdische Seite immer wieder in Vorleistung gegangen sei. Darüber hinaus würdigte er den theoretischen Beitrag, den der kurdische Aufbruch für eine Welt ohne Sexismus und Klassenherrschaft geleistet habe.

Im Folgenden wurde eine Grußbotschaft Abdullah Öcalans verlesen, in der er darlegte, wie er unter den Bedingungen der Isolationshaft sein Alternativkonzept zur kapitalistischen Moderne entwickelt hatte. Als grundsätzliche Unterdrückungsstruktur durch den Verlauf der Geschichte hindurch sieht Öcalan den Staat und die Unterdrückung der Frau als ein Muster, das sich unter den gegebenen historischen Verhältnissen immer wieder reproduziert habe. Entsprechend ergebe sich die Ausbildung des heutigen Nationalstaats als Träger internationaler Souveränität aus der kapitalistischen Entwicklung. Öcalan äußerte die Hoffnung, dass sein Konzept der Demokratischen Autonomie, das bestehende Staatsgrenzen unberührt lässt, für Kurdistan die Lösung für den lang anhaltenden kurdisch-türkischen Konflikt bieten könne. Seine Hoffnung speziell für den Mittleren Osten und darüber hinaus sieht er in der Befreiung der Frau.

Ein weiteres Grußwort musste leider ebenfalls verlesen werden, da der international renommierte Politiktheoretiker Antonio Negri aus Gesundheitsgründen hatte absagen müssen. Negri hatte Anfang 2000 durch die Veröffentlichung von „Empire“ zusammen mit seinem Co-Autor Michael Hardt wesentlichen Einfluss auf die theoretische Ausrichtung der Antiglobalisierungsbewegung genommen. Auch eine für den nächsten Tag geplante Telefonübertragung per Skype musste aus technischen Gründen leider ausfallen.

Die Suche nach einer neuen Sozialwissenschaft

Die erste inhaltliche Session hatte den Titel „Die Suche nach einer neuen Sozialwissenschaft“, wobei der Begriff Sozialwissenschaft hier weiter ausgelegt werden muss als „Soziologie“ im klassischen deutschen Universitätsverständnis. Thema war der gesamte Blick auf die menschliche Gesellschaft in ihrer historischen Entwicklung. Im Mittelpunkt stand eine Analyse der Paradigmen und Methodiken des heutigen wissenschaftlichen Mainstreams. Ann-Kristin Kowarsch, freiberufliche Journalistin und Mitarbeiterin beim kurdischen Frauenbüro CENI, erläuterte, wie sich die Paradigmen der heutigen Sozialwissenschaften im Laufe der europäischen Aufklä-



Auf der Konferenz in Hamburg: Die kapitalistische Moderne herausfordern ... Foto: Annett Bender

rung herauskristallisiert haben. Im Zuge der Subjekt-Objekt-Trennung wurde allein dem positivistischen Empirismus das Attribut der Wissenschaftlichkeit zugesprochen. Ein eng gefasster Rationalitätsbegriff als dessen Alleinstellungsmerkmal entwickelte sich in Abgrenzung zu überliefertem Wissen und Intuition. Hiermit einher ging auch ein Ausschluss der Frauen aus dem Wissenschaftsbetrieb über lange Jahrhunderte. Auch wenn bereits früher auf die ethische Unverträglichkeit eines solchen allein stehenden Rationalitätsbegriffs hingewiesen wurde – etwa in Adornos und Horkheimers „Dialektik der Aufklärung" – bildet der reine angeblich interessenfreie Empirismus immer noch die Grundlage der akademischen Sozialwissenschaften. Prof. Kariane Westrheim von der Erziehungswissenschaftlichen Fakultät der Universität Bergen bemängelte das Paradigma der herrschenden Wissenschaft, dass Forschung empathiefrei zu erfolgen habe, weil sonst angeblich die Objektivität der Ergebnisse leide. Sie erläuterte die Problematik dieses Paradigmas anhand ihrer zahlreichen Studienreisen nach Kurdistan, wo sie vor Ort mit den Kriegsfolgen konfrontiert war. Wer sich im laufenden Wissenschaftsbetrieb nicht an diese Grundsätze halte, sondern subjektive Gesichtspunkte einbringe, müsse zumindest mit Karriereeinbußen rechnen. Beide Rednerinnen waren sich einig, dass die aktuellen Sozialwissenschaften die Gesellschaft ähnlich wie die Naturwissenschaften als ein Labor betrachten, in dem sie ihre Untersuchungen anstellen können. Dem wurde eine neue Sicht der Sozialwissenschaften gegenübergestellt, die in Interaktion mit der Gesellschaft trete. Im Vordergrund stehe hier nicht das Erheben von Zahlenmaterial für die kapitalistische Planung und Verwertung, sondern ein Begleiten und Reflektieren der gesellschaftlichen Entwicklung, bei dem die Subjektivitäten des einzelnen Menschen ernst genommen würden.

Kapitalismus als Zivilisationskrise

Die nächste Session widmete sich dem Kapitalismus als Zivilisationskrise. Nach der Verlesung eines nur Eingeweihten verständlichen längeren Textes des wie bereits erwähnt erkrankten Antonio Negri stellte Fadile Yıldırım von der Frauenbildungsstätte UTAMARA die weibliche kurdische Sicht auf die Entwicklung der menschlichen Zivilisation dar. Ausgehend von einer angenommenen kommunalen Gesellschaft im Neolithikum mit starker matriarchaler Ausprägung bildeten die Unterwerfung der Frau und die Ausbildung des Patriarchats die erste Klassenunterdrückung der Menschheit. Hierbei wird hauptsächlich auf mesopotamische Epen als Quellen zurückgegriffen. Konstituiert wurde diese Unterdrückung in Form des sumerischen Priesterstaates als Urform des Staates, in dessen Gewand sich im Laufe der Geschichte weitere Klassengesellschaften herausbildeten. Primär bleibt aber bis in die Neuzeit die Unterdrückung der Frau, die in den drei monotheistischen Religionen über Jahrtausende auch mit einem metaphysischen Überbau verfestigt wurde, der heute vor allem noch im Islam einen sehr starken Einfluss hat. Hart ins Gericht ging Frau Yıldırım mit der angeblichen Freiheit der Frau im kapitalistischen Westen. In dem Zurwaremachen des weiblichen Körpers sieht sie die höchste Form der Entfremdung und im Kapitalismus insgesamt den stärksten Angriff auf den am kommunalen Leben ausgerichteten Kern der Frau. Auf die schwierige Rolle der Frau speziell im Mittleren Osten wies in der letzten Session auch Frau Gönül Kaya von der kurdischen Frauenbewegung anhand ihrer eigenen Biographie hin. Bei vielen Frauen habe sich das Bild, wie eine Frau aufzutreten hat, um nicht in den Bereich der Schande zu geraten, so stark internalisiert, dass Auftreten, Gehen und Reden regelrecht neu trainiert werden müssten. Auch in der kurdischen Gesellschaft gibt es aktuell noch viele familiäre und gesellschaftliche Hindernisse für eine gleichberechtigte Teilhabe der Frauen.

Den Problemen der aktuellen kapitalistischen Krise widmeten sich die nächsten beiden Redner. Prof. Achin Vanaik von der Universität Delhi lieferte eine klassische Imperialismusanalyse, in der er die Interessenlagen der herrschenden hegemonialen Blöcke in Bezug zueinander setzte. Da sich deren Interessen im Mittleren Osten kreuzten, sieht er dort die Lage als hochexplosiv an. Er wagte die Prognose, dass auch in Zukunft die USA als einzige Macht in der Lage seien, weltweit Hegemonie auszuüben. Etwas kleinskaliger stellte der in England geborene Autor und Aktivist Felix Padel den Gegensatz zwischen Kapitalismus und Ökologie dar. Er hatte sich lange bei den Adivasis, einer indigenen Bevölkerung Indiens, aufgehalten. Er zeigte, welche katastrophalen Auswirkungen die industrielle Erschließung ihres Gebietes durch Aluminiumabbau auf diese Gemeinschaft hatte. Es soll nicht unerwähnt bleiben, dass sich im Auditorium manche Träne der Rührung einstellte, als er am Schluss seines Vortrags auf seiner mitgebrachten Geige ein altes armenisches Volkslied spielte. Solly Mapaila von der Südafrikanischen Kommunistischen Partei schilderte seine Erfahrung bei der Überwindung des Apartheidsystems und solidarisierte sich ausdrücklich mit der kurdischen Befreiungsbewegung. Zum Abschluss der Session stellte Reimar Heider, der einige der Bücher Öcalans ins Deutsche übersetzt hat, den aktuellsten Stand in der antikapitalistischen Debatte der kurdischen Bewegung dar und zeigte Berührungspunkte mit internationalen Diskursen und Fragestellungen auf.

Der Mittlere Osten jenseits der Nationalstaaten

Ohne Frage stellt der arabische Umbruch des letzten Jahres einen gravierenden Einschnitt bezüglich der Kräfteverhältnisse in der Region, aber auch international dar. Kurdistan, im Herzen des Mittleren Ostens, ist davon insbesondere betroffen. So bildete die dortige aktuelle Situation den Schwerpunkt der dritten Session. Es zeichnet sich spätestens nach den Wahlen in Tunesien und Ägypten ab, dass der politische Islam in Form der Muslimbrüderschaften entscheidenden Einfluss in der Region bekommen wird. Von besonderer Brisanz für die KurdInnen ist, dass der Türkei mit ihrer islamisch geprägten AKP-Regierung vom Westen eine Musterfunktion zugewiesen wird und so ihr Einfluss international stark gewachsen ist. Um entsprechende Grundlagen zu setzen, referierte Dr. Sadik Hassan Itaimish, Lehrbeauftragter für Islamwissenschaft in Freiburg, über die Entstehungsgeschichte des politischen Islams. Ferda

Çetin, Journalist beim kurdischen Fernsehsender Roj TV, zeigte den Einfluss der Fethullah-Gülen-Bewegung auf die aktuelle türkische Politik und räumte mit der in westlichen Staaten verbreiteten Vorstellung auf, es handele sich bei der AKP um eine Form des „moderaten" Islamismus. Er zog Parallelen zwischen Vorgehen und Strukturen der Gülen-Bewegung und dem katholischen Opus Dei sowie der koreanischen Moon-Sekte. Allen ist gemeinsam, dass sie sich prinzipiell als antidemokratisch verstehen und versuchen, Einfluss auf die gesellschaftlichen Schlüsselpositionen zu gewinnen. Ayhan Bilgen, Mitglied der BDP, wies auf die Chancen hin, die sich für die Demokratie im Mittleren Osten durch den arabischen Umbruch ergeben, und ging auch auf die geplante Verfassungsänderung in der Türkei ein. Muzaffer Ayata, kurdischer Politiker im Exil, ging erst mal mit der Bundesrepublik Deutschland hart ins Gericht. Demokratie und Freiheit kann er im Westen trotz aller Lippenbekenntnisse nicht erkennen. Während Umstürze in der Region massiv unterstützt würden, wenn es der Interessenlage der westlichen Staaten entspricht, würde die kurdische Bewegung aus geostrategischen Gründen massiv unterdrückt. Ayata bewertete die aktuelle Situation nach dem arabischen Umbruch als negativ. Nach dem Sturz der Despoten durch demokratische Kräfte übernehme nun ein Bündnis aus reaktionären Islamisten und imperialistischen Kräften die Kontrolle. Auch die aktuelle Situation in Syrien bewertete er als kritisch und sprach sich für die Nichteinmischung äußerer Kräfte aus. Insgesamt lässt sich aus den Vorträgen und Diskussionen der Schluss ziehen, dass trotz der objektiv revolutionären Umbrüche in der Region aufgrund der starken Verankerung im Islam sozialistische und basisdemokratische Modelle kaum Einfluss haben. Die kurdische Bewegung bleibt in diesem Punkt leider singulär.

Ein neues Paradigma: Demokratische Moderne

Um Zukunftsperspektiven ging es in der letzten Session „Ein neues Paradigma: Demokratische Moderne". Unter „demokratischer Moderne" versteht die kurdische Bewegung ihren von Abdullah Öcalan entwickelten zivilisatorischen Gegenentwurf zur bestehenden kapitalistischen Moderne. Kernpunkt ist ein basisdemokratischer Kommunalismus, bei dem Ökologie und Frauenbefreiung eine wesentliche Rolle spielen. Zum Thema Kommunalismus referierte dann auch als Erster der dänische Schriftsteller und Aktivist Eirik Eiglad. Angelehnt an die Theorien von Murray Bookchin, dessen Schriften wesentlichen Einfluss auf Abdullah Öcalan hatten, stellte er das Konzept des Kommunalismus oder auch der Munizipalität dar. Kernpunkt ist die Vorstellung, von unüberschaubaren abstrakten Einrichtungen wie den Nationalstaaten mit bestenfalls repräsentativer Demokratie abzurücken. Die politischen Entscheidungen sollten wieder innerhalb überschaubarer Einheiten im Diskurs getroffen und gegebenenfalls über das Delegiertenprinzip an umfassendere Zusammenschlüsse weitergeleitet werden. Im bestehenden Rahmen könnte das ansatzweise durch eine deutliche Stärkung der Kommunen gegenüber dem Zentralstaat erfolgen. Damit einhergehen müssten auch radikale ökonomische Umstellungen. In einer sehr bewegenden Rede beschrieb Janet Biehl, die langjährige Lebensgefährtin des 2006 verstorbenen Murray Bookchin, dessen politische Entwicklung und die produktiven Auseinandersetzungen mit Abdullah Öcalan und der kurdischen Bewegung. Über den aktuellen in Kurdistan stattfindenden Versuch, die theoretischen Ansätze in Form von Frauenkooperativen in die Praxis zu übertragen, berichtete die Bezirksbürgermeisterin von Amed (Diyarbakır)/Sur, Gülbahar Örmek. Über die letzten politischen Entwicklungen und Vorstellungen der baskischen Bewegung referierte Ana Mezo als langjährige Kommunalpolitikerin und Vertreterin der baskischen Linken. Über seine Erfahrung mit der Umsetzung basisdemokratischer Strukturen bei den ZapatistInnen in Mexiko berichtete Tom Waibel, jahrelang Mitbetreiber eines Wanderkinos in Chiapas. Den Abschluss der Session und der gesamten Konferenz bildete die Rede der BDP-Co-Vorsitzenden Gültan Kışanak. Trotz der derzeitigen starken Repression in Kurdistan bekräftigte sie den Willen der kurdischen Bevölkerung, patriarchale und kapitalistische Unterdrückung zu überwinden, und endete optimistisch: „Es ist Zeit, jetzt zu handeln. Wartet nicht auf morgen, die Freiheit ist nah, wenn Ihr wollt, dass sie nah ist." ♦

Hamburg: 3.–5. Februar 2012 | Die kapitalistische Moderne herausfordern ... Foto: Annett Bender

Stand beim Ilısu-Staudammprojekt

Ruhe vor dem nächsten Sturm am Tigris?

Ercan Ayboğa, Initiative zur Rettung von Hasankeyf

Über den geplanten Ilısu-Staudamm am Tigris in Türkisch-Kurdistan wird seit letztem Frühjahr relativ wenig berichtet. Es ist ruhiger geworden um dieses ökologische, soziale und kulturelle Zerstörung bringende Projekt, welches zu den umstrittensten der Welt gehört. Doch der Bau des Staudamms im und am Dorf Ilısu geht unvermindert weiter. Es wird in zwei Schichten 16 Stunden am Tag gearbeitet, manchmal sogar rund um die Uhr. Der Bau soll nach normalem Zeitplan 2016 beendet werden, die AKP-Regierung fordert, dass alles bis 2014 fertiggestellt wird. Da solche Mega-Projekte oft länger als geplant dauern, ist nicht mit einer Beendigung vor 2015 zu rechnen. Die technischen, finanziellen und politischen Unsicherheiten und Risikofaktoren können im Falle ihres Eintritts alles zusätzlich weiter hinausschieben. Ein starker wiederbelebter Widerstand in der betroffenen Region ist jedoch der größte potentielle Faktor für die Verschiebung bzw. den Stopp dieses zerstörerischen Projekts.

Seit 2005 finden kontinuierlich Proteste der direkt und indirekt Betroffenen aus der Region um den Tigris-Fluss herum statt. Unter der Initiative zur Rettung von Hasankeyf (HYG) sind de facto alle AkteurInnen der betroffenen fünf Provinzen zusammengekommen, um weiterhin direkt Betroffene in Heskîf (Hasankeyf) und den 199 Dörfern zu informieren, sie in den Widerstand einzubinden, öffentliche Veranstaltungen zu organisieren, Berichte und Kritik zu verfassen und schließlich Delegationen nach Europa zu schicken, um die bereits beschlossene Garantie für die Kreditversicherung zu kippen. Trotz der vielen Unzulänglichkeiten, Schwächen und Fehler wurde eine funktionierende und langatmige Organisationsstruktur geschaffen, was für ökologisch-soziale Bewegungen in der kurdischen Gesellschaft nicht immer normal ist. Die HYG hat auch dazu beigetragen, dass zum einen in anderen Regionen und Orten der Türkei und Kurdistans von Infrastruktur- und Energieprojekten negativ betroffene Menschen sich zusammenschlossen und für ihre Rechte kämpfen und zum anderen die Gesellschaft ein kritischeres Bewusstsein über die Beziehung zu ihrer Natur und Kultur entwickelte. Heskîf (Hasankeyf) ist zum Synonym der Zerstörung von Ökosystemen und kulturellem Erbe durch sinnlose und nur gewissen Kreisen Profit bringende Projekte geworden.

Nachdem die Regierungen der BRD, der Schweiz und Österreichs ihre Kreditgarantien für das Ilısu-Projekt im Jahre 2009 zurückzogen, dem auch alle drei europäischen Banken und zwei große europäische Unternehmen folgten, musste die HYG ihren Widerstand neu organisieren. Denn nun waren die „türkischen“ AkteurInnen (die AKP-Regierung und drei Banken, die den kompletten Kredit beisteuern) das alleinige Hauptziel der Kritik. Da die türkische Regierung schwer vom Ilısu-Projekt abzubringen ist, standen zunächst die öffentlichkeitswirksamen Aktionen gegen die beiden involvierten privaten türkischen Banken Akbank und GarantiBank im Vordergrund. Die ließen die Kritik erwartungsgemäß abprallen (auch von zivilen Organisationen der türkischen Gesellschaft gab es Proteste), haben aber ihre selbstgesteckten Kriterien für die Unterstützung von Kreditanträgen angeblich verbessert. Damit versuchten sie den Druck auf sich selbst zu reduzieren. Doch in Teilen der kurdischen Gesellschaft sind diese beiden Banken ein Name für die Beteiligung an Zerstörung geworden. So lehnte letztes Jahr die Stadtverwaltung Êlih (Batman) bei einer Ausschreibung das Angebot der Akbank wegen ihres Ilısu-Kredits ab, obwohl diese Bank das beste Angebot eingereicht hatte.

Eine wichtige und bis heute unbeantwortete Frage ist, wer die Kreditgarantie übernommen hat. Wir haben über Umwege gehört, dass nicht die türkische Regierung die gesamte Garantie trägt, sondern die Projektanteile der beteiligten drei europäischen Unternehmen (vor allem Andritz aus Österreich mit einem Projektanteil von mind. 40 %, weil es die Anteile der 2009 ausgestiegenen Konzerne Züblin (BRD) und Alstom (CH) übernommen hat, und zwei schweizerische Unternehmen mit kleineren Anteilen) von europäischen privaten Versicherern abgedeckt werden. Der Name dieses oder dieser europäischen Versicherer wird unter allen Umständen geheim gehalten.

Die Bemühungen auf internationaler Ebene gegen den Ilısu-Staudamm gingen ununterbrochen weiter. Im Mai 2011 hat das UN-Komitee für Wirtschaftliche, Soziale und Kulturelle Rechte die Türkei wegen ihrer Staudamm- und Wasserkraftpolitik, bei der gegen viele internationale Konventionen und Standards verstoßen wird, verurteilt. Vor allem der Ilısu-Staudamm war in der Kritik dieses UN-Komitees, das aber keine bindenden Beschlüsse fassen kann. Nichtsdestotrotz wird eine solch klare Kritik nicht oft geäußert. Dieser UNESC-Kritik ging ein umfangreicher Bericht durch eine Reihe

von Organisationen aus der Republik Türkei und NGOs in Europa voraus.

Die türkische Regierung hat im Sommer 2011 begonnen, die „Umsiedlung" auf zwei weitere Dörfer im Baustellengebiet auszuweiten. Bisher wurden das Dorf Ilısu und Teile des Nachbardorfes Karabayır im Oktober 2010 „umgesiedelt", d. h. dass die EinwohnerInnen in ein neu gebautes Dorf ziehen mussten, sich dabei verschuldeten und keine Perspektiven für Einkommen haben. Jetzt soll das auf zwei Nachbardörfer ausgeweitet werden. Dies bedeutet, dass die Baustelle vergrößert wird. Wann die eigentlichen umfassenden Umsiedlungen erfolgen sollen, ist noch unklar. Da der Prozess, wenn die Betroffenen sich wehren und klagen, Jahre in Anspruch nehmen kann, könnte er in Etappen für die anderen 195 Dörfer beginnen.

Der Bau von „Neu-Hasankeyf", welches zwei Kilometer vom jetzigen Ort entfernt aufgebaut werden soll, geht währenddessen in kleinen Schritten voran. Oft passiert einfach nichts. Noch steht kaum etwas Sichtbares da. Selbst wenn es fertiggestellt werden sollte, wird es zu einer Geisterstadt verkommen. Denn die BewohnerInnen von Heskîf (Hasankeyf) haben letztes Jahr mit Demos und Unterschriften klargemacht, dass sie nicht dorthin umziehen werden.

Vor türkischen Gerichten laufen seit 2000 zwei Verfahren gegen das Ilısu-Projekt. Die erste der beiden Klagen des Bürgermeisters von Heskîf (Hasankeyf) und von anderen läuft vor dem Verwaltungsgericht in Ankara, wurde jedoch mit dem seit 2003 vor dem Verwaltungsgericht in Amed (Diyarbakır) laufenden Verfahren verknüpft. Dieses war von einem Rechtsanwalt mit dem Hauptargument eingereicht worden, dass das reiche kulturelle Erbe unwiederbringlich zerstört werde. 2010 beschloss das Verwaltungsgericht nach Jahren, ein ExpertInnenkomitee einzusetzen und einen Bericht zu liefern. Der Kläger musste sogar 12 000 TL zahlen, damit dieses Komitee arbeiten konnte. Wir sammelten 6 000 TL in Êlih (Batman), damit es zustande kommt, auch wenn wir keine großen Hoffnungen auf einen fundierten Bericht hatten. Das lag auch an den Mitgliedern dieses Komitees. Die meisten dieser „WissenschaftlerInnen" haben in der Vergangenheit Zerstörungen durch den Staat und Konzerne immer wieder indirekt zugestimmt und eine unsägliche Rolle gespielt.

Dies hat sich nun Anfang Dezember 2011 bewahrheitet. Das ExpertInnenkomitee hat in seinem Bericht kurz gefasst geschrieben, dass „zwar trotz geplanter Rettungsaktionen an mehreren Monumenten ein nicht unübersehbarer Teil des kulturellen Erbes verlorengehen" würde. Doch dem wurde der angebliche Nutzen des Projekts gegenübergestellt. Es wurde lobend erwähnt, dass ein wichtiger Beitrag für den nationalen Strombedarf zugesteuert werden würde, die Wasserkraft sauber sei, die Menschen der Region sehr von dieser Investition profitieren würden und schließlich das Projekt Sinn mache. Solche Berichte illustrieren den Zustand der Wissenschaft in diesem Staat. Es ist mehr als bedauerlich, wie die „WissenschaftlerInnen" dem Staat den Weg für die zerstörerischen Projekte ebnen. Ein weiteres Beispiel dafür ist der Rektor der Universität in Êlih (Batman), Abdülselam Uluçam, der gleichzeitig als Ausgrabungsleiter von Heskîf (Hasankeyf) fungiert. Er schlug Ende Dezember 2011 vor, um Heskîf (Hasankeyf) eine hohe Mauer zu bauen, um die Burg und jetzige Innenstadt von Heskîf (Hasankeyf) zu schützen. Unabhängig davon, ob das landschaftsgestalterisch Sinn machen würde und technisch machbar wäre, würde mindestens die Hälfte



Neu-Hasankeyf entsteht — Foto: Eca-Watch Österreich

dieses archäologisch großen Gebietes verloren gehen. Vor allem liefert es Nahrung für die Argumentation, dass nichts mehr gegen den Staudamm ausgerichtet werden könne.

Seit dem Frühjahr 2011 hat sich unsere Initiative bemüht, die staudammkritischen Gruppen in Türkisch-Kurdistan zusammenzubringen. So wurde während des 2. Mesopotamischen Sozialforums im September 2011 das Tigris-Euphrat-Netzwerk in die Wege geleitet. Dieses lose Netzwerk mit insgesamt sechs Gruppen entstand auch als Antwort auf die ergebnislosen Bemühungen unserer Initiative um ein türkeiweites Netzwerk. Dies scheiterte an den beschränkten Interessen einiger staudammkritischer Gruppen und anderen sich eingeschalteten politischen Kräften und NGOs, die selbst solch ein türkeiweites Netzwerk zu dominieren versuchen. So entstanden von letzteren zwei türkeiweite Strukturen (Wasserparlament und Wasserplattform gegen die Kommerzialisierung des Wassers), die wir und die anderen kurdischen staudammkritischen Gruppen ablehnen. Wenn die Proteste nur von lokal ansässigen Menschen organisiert werden würden, wäre es zu dieser Konkurrenz nicht gekommen.

Mit dem Tigris-Euphrat-Netzwerk haben wir angefangen, in Zusammenarbeit mit staudammkritischen Organisationen aus dem Iran und dem Irak (hauptsächlich Irakisch-Kurdistan) das Netzwerk Ekopotamya aufzubauen. Es steht noch am Anfang und soll auf Basis des Wassers zivilgesellschaftliche AkteurInnen zusammenbringen und gemeinsame Ziele für eine soziale und ökologische Politik zu den Wasserressourcen formulieren. Mehr Infos dazu gibt es unter www.ekopotamya.org.

Nach längerer Zeit ohne Proteste gegen den Ilısu-Staudamm fand am 26. Januar 2012 in Istanbul eine interessante Aktion statt. BewohnerInnen aus Heskîf (Hasankeyf) blockierten den Eingang zum Topkapı-Palast, eines der berühmtesten Bauwerke Istanbuls. Mit dieser außergewöhnlichen Aktion wollten sie gegen das drohende Schicksal ihrer antiken Stadt und gegen den Bau des Ilısu-Staudamms protestieren. Sie rollten ein Banner aus, auf dem zu lesen war: „UNESCO-Weltkulturerbestätten Topkapı und Hasankeyf kann man nicht versetzen!"

Die Perspektiven für den Widerstand gegen den Ilısu-Staudamm sind eigentlich klar. Die BewohnerInnen der 199 Dörfer und Heskîfs (Hasankeyf) müssen aktiv und dauerhaft im betroffenen Gebiet, in den umliegenden Städten und in den Metropolen der Türkei protestieren. Dabei brauchen sie viel Solidarität und Unterstützung von den indirekt betroffenen Menschen und Organisationen in Êlih (Batman), Sêrt (Siirt) und Amed (Diyarbakır). Gleichzeitig müssen die Betroffenen mit allen Mitteln Widerstand gegen die Vertreibung aus ihren Orten leisten.

Doch das ist einfach gesagt, denn umfassende Erfahrungen gegen zerstörerische Infrastrukturprojekte gibt es nicht in der Region. Außerdem kommt der ungelöste politische Konflikt rund um die kurdische Frage hinzu. Er erschwert alle Aktivitäten. Seit knapp einem Jahr hat in der Region die Repression gegen alle politisch oppositionell aktiven Menschen erheblich zugenommen. Täglich werden mindestens zehn Menschen festgenommen. Es herrscht eine immer brutalere Gewaltatmosphäre durch den Staat. Als Folge halten sich Menschen zurück, in irgendeiner Weise für die eigenen Rechte aktiv zu werden, so auch in den vom Ilısu-Projekt betroffenen Orten. Vielen politisch Inhaftierten im Rahmen des sogenannten KCK-Prozesses (politisch, kulturell und sozial aktive Menschen werden inhaftiert, weil sie angeblich der illegalen Struktur der PKK angehören sollen; tatsächlich wird wahllos gegen Menschen vorgegangen, um alle mundtot zu machen) wurde vorgeworfen, sie hätten sich in der Türkei und in Europa gegen das Ilısu-Projekt eingesetzt. Jede Form von Kritik am Staat wird denunziert und repressiv behandelt.



Protest der Betroffenen am Topkapı-Palast Foto: Eca-Watch Österreich

Diese Repression wirkt sich direkt auf unsere Aktivitäten aus, viele Freiwillige in den Städten und Dörfern halten sich zurück. Trotzdem bemühen wir uns, nach der Schwäche der letzten zehn Monate mit neuem Schwung die Aktivitäten gegen den Ilısu-Staudamm voranzubringen. Ab März 2012 wird eine Reihe von Aktionen und Protesten folgen. Siehe hierzu bitte:
www.hasankeyfgirisimi.com ♦

Der Tourismus ist eine der wichtigsten Einnahmequellen der Türkei

Ferien sind viel zu kostbar, als sie im Land des Staatsterrors zu genießen

Serdar Eroğlu

An der südlichen Ägaisküste liegt die Ferien- und Hafenstadt Marmaris. Westlich von Marmaris erstrecken sich zwei Halbinseln. Datça die eine, auf der auch der Ort Reşadiye liegt, Bozburun die andere. Aufgrund der bergigen Landschaft um die Küste von Marmaris liegen in diesem Gebiet viele Dörfer, auf Bozburun insbesondere Dörfer mit wunderschönen traditionellen Steinbauten. Eines dieser Dörfer ist Kumlubük, das zu den schönsten in Marmaris zählt. Ein reicher Geschäftsmann hat in diesem Dorf eine Boutique-Hotel-Anlage errichtet, sie wurde nach dem Gott des Weines, Dionysos, benannt. Die Anlage mit Meeresblick ist an eine Bergwand gelehnt und nur über einen steinigen Fußsteig zu erreichen. Die Fläche liegt mitten in einem Weinberg und der Aufenthalt kostet hier 900 Euro für eine Woche. Vor allem britische, niederländische und deutsche Touristen bevorzugen Dionysos. Es ist eine der zahlreichen elitären touristischen Anlagen im Gebiet Marmaris.

1300 Kilometer östlich von Dionysos liegt auf demselben Breitengrad das Dorf Roboskî (Ortasu), nahe der irakischen Grenze und genau wie Dionysos ein Dorf in den Bergen. Allerdings führen die engen Fußwege hier nicht zu den schönsten Buchten der Welt, vielmehr führen sie dorthin, wo am 28.12.2011 34 kurdische Dorfbewohner im Bombardement türkischer F16 getötet wurden. Im Dorf Ballıkaya, 30 Kilometer westlich von Roboskî, lebt gar kein Mensch. Dort sind aufgrund der Gefechte zwischen türkischer Armee und PKK viele Menschen ums Leben gekommen, weshalb das Dorf einen großen Friedhof hat. In einer Höhle außerhalb des Dorfes sind die Gebeine von 20 PKK-Guerillas gefunden worden, die im Jahr 1999 von der türkischen Armee umgebracht wurden.



Tourismusboykottplakat von 1999 KR März/April 1999

In der Türkei herrscht seit knapp 30 Jahren ein grausamer Krieg zwischen der türkischen Armee und der PKK. Von Zeit zu Zeit ändert sich die Intensität des Krieges, aber in jeder Phase finden Massaker statt, die im Bewusstsein der Kurden eingeprägt sind. Jede Stadt, jedes Dorf in Kurdistan hat in der nahen Vergangenheit Ähnliches erlebt. Beispielsweise kann einem Touristen in Amed (Diyarbakır) nach der Information, dass es sich bei der antiken Stadtmauer dort um die zweitlängste in der Welt handelt, dann fast ausschließlich nur von der blutigen Vergangenheit der Stadt berichtet werden. So wurde beispielsweise Shech Said[1] 1925 in Dağkapı erhängt, die Leiche von Vedat Aydın[2] 1991 unter einer Brücke in Amed gefunden, Musa Anter[3] im Stadtteil Seyrantepe erschossen, die noch immer unaufgeklärten „Morde unbekannter Täter“ fanden täglich in der Melik-Ahmet-Straße statt und die Glocken der Kirchen der 1915 massakrierten Armenier sind mittlerweile einmal im Jahr zu hören.

Von der Dionysos-Anlage aus betrachtet ist Kurdistan ein ganz anderes Land.

Bis zu den 1980er Jahren war der Tourismus in der Türkei nicht sehr weit entwickelt. Die jetzt mit Hotels bebauten Gebiete an der Ägäis- und Mittelmeerküste waren in den 80ern zu 85 % unbebaut. Dass der Tourismus für das Land

eine wichtige wirtschaftliche Rolle spielen kann, stammt seltsamerweise von der Militärjunta von 1980. 1982 wurde das Gesetz zur Förderung des Tourismus verabschiedet, im Rahmen dessen wurden sowohl Investoren als auch Reiseagenturen finanziell unterstützt, um ausländische Touristen in die Türkei zu bringen. Mit den Jahren ist der Tourismussektor zu einer der wichtigsten Einnahmequellen der Türkei geworden. 1983 konnten 1,6 Mill. Touristen in die Türkei gelockt werden, die 411 Mill. Dollar an Devisen einbrachten. 2009 kamen 32 Mill. Touristen in die Türkei, die dem Land 21,2 Mrd. Dollar brachten. Nach ersten Schätzungen hat der Sektor im Jahr 2011 25 Mrd. Dollar eingefahren. 88 % der Einnahmen im Tourismussektor sind ausschließlich auf ausländische Touristen zurückzuführen. Die Militärausgaben der Türkei betragen 10,5 Mrd. Dollar. Davon werden 6,2 Mrd. für die Innere Sicherheit verwendet. Oder anders ausgedrückt, für den Krieg gegen die Kurden. Somit ist der Tourismussektor in der Türkei so groß, dass er allein in der Lage ist, den Krieg, insbesondere gegen die Kurden, aber im Allgemeinen gegen die Oppositionellen in der Türkei, mehr als einmal zu tragen.

Daten zum Türkei-Tourismus:
Nach Angaben des Statistikamtes der Türkei (TÜİK) beliefen sich die Einnahmen der Türkei aus dem Tourismus im Jahr 2011 auf 23 020 392 250 USD, die Ausgaben auf 4 976 176 604 USD. 2010 betrugen die Einnahmen aus dem Tourismus 20 806 708 444 USD (demnach 2011 eine Steigerung um 10,6 %), die Ausgaben 4 825 214 101 USD (eine Steigerung um 3,1 %). Die Zahl der Touristen in 2010 betrug 33 027 943, im letzten Jahr 36 151 328 (+9,5 %). Die Besucher gaben im letzten Jahr im Schnitt 637 USD aus, 2010 waren es noch 630 USD pro Person gewesen (+1,1 %).

Der von der türkischen Regierung gegen die Kurden geführte Krieg mit seinen ganzen Menschenrechtsverletzungen löste nach 1990 in der auswärtigen Öffentlichkeit deutliche Reaktionen aus. Diese Reaktionen führten unter anderem dazu, dass im zivilen Bereich Boykottkampagnen gegen den Tourismussektor in der Türkei begonnen wurden. Auch in der Gegenwart gibt es eine solche Boykotthaltung, wenn auch nicht so ausgeprägt wie in der Vergangenheit. Jüngst erklärte der bekannte Schriftsteller Paul Auster, die Staaten mit autoritären Gesetzen besuche er nicht. Damit hat er wieder den zivilen Boykott gegen autoritäre Regime auf die Tagesordnung gebracht.

Bei zivilen Boykottaktionen gegen die Türkei sind zwei entscheidende Aspekte zu beachten.

Erstens der Fall, wenn die Touristen nicht darüber informiert sind, welche Unterstützung sie dem autoritären Regime in der Türkei mit ihrem Besuch in dem Land leisten. Die zum Boykott aufrufen, hegen den Wunsch, dass die Touristen mit ihren Besuchen in der Türkei nicht die Politik Ankaras gegen die Kurden unterstützen sollen. Die Menschen sollten damit, dass sie den Boykottaufruf unterstützen, zeigen, dass sie sich gegen die Unterdrückung eines Volkes, gegen dessen Festnahmen und Folter einsetzen.

Im zweiten Fall, wenn sie sich über die Hintergründe im Klaren, aber der Ansicht sind, ihre Boykotthandlung sei irrelevant. Die Türkei ist im Gegensatz zu anderen autoritären Staaten auf der Welt dringend auf die westlichen Staaten und den Devisenzufluss von dort angewiesen. Die Auswirkungen von Investitionen oder dem Besuch von Touristen aus den westlichen Staaten auf Myanmar sind sehr beschränkt. Für die Türkei allerdings sind die Auswirkungen sehr bedeutend. An diesem Punkt kann das Beispiel Südafrika herangezogen werden. In der Phase, als sich das Apartheidregime langsam in Richtung seines Endes bewegte, war in den westlichen europäischen Staaten Mitte der Achtziger die Ansicht vorherrschend, dass Südafrika aufgrund der aktuellen Lage sanktioniert werden müsste. Im September 1986 verhängten neben den westlichen europäischen Staaten auch die USA und Kanada solche Sanktionen. Ende der Achtziger hatten die Sanktionen die Reduzierung des Kapitalflusses nach Südafrika und somit die Schwächung der Machtposition der Weißen dort zur Folge. Anfang der Neunziger war bei der Administration in Südafrika die Idee der Beendigung des Apartheidregimes weit verbreitet. Die Rolle, welche die internationale Gemeinschaft und die zivilen Bewegungen beim Ende des Apartheidregimes spielten, ist groß. In den Achtzigern durchlebte der ANC eine sehr schwache Phase, in der er keine bedeutende, das Regime in Südafrika in seinen Grundzügen erschütternde, Aktion durchführte oder durchführen konnte. Aber die internationale Gemeinschaft hat mit dazu beigetragen, eines der rückständigsten und rassistischsten Regime durch den Einsatz der wirtschaftlichen Waffen zu Fall zu bringen.

In der Türkei sind die Bedingungen, vor allem die ökonomischen, für zivile Boykottaktionen und das Erreichen der Ziele einer solchen Aktion sehr günstig. Die Folgen eines einoder zweijährigen zivilen Boykotts würde die Türkei ernsthaft zu spüren bekommen und die Folgen eines unbefristeten Boykotts wären von immensem Ausmaß. Ein Tourismusboykott kann in der Türkei eine Schlüsselrolle spielen und die Führung in Ankara zu einem Kurswechsel zwingen. ♦

Fußnoten:
1) Berühmter kurdischer Aufstandsführer, 1925 hingerichtet
2) Damaliger HEP-Kreisvorsitzender, wurde zwei Tage, nachdem er aus seiner Wohnung abgeführt worden war, tot aufgefunden. Auf seiner Beerdigung wurde die 100000 Menschen zählende Menge beschossen; 10 Tote.
3) Kurdischer Schriftsteller (Apê Mûsa – Onkel Musa), wurde 1992 entführt und anschließend erschossen aufgefunden.

... die Szenen ähneln denen in Amed ...

Pacha

Filmbesprechung von Susanne Roden

Berlin, Haltestelle Bus 100 Zoologischer Garten, noch fünf Minuten Wartezeit laut Anzeigetafel. Das ist prima, denke ich, eine entspannte Fahrt bis vor die Tür zum Haus der Kulturen der Welt und genügend Zeit bis zum Filmanfang. Ich positioniere mich am Haltestellenschild mit der Monatskarte der Berliner Verkehrsbetriebe in der Hand.

Es ist mein Geburtstag und ich habe mir einen Film aus der Generation Kplus ausgewählt.

Pacha - Bolivien/Mexiko 2011, Regie: Hector Ferreiro, 88 Minuten, Sprache Spanisch, Aymara, englische Untertitel und mit deutscher Einsprache für das junge Publikum.

In diesem Jahr werden in der Berlinale-Sektion Generation Filme aus Lateinamerika und Neuseeland, die das Schicksal von Ureinwohnern thematisieren, gezeigt.

Ich bin gespannt auf den Film über einen Jungen, der als Schuhputzer arbeitet, von einer Hexe in Tagträume entführt wird. Tradition und Moderne. Keine Zukunft ohne Vergangenheit.

Aber die beginnt bereits am Zoo. Der Bus fährt ein, neben mit total hektisch aufgeladene Jungs, die mir bis zu den Schultern reichen und drängeln wie die Jungstiere, die im Frühjahr auf die Weide wollen.

Ihre hellen Stimmen überschlagen sich hysterisch ... „nach oben, nach oben, nach oben"... die Bustür öffnet sich, aber von Einsteigen kann nicht die Rede sein. Ich Schwergewicht werde von der Masse der Jungen an die aufgeworfene Tür gedrängt, geschubst, habe ihre Beine zwischen den meinen, strauchle, fange mich und werde im Schwall dann reingeschoben. Unglaublich.

Als dressierte Berlinerin zeige ich meine Fahrkarte hoch, aber der Fahrer stiert teilnahmslos nach vorne aus dem Fenster, ich eile zur Mitte, da bricht inzwischen der nächste Schwarm herein.

Für eilige Touristen wird die Mitteltür auch geöffnet, verstehe, besondere Regeln. Die jungen Damen erklimmen unnachgiebig die Vierergruppen und eine Frau, ja welchen Alters, steht im Weg mit verzerrtem Gesicht.

Nur widerwillig lässt sie mich passieren, steht dann mit Eroberermiene am hinteren Aufgang zum Oberdeck und ruft „nach oben, nach oben ... nach oben, Toni, Antoine, Pauline, nach oben ...".

Keine Reaktion. Die lieben Kleinen wollen nicht.

Ich habe mich ganz hinten links auf die Sitzbank vor der Scheibe am hinteren Ausgang, rückwärts zur Fahrtrichtung, hingesetzt. Die Frau steht weiter jammernd neben mir.

Ich hole mein Buch aus der Tasche und beginne zu lesen. Konzentration. Es geht nicht.

Die schrillen lauten aufgeregten Stimmen liegen im Ohr, übertönen sogar die Fahrgeräusche vom Bus.

Die Frau, die trotz Bittens und Bettelns kein Einlenken der Kinder erreichte und nun ebenfalls unten Platz nehmen musste, zeigt sich sichtlich enttäuscht ob der erfahrenen Niederlage.

Nun versucht die Frau eine andere Strategie. Antoine, setze dich doch zu mir, komm doch her, bitte! Kopfschütteln. Warum nicht? Es kommen maulige Antworten. „Sie will nicht", wird ausgerichtet, wozu auch alleine sprechen.

Die Frau bleibt am Ball, dann du, Toni. Gegenfrage ertönt: Warum? Na, ich will mit dir über Pauline sprechen. Antwort: Ich will aber nicht.

Sie bettelt weiter und zählt Namen auf.

Kann so eine Mutter agieren und diese Kinder sich so respektlos und ignorant ihr gegenüber verhalten, schießt es mir durch den Kopf. Die wollen doch auch zu dem Film, das hat doch mit Kultur und Auseinandersetzung mit anderen Lebensformen zu tun, wie passt denn das Gebärden der Jungen und Mädchen dazu. Was meine Ohren auf der Fahrt erreicht, befremdet mich.

Bellevue, endlich, nächste Station sind wir da, gleich werde ich diese Stimmen los.

Aber wie so oft im Leben entkommt man gewissen Umständen nicht und somit treffe ich dann später in der Warteschlange vor dem Einlass genau wieder auf diese Frau mit dem wehleidigen Blick. Schnell wird klar, es handelt sich um eine Schulklasse mit „Begleitpersonal".

Auch eine Schulklasse aus Berlin nebst Lehrerin ist in der Schlange, erfrischend anders im Verhalten.

Alle warten ungeduldig auf den Einlass und das Entfernen der dicken roten Kordel, die sich quer vor den Stufen spannt. Ich habe mich am Rand positioniert, man lernt ja dazu.

Es war noch nie Sache der Deutschen, sich sauber und entspannt in Warteschlangen aufzureihen, um dann nacheinander den Eingang zu durchschreiten, und somit baut sich lang-

sam mehr Drängeln und Enge auf. Die Kordel wird entfernt und die Masse kommt in Bewegung und plötzlich taucht auch die Frau mit den Jungen und Mädchen aus dem 100er Bus wieder neben mir auf und fordert einen Jungen auf, sich doch bitte durchzudrängeln und ihr einen guten Platz zu organisieren und er würde auch eine Belohnung erhalten.

Er fragt fast ein wenig ungläubig nochmal nach und als sie erneut bestätigt, weg ist er, seine Mission erfüllen. Deutsche Leitkultur eben.

Ich gehe in Ruhe die Stufen hoch, suche mir einen Randplatz mit der Nummer 16. Mein Tag. Neben mir in der Reihe und vor mir nehmen Frauen und Männer aus Bolivien Platz. Die Frau neben mir lächelt mir zu, sie hat das Bein in Gips. Vor mir sitzen zwei bereits ergraute ältere Herren. Sie tauschen sich lebhaft aus und ich werde nach Spanischkenntnissen befragt. Ich muss passen, Englisch und Französisch. Ach, meinen sie, Deutsch ist auch gut.

Die Frau neben mir sagt mit leiser Stimme, das ist meine Heimat. Der Film beginnt.

Die Kamera fixiert einen Jungen mit einer Mützenmaske auf dem Kopf, der in einer Schaufensterecke eines Reisebüros schief angelehnt schläft. Das Bild wird durch vorbeieilende Beine unterbrochen, die Kamera arbeitet sich vor.

Der Zuschauer wird in einen Traum mitgenommen, wobei der schlafende Junge offenbar durch eine Traumlandschaft ohne Ende läuft.

Plötzlich gibt es eine Razzia, Männer in Militäranzügen kontrollieren den schlafenden Jungen, reißen ihn zu Boden, treten auf ihn ein, eine Frau kriecht ins Bild, die Bilder überlagern sich, der Junge reagiert nicht, geht wie ein nasser Sack zu Boden. Er erwacht, der Spuk ist vorbei, aber ein Schuh ist weg.

Zunächst weiß man die gesehene Szene nicht recht zu deuten, war das Realität, war es Fiktion?

Aber der Junge Tito geht los mit seinem Schuhputzkasten und putzt Schuhe, er versucht einen einzelnen Schuh zu finden, aber außer allgemeiner Verwunderung aller, wie man einen einzelnen Schuh verlieren kann, geht es so weiter mit ihm auf einer Strumpfsocke.

Obwohl es offenbar alles Fiktion war, ist in der Realität ein Schuh verlustig gegangen.

In den Straßen von La Paz, der Hauptstadt Boliviens, herrscht Aufruhr, das Volk demonstriert gegen die Ausbeutung der Gasressourcen durch ausländische Unternehmen. Die jungen Schuhputzerjungen werden von den Älteren aufgefordert, auch ja zu den Demonstrationen zu kommen, es wäre nationale Pflicht, und sie gehen auch hin.

Aber wie Jungen in dem Alter sind, langweilen sie die langen Reden irgendwann, und so bauen sie ihre Schuhputzkästen zu Torpfosten auf und spielen Fußball. Ihr Geld legen sie zusammen und kaufen eine Flasche Limo, die brüderlich geteilt die Runde macht.

Im Hintergrund sieht man eine fast zur Unkenntlichkeit verdreckte Frau, die am Boden kriecht. Ihr Blick scheint wirr, sie klopft mit einem Schuh auf Insekten am Boden und steckt diese scheinbar im Wahn in den Mund.

Sie krabbelt unbemerkt zur Gruppe der Jungen und zupft den Schuhputzer Tito am Hosenbein, er dreht sich um, erblickt ihre Augen und gibt ihr spontan die Flasche. Sie trinkt



Pacha

Bolivien/Mexiko 2011
Regie: Hector Ferreiro
88 Min., dt.

Foto: http://download.berlinale.de/de/programm/berlinale_programm/datenblatt.php?film_id=20121410

gierig und lässt viel vorbeilaufen. Der Anblick ist wenig appetitlich. Die anderen Jungen ziehen ihn auf, ob das seine Mutter sei, oder warum er die trinken lässt. Tito ist verwirrt, kann es nicht erklären. Die anderen entreißen der Frau die Flasche und wischen den Hals ab. Aber Tito ist bereits abgelenkt und kann sich nicht mehr auf das Spiel konzentrieren, er verschießt den Ball, der ausgerechnet den Redner triff. Der macht dem Sportspaß ein schnelles Ende und vertreibt die Schuhputzerjungen, jeder Junge hat am Ende seinen Schuhputzkasten zur Hand, nur der Kasten von Tito lässt sich nicht mehr auffinden. Die Frau ist auch weg.

Die Suche nach dem Schuhputzkasten zeigt dem Zuschauer das Netzwerk und die Solidarität der älteren Händler mit dem Jungen, die ihn ermutigen, nicht aufzugeben, die ihm ihre Hilfe anbieten. Aber der Junge trifft an ungeahnter Ecke wieder auf die Frau mit den wirren Augen, die ihn aber ganz liebevoll ansehen und schon findet sich der Zuschauer mit ihm in einer wunderbaren Natur wieder. Er läuft auf einem mit Steinen eingefassten Weg aus Erde, einer alten Straße der Inka und neben ihm läuft die Frau in wunderschöner traditioneller Tracht der Aymara mit Glockenrock und einem Hut auf dem Kopf, festlich anzusehen. Sie beugt sich zum Boden und lässt die Erde durch die Finger rinnen und sie erklärt ihm, dass die Erde alles birgt, der Staub kann abfallen von dir, aber nicht von den Schatten der Vergangenheit. Pachamama. Pachamama oder auch Mama Pacha, die als weibliche Gottheit verehrte Mutter Erde.

Während sich der Junge im täglichen Leben im Chaos und Elend bewegt, findet in seinen Tagträumen eine spirituelle Entdeckung der eigenen verschütteten Inka-Kultur statt und eine Art Selbstreinigungsprozess.

In den Begebenheiten und Erlebnissen der Tagträume in den Naturlandschaften werden zusätzlich zu den Worten in Aymara, der Sprache der Urbevölkerung, Untertitel in Spanisch eingespielt.

Während auf der Straße die Demonstrationen und die Gewalt zunehmen, die Polizei und das Militär immer rücksichtsloser mit Tränengas und scharfer Munition auf Demonstranten schießen, Plünderungen um sich greifen, jeder im Chaos seinen kleinen Vorteil sichert, verabschiedet sich Tito freiwillig davon.

Man sieht enge Gassen, rot-gelb-grüne Flaggen, wild durcheinander fliehende Menschen, die Szenen ähneln denen in Amed, wenn das türkische Militär gegen Demonstranten vorgeht.

Um Hilfe rufende Menschen und Tito zieht die durch Plünderung eines Geschäftes erhaltenen neuen Turnschuhe in einer stillen Ecke wieder aus, hängt sie über einen Telefondraht und läuft barfuß weiter.

Der Regisseur hat an der Stelle zu den Filmaufnahmen von Demonstranten auch Dokumentarmaterial eingebunden, viele Bilder kennen wir aus dem Video „Man in the Mirror“ von Michael Jackson, man erkennt Charlie Chaplin mit einem Schuh in der Hand und Bilder der ersten Atombombenzündungen. Das wirkt an der Stelle dann ein wenig überladen, denn es sollte zur Kritik an Globalisierung und Ausbeutung auch noch die Bedeutung von Schuhwerk im Film mit einfügen.

Der Film endet aber mit versöhnlichen Bildern und im letzten Tagtraum erklärt die Inka-Frau dem Jungen Tito: „Alles, was ich Dir gezeigt habe, wurde von Generation zu Generation weitergegeben. Was Du jetzt noch nicht verstanden hast, wirst Du eines Tages verstehen.“

Es sind bewegende Bilder und für das Alter ab 13 Jahren doch recht harte Kost.

Und so begegnen mir ein paar Jungens aus dem Bus auf dem Weg zum Ausgang wieder und ihre Augen verraten dann auch die Bestürzung, die der Film in ihnen ausgelöst hat.

Der Regisseur steht am Ende gemeinsam mit dem Hauptdarsteller Limber Calle sowie noch anderen Mitgliedern des Teams für Fragen zur Verfügung.

Auf die Frage an den Regisseur Héctor Ferreiro, was denn die Intention des Filmes war, erklärt dieser, er sei aus Mexiko zur Vorbereitung einer Dokumentation zu den Unruhen von 2003 gekommen. Damals sind 60 Menschen von der regierungstreuen Armee erschossen worden, als sie gegen den Ausverkauf des Erdgases gegen amerikanische Konzerne protestierten.

Aber ihm seien die jungen Schuhputzer in La Paz aufgefallen, die Mützen zur Vermummung getragen hätten. Man denkt dabei an Räuber oder eben wie er aus Mexiko kommend an die Masken der Zapatisten, das Symbol der Gesichtslosen.

Aber die meisten Schuhputzer gehen einer weiteren Arbeit nach oder studieren und wollen nicht von Nachbarn erkannt werden. Dies erklärt auch, warum sowohl junge als auch alte Männer solche Masken tragen, es ist ihnen peinlich, erkannt zu werden.

Gedreht wurde in Nationalparks 800 Kilometer südlich von La Paz.

Die Szenen der Proteste wurden durch Professionelle wie Gewerkschafter und Aktivisten organisiert, die Polizei und das Militär haben auch mitgemacht und es hat ihnen so viel Spaß gemacht, dass sie fast nicht zu bremsen waren, die haben sich richtig reingesteigert.

Soziale Veränderungen sind in der Gesellschaft manifestiert, sie sind keine Fiktion und er glaubt an die Veränderung, die vom Volk ausgeht. Der Film soll ein Weckruf sein.

Der Schuhputzkasten symbolisiert für ihn die Box, die ein jeder mit sich trägt.

Die Box repräsentiert die Umstände. Jede Gesellschaft hat ihre Geschichte, aber die Sorgen und Themen sind universell, sie bewegen uns alle. Wir alle tragen diese Box, so Ferreiro.

Bei uns sagt man ja auch, ein jeder hat sein Säckel oder Päckchen zu tragen.

Und die schönste Frage kommt dann zum Schluss aus dem Publikum an Limber Calle, ob das im Film wirklich seine Füße gewesen sind.

Er lacht, ja, die tragen mich schon mein ganzes Leben und zu Beginn der Filmaufnahmen war ich 13 Jahre alt. Brausender Applaus. ♦

Belgien:
KNK - Kurdistan National Kongress | Zentrale
41 Rue Jean Stas
1060 Brüssel
Tel: (32) 2 647 30 84
E-Mail: knk@kongrakurdistan.com

KON-KURD
41 Rue Jean Stas
1060 Brüssel
Tel: (32) 2 647 99 53
E-Mail: info@kon-kurd.org

Deutschland:
Ceni | Kurdisches Frauenbüro für Frieden
Corneliusstr. 125
40215 Düsseldorf
Tel: (49) 211 - 5989251
E-Mail: ceni_frauen@gmx.de

YEK-KOM
Graf-Adolf-Str. 70a
40210 Düsseldorf
Tel: (49) 211 - 17 11 451
E-Mail: yekkom@gmx.net
http://www.yekkom.com/

Internationale Initiative Freiheit für Abdullah Öcalan - Frieden in Kurdistan
Postfach 100511, D-50445 Köln
Tel: (49) 221 130 15 59
E-Mail: info@freedom-for-ocalan.com
http://www.freedom-for-ocalan.com

ISKU | Informationsstelle Kurdistan e.V.
Büro für Internet und Öffentlichkeitsarbeit
Stahltwiete 10; 22761 Hamburg,
Tel: 040 / 42102845
E-Mail: isku@nadir.org
http://isku.org

Kurd-Akad. | Netzwerk kurdischer AkademikerInnen e.V.
Postfach 102801, 44028 Dortmund
E-Mail: info@kurd-akad.com
http://www.kurd-akad.com

Österreich:
FEY-KOM
Jurekgasse 26
1050 Wien
Tel: (43) 1 - 9718824
E-Mail: info@feykom.at

Italien:
Ufficio d´Informazione del Kurdistan in Italia
UIKI-Onlus
Via Gregorio VII 278, int. 18, 00165 Roma
Tel: (39) 06 - 636892
E-Mail: uiki.onlus@fastwebnet.it
http://www.uikionlus.com

Spende für Wan



Liebe Freundinnen und Freunde,
das Erdbeben in Wan hat verheerende Auswirkungen. Die Menschen sind auf unsere schnelle Hilfe angewiesen. Die Lage ist weiterhin dramatisch. Daher rufen wir zu Spenden für die Opfer des Erdbebens in Wan auf.

Richten Sie Ihre Spende an folgendes Konto:
Heyva Sor a Kurdistanê e.V.
Schäferstr. 4 / 53859 Niederkassel
Stadtsparkasse Neuwied
Kontonr: 186098
BLZ: 57450120
Verwendungszweck: Hilfe für Van
IBAN: DE 62 57 45 01 20 00 00 18 60 98
BIC: MALADE 51 NWD

Frankreich:
Centre d'Information du Kurdistan
147 Rue Lafayette; 75010 Paris
Tel: (33) 1 42 81 22 71
E-Mail: knkparis@wanadoo.fr

Schweiz:
KURD-CHR
15 rues des Savoises
1205 Genevre
Tel: (41) 22 32 81 984
E-Mail: kurd-chr@freesurf.ch

Niederlande:
FED-KOM
Sloterkade 10
1058 HD Amsterdam NL
Tel: (31) 20 - 61 41 816
E-Mail: fedko@dds.nl
http://www.fedkom.nl

Dänemark:
FEY-KURD
Victoriagade 16 c, 2 Sal
1655 Kobenhavn
Tel: (45) 33 - 22 89 98
E-Mail: feykurd@kurder.dk
http://www.kurder.dk

Impressum
Der Kurdistan Report erscheint regelmäßig

Redaktion:
W. Struwe (V.i.S.d.P.),
S. Karabulut,
B. Ruprecht, E. Millich

Kontaktadresse:
Kurdistan Report
c/o ISKU – Informationsstelle Kurdistan e.V.
Stahltwiete 10
22761 Hamburg

Bankverbindung:
Dr. H. J. Schneider
Hamburger Sparkasse
Kto.Nr. 102 021 21 20
BLZ 200 505 50

Internet-Adresse:
www.kurdistanreport.de
k.report@gmx.de

Preise:
Jahresabonnement
6 Exempl. 15,– Euro plus Portokosten

Einzelexempl.: 2,50 Euro

Titelbild:
Der Lange Marsch der KurdInnen für Freiheit und Gerechtigkeit von Genf nach Straßburg
Foto: Ali Ongan

Rückseite:
Plakat zur Tourismusboykott-kampagne 2012

Namentlich gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Artikel, LeserInnenbriefe und Fotos sind erwünscht und werden nach Möglichkeit abgedruckt. Die Redaktion behält sich das Recht auf Kürzungen vor. Nachdruck – auch auszugsweise – nur mit Genehmigung der Redaktion.
Wir bedanken uns für die Unterstützung zahlreicher Freundinnen und Freunde.

WELCOME TO Turkey

BOYKOTTIEREN SIE DEN TOURISMUS IN DER TÜRKEI

Bevor Sie Ihr Ticket kaufen - sehen Sie sich bitte folgende Fakten an:

- Einsatz chemischer Waffen gegen KurdInnen durch die türkische Armee
- Im Verlauf der Regierungszeit der AKP wurden 422 Kinder von "Sicherheitskräften" ermordet
- Tausende Menschen starben im Krieg gegen die KurdInnen

6700 Inhaftierte Mitglieder und Abgeordnete der Demokratischen Friedenspartei BDP
2317 Kinder in türkischen Gefängnissen
10000 politische Gefangene
17 BürgermeisterInnen im Gefängnis
150 Intellektuelle wurden im Oktober 2011 inhaftiert
42 AnwältInnen wurden im November 2011 inhaftiert
30 kurdische Abgeordnete wurden wegen Reden zu insgesamt 3000 Jahren Gefängnis verurteilt
34 ZivilistInnen wurden von Kampfflugzeugen in Roboski/Sirnak getötet
1300 Fälle von Folter wurden 2011 angezeigt

Sie haben die Wahl – Reisen Sie nicht in die Türkei!

DIE TÜRKEI: EIN PARADIES FÜR WEN?

Urlaub in der Türkei? Fragen Sie die Kinder im Gefängnis
Türkei: Am häufigsten vom Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte verurteilt
Welcome to Turkey: Wo Jahrtausende altes Erbe der Menschheit von Staudämmen zerstört wird

Zahlen Sie nicht für den Krieg gegen die kurdische Bevölkerung

ISSN 0935-5375